

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements 1.10 Mark pro Monat. Eingehungen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 19. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zurück ins Mittelalter.

Der dem Herrenhause zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Ausübung der Armenpflege bei Arbeitsscheuen und säumigen Nährpflichtigen ist ein Nachwerk so reaktionärer Art, wie es selbst in Preußen seit Jahren noch nicht dagewesen ist. Angeblieh sollen diejenigen Personen davon betroffen werden, die sich, obwohl sie dazu in der Lage sind, um die Ernährung ihrer Familie nicht kümmern. In Wirklichkeit aber läuft, wenn der Entwurf in der vorliegenden Fassung Gesetz wird, jeder dauernd unterstützte Geselle, auf beliebige Zeit ohne Richterspruch in ein Arbeitshaus gesperrt zu werden.

Ein ähnliches Gesetz bestand in Preußen schon einmal. Es war dies das Gesetz vom 21. Mai 1855, das die Möglichkeit bot, solche Personen, welche durch eigene Schuld obdachlos waren oder welche sich trotz ihrer Unterstützungsbedürftigkeit weigerten, die ihnen angebotene Arbeit zu verrichten oder endlich solche, welche schuldbarerweise ihre Ehefrauen und Kinder der öffentlichen Armenpflege preisgaben, durch Verfügung der Verwaltungsbehörde für die Dauer der Obdachlosigkeit oder Unterstützungsbedürftigkeit in einer Arbeitsanstalt unterzubringen. Wie es scheint, ist die polizeiliche Ueberweisung in ein Arbeitshaus im allgemeinen in verhältnismäßig wenigen Fällen zur Anwendung gekommen. Der Hauptgrund hierfür war nach den Motiven des neuen Gesetzes neben der geringen Anzahl der vorhandenen Arbeitshäuser und der Höhe der Kosten der Unterbringung der Umstand, daß schon die Möglichkeit des polizeilichen Arbeitszwanges genügte, um die Fälle seiner Anwendbarkeit zu verringern.

Das Gesetz vom 21. Mai 1855 wurde durch das Ausführungsgesetz zum Unterstützungswohnstättengesetz vom Jahre 1871 aufgehoben, namentlich aus rechtlichen Bedenken, weil man annahm, daß neben den Paragraphen 361 und 362 des damaligen Bundesstrafgesetzbuches Raum für einen auf Landesgesetz beruhenden polizeilichen Arbeitszwang nicht mehr vorhanden sei. Entsprechend dieser Rechtsauffassung wurde in der Instruktion zum Ausführungsgesetz des Unterstützungswohnstättengesetzes ausdrücklich hervorgehoben, daß die Unterbringung des Hilfsbedürftigen in ein Armenhaus sowie ein Zwang zur Arbeit wider seinen Willen im Verwaltungswege nicht zulässig sei.

Im Laufe der beiden nächsten Jahrzehnte machten sich wieder Stimmen geltend, die die Einführung eines polizeilichen Arbeitszwanges verlangten. Nach vergeblichen Versuchen, den Arbeitszwang durch Reichsgesetz einzuführen, wurde durch die Novelle zum Strafgesetzbuch vom 12. März 1894 in den § 361 eine neue Ziffer 10 eingefügt, die eine Haftstrafe bezw. Geldstrafe bis zu 150 Mk. für denjenigen vorsieht, der, obwohl er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittelung der Behörde fremde Gisse in Anspruch genommen werden muß. Man sah bei dieser Gelegenheit davon ab, die Nebenstrafe der Ueberweisung an die Landespolizeibehörde auch für die neueren strafbaren Handlungen für anwendbar zu erklären, und ebenso nahm man aus rechtlichen Gründen von einer Landesgesetzlichen Regelung des polizeilichen Arbeitszwanges Abstand.

Wiederholt hat dann die konservativ-meritale Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses an die Regierung die Bitte gerichtet, den administrativen Arbeitszwang wieder einzuführen. Am 27. Februar 1909 nahm das Abgeordnetenhaus einen entsprechenden Antrag an, der der Gemeindef Kommission überwiesen wurde. Die Kommission empfahl folgenden Antrag:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen,

1. sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den Verwaltungsbehörden die Befugnis beigelegt wird, Personen, die sich hartnäckig und böswillig der Unterhaltungspflicht ihrer aus öffentlichen Armenmitteln unterstützten Angehörigen entziehen, zur Arbeit anzuhalten;
2. auf eine Änderung des Reichsstrafgesetzbuches hinzuwirken, damit Personen, die sich hartnäckig und böswillig ihrer gesetzlichen Unterhaltungspflicht entziehen, künftig mit Gefängnis, in leichteren Fällen mit Haft bestraft, in schwereren Fällen, wo Trunksucht oder gewohnheitsmäßiger Müßiggang den Grund der Unterlassung des Unterhalts bilden, außerdem der Landespolizeibehörde überweisen werden können.

Im Plenum ist der Antrag nicht mehr zur Beratung gelangt.

Auch der Deutsche Verein für Armenpflege hat sich auf seiner Generalversammlung am 23. September 1909 in München in ähnlichem Sinne geäußert und folgenden Beschluß gefaßt:

Der Verein erachtet die Ueberweisung in eine geschlossene Anstalt mit Arbeitszwang im Wege eines gegen Müßiggang zu schließenden Verwaltungsverfahrens als das geeignete Zwangsmittel gegen Arbeitsscheuen und Versäumnis der Nährpflicht von Eltern gegenüber ihren Kindern unter 16 Jahren und von Ehemännern gegenüber ihren Ehefrauen und empfiehlt deshalb dringend, daß reichsgesetzlich, jedenfalls aber durch Landesgesetze der armenpolizeiliche Zwang in allen Bundesstaaten, in denen er noch nicht besteht, zur Einführung gelange.

In der Debatte bekämpfte der Vertreter der Minderheit, der bekannte langjährige Delegierte der Charlottenburger Armenverwaltung Stadtrat Sauter scharf den Arbeitszwang, einmal als ungesetzlich, zweitens als unwirksam und

endlich aus sittlichen Bedenken. Aus rechtlichen Bedenken erklärt er es in seinem an die Generalversammlung erstatteten Bericht für unzulässig, unter dem Namen eines armenpolizeilichen Zwangsmittels etwas einzuführen, was nur als Strafe angesehen werden könne, aus sittlichen Bedenken bezeichnete er als unangängig, Personen ihrem gesetzlichen Richter zu entziehen, noch mehr, in eigener Sache zu entscheiden, und er betont, an diesem Standpunkt um so mehr festzuhalten, als er a priori und durch die Tatsachen von der völligen Unwirksamkeit durchdrungen sei, jemals mit diesem Mittel den gewünschten Erfolg zu erzielen. Statt dessen forderte er eine Beschleunigung des Strafverfahrens, Heranziehung von Arbeitern zur Rechtsprechung für diese Fälle, Einziehung der Nährpflichtverletzung unter die Vergehen und ausschließliche Zuständigkeit der — auch mit Laienrichtern besetzten — Strafkammern zu ihrer Aburteilung, unter Zulassung von Haft- und Geldstrafen in leichten Fällen, Ueberweisung ins Arbeitshaus auf vom Richter bestimmte Dauer als Nebenstrafe für schwere Fälle neben erheblicher Gefängnisstrafe, unter gesetzlicher Regelung der Strafvollstreckung in den Arbeitshäusern unter Verächtsichtigung des erzieherischen Zweckes der Strafe, und endlich die Einführung der bedingten Verurteilung für die Fälle der Nährpflichtverletzung. Treffend nennt er das Verwaltungszwangverfahren eine Verhöhnung der fundamentalsten Sätze der modernen Armenpflege. Seine Worte waren in den Wind gesprochen, die Mehrheit legte sich einfach auf den oben wiedergegebenen Antrag fest und bot dadurch der Reaktion eine willkommene Handhabe zur Verwirklichung ihrer Pläne.

Der Regierungsentwurf geht aber noch weit über die Beschlüsse des Vereins für Armenpflege und des Abgeordnetenhauses hinaus. Denn während in dem Beschluß des Vereins für Armenpflege ausdrücklich von Zwangsmitteln gegen „Arbeitsscheuen und Versäumnis der Nährpflicht von Eltern gegenüber ihren Kindern unter 16 Jahren und von Ehemännern gegenüber ihren Ehefrauen“ die Rede ist, und während der Antrag der Gemeindef Kommission des Abgeordnetenhauses nur von Personen spricht, die sich „hartnäckig und böswillig“ der Unterhaltungspflicht ihrer aus öffentlichen Armenmitteln unterstützten Angehörigen entziehen, sieht der Entwurf schließlich für jeden dauernd Unterstützten die Möglichkeit der Unterbringung in einer öffentlichen Arbeitsanstalt vor. Zwar heißt es in der Begründung, daß der Arbeitszwang sich nur richten soll gegen die Arbeitsscheuen, d. h. die Müßiggänger, Trunksolde und dergleichen, die nicht für sich selbst sorgen, sondern aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen, sowie gegen die säumigen Nährpflichtigen, d. h. Personen, welche ihre Verpflichtung zum Unterhalt der Angehörigen nicht erfüllen, sondern diese der Armenpflege anheimfallen lassen, mag das Eintreten der Armenpflege durch Arbeitscheuen des Familienhauptes oder dadurch bedingt sein, daß dieses seinen Verdienst nicht zum Unterhalt der Angehörigen verwendet. Der Wortlaut des Entwurfs aber stimmt mit diesen Worten nicht überein. Erfährt er keine Änderung, so wird das Gesetz in der Praxis in der Hand der Behörden zu einem Mittel von Schikonen aller Art werden, und auch solche Personen werden davon betroffen werden, die sich nicht aus Arbeitsscheuen oder Müßiggang der Unterhaltungspflicht ihrer Angehörigen entziehen, sondern aus Gründen, die nicht in ihrer eigenen Person zu suchen sind. Obwohl die Motive selbst betonen, daß die Einweisung in eine Arbeitsanstalt einen empfindlichen Eingriff in die persönliche Freiheit darstellt und daß deshalb eine objektive und jede Willkür ausschließende Anwendung soweit als möglich sichergestellt werden muß, ist dies Ziel nicht erreicht worden. Die Unterbringung soll durch den Kreis- resp. Stadtausschuß erfolgen, also durch Behörden, die in keiner Weise eine Garantie gegen eine mißbräuchliche Anwendung des Gesetzes bieten. Dazu kommt, daß eine gegen eine Entscheidung des Kreis- oder Stadtausschusses eingeleitete Beschwerde keine aufschiebende Wirkung hat und daß die Entlassung aus der Arbeitsanstalt ungeheuer schwer ist. Die Fälle werden gar nicht so selten sein, wo jemand auf dem Verwaltungswege dauernd zur Unterbringung ins Arbeitshaus, also zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wird, denn wenn der Verurteilte auch nach einem Jahre ohne weiteres beurlaubt werden muß, so ist doch andererseits vorgesehen, daß seine Wiedereinlieferung verfügt werden kann, falls er während der Beurlaubung erneut nicht nur vorübergehend unterstützungsbedürftig wird.

Allerdings sind in einer Reihe von Bundesstaaten, und zwar in Sachsen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Anhalt, Hamburg, Elbh-Vorbringen und Bremen ähnliche Gesetze erlassen, aber hier sind doch immerhin gewisse Garantien geboten. So darf z. B. in Hamburg die Unterbringung nur dann erfolgen, wenn von 5 Mitgliedern der Kommission für das Armenarbeitswesen 4 dafür stimmen, und außerdem muß dem Unterstützten, wenn er ein Jahr in einer Anstalt untergebracht war, bevor das Fortbestehen der Voraussetzung für die Arbeitspflicht festgestellt werden kann, durch eine mindestens sechs Monate dauernde Unterbrechung Gelegenheit zur Erbringung des Nachweises gegeben werden, daß die Voraussetzungen für die Vollstreckung des Beschlusses nicht mehr bestehen. In Elbh-Vorbringen kann die Unterbringung in eine Anstalt erst dann erfolgen, wenn der Unterstützte sich weigert, die ihm angewiesene Arbeit zu verrichten. Der preussische Entwurf sieht von solchen Klauseln ab, er ist

das unsozialste Gesetz, das man sich denken kann — ein neuer Beweis dafür, daß die preussische Regierung sich des sozialen Charakters der Armenpflege in keiner Weise bewußt ist. Wird der Entwurf Gesetz, was bei der Zusammensetzung des Dreiklassenparlaments nicht ausgeschlossen ist, so nähert wir uns mittelalterlichen Zuständen. Die Auffassung, daß Armut ein Verbrechen ist, wird dann aufs neue zur Geltung kommen. So wenig Mitleid wir auch mit solchen Personen haben, die aus bösen Willen ihre Familie zugrunde gehen lassen, so sehr müssen wir auf der anderen Seite doch zu verhindern suchen, daß der Unschuldige mit dem Schuldigen leidet. Vor allem wird es notwendig sein, vorbeugende Armenpflege zu treiben und zu verhindern, daß Tausende und aber Tausende in Not und Elend versinken. Geht man den Ursachen der Verarmung auf den Grund, so wird man zu dem Resultat kommen, daß in den weitaus meisten Fällen die wirklich Schuldigen nicht die Armen sind, sondern diejenigen, die der Masse des Volkes die Lebenshaltung verteuern. Die konservativ-meritale Mehrheit des Abgeordnetenhauses und die preussische Regierung brauchen nach den Schuldigen nicht allzu weit zu suchen.

Die Revanche der Niedergerittenen.

Unter diesem Titel schreibt Karl Kautsky in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“ über den Ausgang der Wahlen vom 12. Januar. Genosse Kautsky sagt nach einigen Betrachtungen über Wahlbeteiligung und dergleichen:

„Die Wahlen des Jahres 1907 hatten die Sozialdemokratie im Reichstag geschwächt und die Regierung gestärkt, ihr zwei Majoritäten zur Verfügung gestellt — eine liberal-konservative und eine konservativ-ultramontane. Das Resultat war eine Politik, wie sie empörender und aufreizender nicht gedacht werden konnte, eine Politik, die alle bürgerlichen Parteien aufs äußerste kompromittierte. Die einzige Partei, die der Regierung aufs äußerste in allen Punkten Widerstand leistete, die jede Teilnahme an irgend einem Bloßbeharlich von sich wies, die Imperialismus, Kriegergeiz, neue Steuern entliehen ablehnte, war die Sozialdemokratie.“

Dafür ist sie die einzige Siegerin bei den jetzigen Wahlen. Sie ist die einzige Partei, die an Stimmen und Mandaten erheblich verhärtet aus dem ersten Wahlgang hervorgeht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht jetzt alle bürgerlichen Elemente gegen und mobil zu machen, indem sie unsere Politik als eine des Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der Völkerverbrüderung bezeichnet. Sie glaubt und damit zu brandmarken und zu denunzieren. Aber diese Politik ist es gewesen, die einzig bei den jüngsten Wahlen werbende Kraft entwickelt hat. Mehr Mandate als jemals zuvor im ersten Wahlgang und auch einen Stimmengewinn, der sich dem von 1903 ebenbürtig zur Seite stellt, hat uns die Politik des Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der Völkerverbrüderung gebracht.

Jede andere Politik hat verfaßt. Von den bürgerlichen Parteien hat keine einen Aufschwung aufzuweisen. Sie alle haben im ersten Wahlgang an Mandaten mehr Verluste als Gewinne zu verzeichnen.

Doch noch ist nicht alles für den Liberalismus verloren. Bei ihm liegt die Entscheidung, ob der schwarzblaue Bloß im nächsten Reichstag die Mehrheit erhalten soll oder nicht. Man sollte glauben, die Wahl konnte ihm nicht schwer werden. Er hat ganz einfach zu entscheiden, ob er politischen Selbstmord üben oder noch als ernsthafte selbständige politische Macht weiter existieren will.

Sozialdemokratie und Liberalismus zusammen verfügen zurzeit über rund 70 Mandate. In ungefähr ebenso vielen Stimmwahlen ringen sie miteinander. Das macht zusammen 140 Mandate, die auf jeden Fall der Linken zufallen. Dazu kommen fast 100 Sitze, die sie erobern kann, wenn Liberale und Sozialdemokratie einander Wahlhilfe leisten. Es ist ungefähr ein halbes Hundert sozialdemokratische Stimmwahlen, bei denen der Liberalismus den Ausschlag gibt. Und ebenso groß ist die Zahl der Wahlbezirke, in denen Liberale mit Konservativen oder Zentrumsleuten in Stichwahl stehen und die sozialdemokratischen Stimmen von Bedeutung sind. Es ist also möglich, die schwarzblaue Mehrheit zu brechen.

Daß wir für alle Liberale eintreten, die die jenar Stimmwahlbedingungen akzeptieren, ist selbstverständlich. Nicht selbstverständlich ist es dagegen, daß die Liberale allenshalben und mit voller Kraft ihre Stimmen für den Sozialdemokraten gegen Zentrum und Konservative abgeben werden. Von dem Ausmaß, in dem es geschieht, wird es in erster Linie abhängen, ob die schwarzblaue Mehrheit zur Minderheit reduziert wird, wird es aber auch abhängen, ob das durch die Paarung zwischen Korpeln und Kammern bereits erheblich komponierte politische Ansehen des Liberalismus noch einmal wiederhergestellt wird oder ob er völlig zu einer Ruine herabsinkt, aus der kein neues Leben mehr zu sprechen vermag — einer Ruine ohne jeden ästhetischen Reiz, die nur noch als politisches Verkehrshindernis wirkt.

Keuchlich kräftiger als der Liberalismus steht der Zentrumsrum da. Das Zentrum hat seine Machtstellung dem horrenden Pluralwahlrecht zu verdanken, das durch unsere Wahlkreiseinteilung in von Jahr zu Jahr wachsendem Maße den rückständigsten Wahlkreisen zugute kommt, während es die fortschreitenden immer mehr entzieht. Sicher ist, daß dadurch niemand mehr benachteiligt wird als die Sozialdemokratie, niemand mehr begünstigt als das Zentrum. Mit den 300 000 Stimmen, die Ledebour und Jubeil zusammen erhielten, lassen sich bequem 30 Zentrums-kandidaten in den schwarzen Wahlbezirken durchbringen.

Die Inflation-Gebühr

Bekannt für die hochgehaltene Notendrucke über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Versammlungs- und Vortragungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das letztgenannte Wort 20 Pfg. (zufällig 2 Hektogramm Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Prestrate für die nächste Nummer müssen 40 Pfg. nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Stichwahlparole der Liberalen Landespartei in Elsaß-Lothringen

richtet sich nicht nur an die Parteimitglieder im Lande, sie appelliert auch an die Liberalen im Reich. Sie lautet:

Der Vorstand der Liberalen Landespartei hat am letzten Sonntag die durch den Ausfall der Hauptwahl in Land und Reich geschaffene Lage eingehend besprochen. Der große Erfolg der Sozialdemokratie, den auch wir verspürt haben, indem drei unserer Kandidaten aus der Stichwahl gedrängt worden sind, darf den bürgerlichen Liberalismus nicht entmutigen, ist vielmehr eine ernste Bestätigung der Unhaltbarkeit einer Regierungspolitik, die sich auf eine konservativ-kerisale, antidemokratische Mehrheit stützt. Eine Gesundung unserer politischen Verhältnisse, die auch zu einer Erstarkung des bürgerlichen Liberalismus führen wird, kann nur geschaffen werden, wenn der schwarzblaue Bloß niedergeworfen wird. Darum kann und darf für die Stichwahlen keine andere Parole ausgegeben werden als die Parole, unter der der gesamte Liberalismus in den Wahlkampf eingetreten ist. Der Kampf gegen die Reaktion muß zu Ende geführt, keine fortschrittliche Stimme darf einem rücksichtlichen Kandidaten gegeben werden. Ein Liberalismus, der im gegenwärtigen Moment anders handelt, sich seine Parole von der Furcht diktiert oder von einer Regierung geben läßt, die jede Fühlung mit dem Volk verloren hat, kann zwar da und dort ein Mandat gewinnen, seinen politischen Kredit hat er aber verherzt und seine Zukunft aufs Spiel gesetzt. Wir geben darum der Erwartung Ausdruck, daß der Liberalismus in Deutschland in dieser ersten Stunde nicht versagt und Konsilien nicht aus dem Wege geht, ohne die eine Neuorientierung der Reichspolitik schlechterdings nicht zu erreichen ist.

Der Vorstand der Liberalen Landespartei war keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die kerisal-nationalistischen Kandidaten in Strahburg-Land, Colmar und Metz zur Reaktion zu rechnen sind, und von keinem von ihnen eine verständnisvolle Vertretung auch nur der elsass-lothringischen Interessen im Reichstag zu erwarten ist. Er fordert daher die beteiligten Kreisorganisationen auf, die Parole für die Kandidaten der Sozialdemokratie auszugeben und alles in die Wege zu leiten, was zur erfolgreichen Durchführung der Stichwahl und zur Niederwerfung des gemeinsamen Gegners erforderlich ist. Wo wir nicht einem Kandidaten der eigenen Partei unsere Stimmen zuführen können, wie im Kreise Zabern, oder nicht einem bereits im ersten Wahlgang unterstützten Kandidaten zum Siege verhelfen können, wie in Diedenhofen-Völschen, müssen wir mithelfen, der Linken im Reichstag eine Mehrheit zu erkämpfen.

Der Vorstand der Liberalen Landespartei in Elsaß-Lothringen.

Auch die nationalliberale „Strahburger Post“ unterstützt diese Parole lebhaft, — allerdings in der Erwartung, daß die Verständigung zwischen Liberalen und Sozialdemokraten auch in Baden erfolgt unter größeren Vorteilen für den Liberalismus dort, als er sie nach Lage der Dinge in Elsaß-Lothringen einheimen kann. Der liberalen Unterstützung von drei sozialdemokratischen Kandidaten (in Colmar, Strahburg-Land und Metz) steht hier nur die Unterstützung von zwei linksstehenden bürgerlichen Kandidaten (in Zabern und Diedenhofen-Völschen) durch die Sozialdemokratie gegenüber. Allerdings war bei den Stichwahlen zur reichsständischen Zweiten Kammer Ende Oktober vorigen Jahres die Sachlage ähnlich mit ganz veränderten Rollen, indem dort die Sozialdemokratie die Unterstützung des Liberalismus für nur acht sozialdemokratische Kandidaturen gegen fünfzehn liberale eintauschte.

Die Jungliberalen.

Der Gesamtvorstand des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend, der Donnerstag unter Vorsitz des Dr. Kauffmann-Stuttgart in Frankfurt tagte, hat einstimmig folgenden Beschluß zur politischen Lage gefaßt:

„Der Gesamtvorstand begrüßt die von dem geschäftsführenden Ausschuss der nationalliberalen Partei ausgegebene Parole für die Stichwahlen zum Deutschen Reichstage, die den einzelnen Landesorganisationen unter Betonung der Notwendigkeit, mit der fortschrittlichen Volkspartei zusammenzugehen, Freiräume für ein Abkommen mit anderen Parteien gibt. Da diese Abkommen, gleichviel, mit welchen politischen Organisationen sie getroffen werden mögen, in jedem Falle nur dem Endziele dienen, dem Liberalismus eine machtvolle Stellung zu verschaffen, erwartet der Gesamtvorstand des Reichsverbandes von den Jungliberalen und ihren Freunden, daß sie auch in der Stichwahl ihre ganze Kraft einbringen, um dieses Ziel zu erreichen, um dem schwarzblauen Bloß möglichst Abbruch zu tun. (Durch die Wahl von Reichsparteilern in Brandenburg und Sachsen?) Die ernsthafte Politik der Konservativen und des Zentrums wie das Verhalten der Regierung, die eine großzügige Verteilung und Behandlung der politischen Lage und der Stimmung der Nation vernünftigen Maßes hat das Antlitz des Radikalismus allein zu verantworten. Der Gesamtvorstand des Reichsverbandes erblickt in der Durchführung dieses Beschlusses die Gewähr dafür, daß in Zukunft die nationale und liberale Idee im Volke machtvoll repräsentiert wird.“

Kostock-Doberan.

Die konservative Stichwahlparole im Wahlkreise Kostock-Doberan, wo der fortschrittliche Malermeister Heimsoth-Schwerin mit dem Genossen Dr. Herzberg-Verlin in Stichwahl steht, lautet einem Privattelegramm zufolge: „Wir müssen es der eigenen Entscheidung jedes einzelnen unserer Gewinnungsgenossen überlassen, ob er am 20. Januar seine Stimme für den Malermeister Heimsoth abgeben wird.“

Der „Kostocker Anzeiger“ aber fordert zur Wahl Heimsoths auf, ebenso in einem Inserat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Deffau-Zerbst.

Im Wahlkreise Deffau-Zerbst beschloß gestern der liberale Wahlverein für die Stichwahl keine Wahlparole auszugeben, sondern es jedem Wähler zu überlassen, wem er seine Stimme geben will. Damit dürfte die Wahl des Sozialdemokraten Wolfgang Heine gesichert sein.

Sippe-Deilmold.

Im Wahlkreise Sippe-Deilmold haben die Konservativen die bedingungslose Stichwahlparole für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Reumann-Dosser ausgegeben.

Der gute Ton in allen Lebenslagen.

Im Wahlkreise Salzweil-Gardelegen ist Junker Jordan v. Kröcher in die Stichwahl mit dem Bauernbändler Böhmke gekommen und die „Gefahr“ ist groß, daß die agrarische Erziehung ihren Reichstagsstübli verliert. Das hat Herrn Kröchers Agitatoren ganz kopflos gemacht. Einer von ihnen, der Landtagsabgeordnete General v. Dittfurth, belegte alle bürgerlichen Wähler, die nicht Kröcher wählen würden, mit der liebevollen Bezeichnung „Hundsfütter“. Das war nicht etwa nur ein falscher Jungenschatz, sondern ist wohlüberlegt ausgesprochen worden, denn der Herr erlaubt sich diese Beschimpfung der Wähler in zwei Versammlungen, einmal in Gardelegen und einmal in Klöße. Dem Wahlschiedsrichter Kröcher ist nun wohl doch aufgefallen, daß mit solcher Stichwahlpolitik keine Lorbeeren zu ernten sind. Er erteilt eine Erklärung, in der er heißt:

„Die bedauerliche Entlassung des Generals v. D. Dittfurth in seinen Vorträgen zu Gardelegen und Klöße kam sämtlichen Konservativen überraschend und blieb allen unerklärlich. Erzeugung von Kröcher hat in Klöße sofort gegen die deplacirte Redensart Front gemacht und der unterzeichnete Wahlschiedsrichter verwarf sich ganz energisch dagegen, in irgendwelchen Zusammenhängen mit der ehrenkränkelnden Forderung gebracht zu werden.“

Im Grunde ihres Herzens stimmen sicher so manche Agrarier dem aufrichtigen Dittfurth zu. Wäre ihnen dessen Aeußerung wirklich so zuwider, dann hätten sie sie ihn wohl nicht ein zweites Mal tun lassen. Erst dann dämmerte ihnen auf, welche unliebsamen Folgen sie haben könnten.

Der General v. Dittfurth ist übrigens nicht der einzige, der in dieser Weise in dem bisher Kröcherschen Kreise agitiert. Ein Agitator des Bundes der Landwirte legte allen Wählern, die nicht das Glück haben, von reichen Eltern abzustammen, die Bezeichnung „Lumpen“ bei.

Die Presse und der Stichwahlkampf.

Die Wahlparole der fortschrittlichen Volkspartei wird von der entschieden liberalen Presse mit Befriedigung aufgenommen. Allgemein wird auch die Ansicht vertreten, daß Stimmenthaltung in dem Kampf zwischen einem Sozialdemokraten und einem Schwarzblauen völlig ungenügend wäre. Die liberalen Wähler müßten Mann für Mann an die Urne treten und für den Sozialdemokraten ihre Stimme abgeben.

So schreibt das „Berl. Tagebl.“:

„Die Parole ist klar und consequent. Sie verfolgt das Ziel, dem der Wahlkampf gilt, auf geradem Wege. Seit langer Zeit hat der Linkliberalismus nicht eine so entschiedene, feste, selbstlichere Sprache geführt. Die Wähler der fortschrittlichen Volkspartei wissen nach dieser Anweisung, was sie zu tun haben: überall da, wo ein Anhänger des schwarzblauen Bloß in Stichwahl steht, haben sie für den Gegner des schwarzblauen Bloß zu stimmen, selbstverständlich auch da, wo dieser Gegner ein Sozialdemokrat ist. Denn nur so kann das Ziel, die Zertrümmerung des schwarzblauen Bloß, erreicht werden. Damit werden die Versuche der reaktionären und offiziellen Presse, die Linkliberalen abzuweheln durch Drohungen und Versprechungen zu Handlangerdiensten für den gefährdeten schwarzblauen Bloß einzufangen, wohl ein Ende haben. Ein konservativ-kerisales Wutgeheul dürfte an ihre Stelle treten, das niemanden beirren und niemanden über die mißliche Lage der Bloßbrüder täuschen wird. Die Lage ist klar zum Gesichte.“

Bedauerlich bleibt, daß die nationalliberale Partei eine gleich klare und entschiedene Parole nicht erlassen hat. Es ist dankenswert, daß sie beschlossen hat, die Fortschrittler auf Gegenseitigkeit überall zu unterstützen. Die Energie, darüber hinaus die Front gegen rechts einseitlich zu fordern und zu empfehlen, hat sie nicht gefunden. Man hat die Sammlungsstronche, deren Sprachrohr die „Reinisch-Weisfährische Zeitung“ ist, nicht allzusehr brüskieren wollen. Immerhin ist es nicht zu unterschätzen, daß die überwiegende Mehrheit des nationalliberalen Zentralvorstandes sich auch gegen eine Sammlungsparole erklärt hat, wie sie die weisfährische Scharfmacher natürlich gefordert haben.“

Im selben Sinne schreibt die „Berl. Volksztg.“: „Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der schwarzblaue Bloß noch keineswegs zertrümmert ist, ja, daß die Lage erstere ist, als für das Deutsche Reich gut ist. Es kann noch alles verdorben werden, wenn nicht Nationalliberale und Fortschrittler ohne Ausnahme ausschließlich gegen rechts stimmen.“

Die „Morgenpost“ sagt:

„Der Aufruf ist eine Tat. Ja, eine große Tat! Er zeigt, daß mindestens der entschiedene Liberalismus die Zeichen der Zeit verstanden hat.“

Die Einsicht, wenn sie spät kommt, kommt doch nicht zu spät: Mit musterhafter Klarheit sagt der Aufruf, was ist und was zu tun ist. Der schwarzblaue Bloß ist noch nicht zertrümmert; das ist die Tatsache. Aus der Tatsache ergibt sich die Folgerung: er muß zertrümmert werden. Und aus der Folgerung erwächst die Forderung: Wähler der Linken, tut Eure Pflicht! Vergeht nicht, was Euch trennt! Schlichte Eure Reiben! Rechts steht der Feind! Los auf den Feind!“

Etwas zurückhaltender ist die parteioffizielle „Vossische Zeitung“. In einem Artikel: „Mar zum Gesichte“ schreibt sie über die Wahlparole ihrer Partei:

„Alle Drohungen, alle Vorlesungen sind vergeblich gewesen. Es hat nichts gefruchtet, die Körntrommel gegen den „Umsturz“ zu schlagen und das Signal zur „Sammlung“ zu blasen: eine neue Zeit erfordert neue Maßregeln. Neben Taktik, die zu einer konservativ-liberalen Mehrheit führen kann, ist Verzicht. Was ist des Bürgerrechts Pflicht? Die Forderung des Tages. Was ist die Forderung des Tages? Die Zertrümmerung des schwarzblauen Bloß.“

Einfach und gemeinverständlich wie der Ursprung der heutigen Situation ist die sich aus ihr ergebende Notwendigkeit. Die bürgerliche Linke hat mit der Sozialdemokratie jahrzehntelange harte Kämpfe ausgefochten; es wird an gleichen Kämpfen in kommenden Jahrzehnten nicht fehlen. In alledem tritt kein Wandel ein. Aber das Hemd ist uns näher als der Rock, und die Gefahr gilt es abzuwehren, die im Augenblick die größte und dringendste ist. Mit dem Zukunftsschatz hat es gute Weile: Darüber kann man sich in fünf oder zehn Jahren oder etwas später auseinandersetzen. Aber Steuern, Zölle, Wohlrecht, Handelsverträge, Aemterbeziehung, Gleichheit vor dem Gesetz, Selbstverwaltung, das und vieles sonst sind Fragen für den Gegenwartsschatz. Wie der schwarzblaue Bloß sie behandelt, hat man genug zu sehen, mehr als genug erfahren. Also, wer dem Hochmut der bisherigen Mehrheit ein Ende machen will, der begrüßt mit Genugthuung die Parole: keine Stimme für den schwarzblauen Bloß oder seine Gefolgschaft: Die reaktionäre Mehrheit darf nicht wiederkehren!“

Die fortschrittliche Volkspartei war sich zweifelsohne, als sie ihren Aufruf erteilt, keiner Fragestellung bewußt. Sie sah voraus, daß man sie als Vorwurf, als Unbesonnenheit, als Vorkurs der Sozialdemokratie bezeichnen und verunglimpfen werde. Was tut das? Besser, die Reaktion eifert und geifert gegen den Liberalismus, als daß sie mit ihm zufrieden ist. Denn wie verunpöft müßte die bürgerliche Linke sein, wenn sie den Weisfall dieser ernsten sollte, die keinen schlimmeren Feind kennen als den Geist der Freiheit? Der Reichstagsler hat die Wiederwahl des Grafen Schwerin-Dömitz als gutes Omen bezeichnet. Das Echo ist der Ruf der Linken: Nieder mit dem schwarzblauen Bloß! Ihm nicht eine einzige liberale Stimme!

Die ziffernmäßigen Wahlergebnisse sind eine Illustration zu der Wahlkreiseinteilung, stellen ihre Ungerechtigkeit in größtes Licht. Der schwarzblaue Bloß aber will keine Gerechtigkeit, will dem liberalen Bürgertum nicht den Einfluß gewähren, der ihm gebührt. Und dafür soll dieses Bürgertum der Reaktion Vorkampfdienste leisten? Das wäre eine selbstmörderische Taktik. Nein, gegen den schwarzblauen Bloß geht es, ohne schändliche Rücksicht auf das Urteil von Scharfmachern, Verrätern und Dunkelmännern. Das ist der gerade Weg, der beste Weg.“

Die Sammelorgane aber sind nicht schlecht wütend und schwören Rache. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt über den fortschrittlichen Stichwahlaufbruch:

„Damit ist die Hoffnung, doch noch um der Not des Vaterlandes willen ein allgemeines bürgerliches Stichwahlbündnis gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen, endgültig gescheitert. Die Schuld daran trägt in erster Linie und in volstem Maße

der Freisinn, der die Gemeinbürgerschaft der nationalen Parteien gegen die Sozialdemokratie im Stiche gelassen hat und sich an schick, die Sache des Bürgerturns an die Sozialdemokratie zu verraten! Der Freisinn scheidet sich damit von selber aus dem Lager des nationalen Bürgerturns aus; und wer dieser Partei noch eine Stimme gibt, der belohnt sie noch für ihren Verrat und stürzt in Wirklichkeit nur die Sozialdemokratie, mit deren Sache sich der Freisinn durch seinen Beschluß identifiziert hat. Wohl mag es im Lande noch Freisinnige aus der alten Reichstags-Schule geben, die trotz der Parteiparole die bürgerliche Fahne nicht verlassen; die freisinnige Partei als solche ist hiermit in das Lager der Feinde des Bürgerturns abgeschwenkt; sie ist zum dienstbaren Vasallen der Umsturzpartei geworden, deren Stimmen sie durch diesen Verrat erkaufen will, und sie muß demgemäß behandelt werden.“

Und die „Germania“ sekundiert:

„Die Schuld an dem Scheitern eines allgemeinen bürgerlichen Stichwahlbündnisses trägt in erster Linie die fortschrittliche Volkspartei, die damit vollständig in das Lager der Feinde des Bürgerturns übergegangen ist und sich nunmehr ganz zum Vasallen der Sozialdemokratie gemacht hat, die bereits in der Form der Stichwahlbedingungen des Jenaer Parteitagess ihr laudimisches Joch für die fortschrittliche Volkspartei wie für die Nationalliberalen auferlegt hatte. Die fortschrittliche Volkspartei kann danach nicht anders behandelt werden, als die Sozialdemokratie; das gilt insbesondere auch für die Stichwahl im ersten Berliner Reichstagswahlleise.“

Aber auch die nationalliberale Parteileitung trifft nicht minder die Schuld. Sie hat ein Verhandeln auf breiterer Grundlage abgelehnt und überdies noch einzelne Landesteile, die für ein Gegenseitigkeitsbündnis in erheblicher Weise in Betracht kommen, aus den Verhandlungen ausschalten wollen, womit eine allgemeine Verständigung unmöglich war.“

Unter diesen Umständen kann den Wählern der Zentrumsparlei nur empfohlen werden, überall da, wo nicht von seiten der örtlichen Parteileitung bindende Abmachungen über gleichwertige Gegenseitigkeiten getroffen sind, liberalen Kandidaten gegenüber strikte Wahlenthaltung zu üben.“

Wie groß muß die Angst sein, die sich hinter diesem maßlosen Wutgeheul verbirgt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar 1912.

Eine nationalliberale Stimme über unsere Wahlparole.

Die „Königliche Zeitung“ schreibt zu der Stichwahlparole des Parteivorstandes:

„Wenn man bedenkt, daß in früheren Jahren die sozialdemokratische Partei das Eintreten der Genossen für einen liberalen Wahlkandidaten überhaupt als unzulässig erklärte, so ist es unzweifelhaft, daß sich in den sozialdemokratischen Auffassungen eine Umänderung vollzogen haben muß. Die Jenaer Bedingungen, von denen der „Vorwärts“ die sozialdemokratische Stichwahlhilfe abhängig macht, sind bekanntlich sehr milde gefaßt. Den Preis der Zertrümmerung oder Schädigung des blaushwarzen Bloßes scheinen die Sozialdemokraten allen anderen Erwägungen unterordnen zu wollen. An Klarheit läßt die Parole nichts zu wünschen übrig und sie ist praktisch um so wichtiger, als die Sozialdemokratie ihre Leute fest genug in der Hand hat, um auf rücksichtslose Befolgung rechnen zu können.“

Um so bedauerlicher bleibt es, daß die Nationalliberalen ihrerseits nicht zur Klarheit gelangen können.

Mache der Freisinnigen in Berlin I.

Die Verlegenheit der Vörsenleute kennzeichnet die Wahl ihrer Kampfmittel. Der „Vernichter“ der Agrardemagogie, Dr. Richter, konzentriert seine strategischen Kräfte in der Stichwahl sorgfältig zum Kampfe gegen die — Sozialdemokratie. Die Zeitung des Hanabundes ist bald reif für die korporative Ehrenmitgliedschaft im schwarzblauen Bloß. Eine Reihe von Hanabundisten schwenkt mit steigenden Fahnen in das Lager der Konservativen ein — zum Kampfe gegen links! Eine wunderbare Front gegen rechts! Die Cont- und Börsenkapitalisten verschmähen es nun auch nicht, mit anonymen Behauptungen zu operieren. So das „V. Z.“ mit der Mitteilung, „wie Anhänger der Kandidatur Gädde“ hätten sich verpflichtet, für Kampf einzutreten. Die Wahl solcher Mittelchen zeugt von einer verzweifelten Stimmung, die jeden Eid heiligt. Kaum eine Versammlung der Demokraten hat stattgefunden, in der nicht zum Ausdruck kam, daß man im Falle einer Stichwahl zwischen Kampf und Stillweilen bedingt für letzteren eintreten werde. Solche Parole sind nicht nur keinen Widerspruch, sondern ungeheuren Beifall. Diese Tatsache charakterisiert die anonyme Sache hinlänglich!

Die Hamburger Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht.

Hamburg, 17. Januar 1912.

„In einer Dauer Sitzung, die sich bis gegen 1 Uhr nachts ausdehnte, beendete am Mittwoch die „Hamburger Bürgerchaft“ (Hamburger Parlament) den von den sog. alten Fraktionen, d. h. dem Bloß der Wahlrechtsänderer, eingebrachten Antrag, betreffend Schutz der Arbeitswilligen, insbesondere durch ein Verbot des Streikpostensfahrens.“

Die Antragsteller hatten es sehr eilig, die Beratung zu Ende zu führen. Kein Wunder! Waren doch ihre noch in der vorigen Sitzung mit so großer Emphase ausgesprochenen Behauptungen, wonach der überwiegende Teil des Bürgerturns (von den Arbeitern sah man ganz ab) auf der Seite der Scharfmacher stehen sollte, durch den Ausfall der Reichstagswahlen gründlich widerlegt worden. Den Herren war es ersichtlich unangenehm, als unser Genosse Stolten auf diese Tatsache hinwies und weiter ausführte, daß es nur dem ungerechten Wahlsystem Hamburgs zu danken sei, wenn in der Hamburger Bürgerchaft dieser Antrag eine Mehrheit finde. Im wesentlichen drehte sich die Debatte um die Bedeutung des Koalitionsrechtes und die Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung. Wieder stiegen Vertreter des Antrages auf die Tribüne und behaupteten mit schöner Selbstsicherheit, daß sie absolut nicht daran dächten, das Koalitionsrecht einzuschränken. Im Gegenteil! Sie wollten erst die wahre Koalitionsfreiheit schaffen, indem sie den Koalitionszwang beseitigten! Das liegt auch im Interesse der Arbeitnehmers, die von ihren Organisationen in unerhöhter Weise terrorisiert wurden. Besonders aber seien die lieben Arbeitswilligen zu schützen. Natürlich hätten sich die Herren Scharfmacher, davon zu reden, wie sie in ihren eigenen Reihen Terrorismus üben. Die ganze Rederei von dieser Seite lief schließlich auf den Punkt hinaus: Verboten wie das Streikpostensfahren, so schaffen wir damit die Auswüchse des Koalitionsrechtes aus der Welt.“ (1)

Dieser Gedanke wurde denn auch von unseren Genossen in schärfster Weise hervorgehoben. In eindringlichen Worten legte namentlich Stolten dar, daß das Verbot des Streikpostensfahrens ein Angriff auf die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht bedeute! Es werde damit ein Ausnahmefach geschaffen für die Arbeiter, die sich in einem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen befinden,

Das werde aber nicht etwa eine Abschwächung der Gesetze und Kämpfe bewirken, sondern im Gegenteil eine Verschärfung. Harte Strafen würden nur noch größere Erbitterung bei den Betroffenen und bei ihren Berufskollegen hervorrufen.

Einen fürchterlichen Charakter nahm die Diskussion an, als Genosse Stolten dann den Spieß umdrehte und die Herren Unternehmer daran erinnerte, daß es erst die Aussperrungstaktik des organisierten Unternehmertums gewesen sei, die die riesigen gewerkschaftlichen Kämpfe gesiegt hätte, von denen auch das Wirtschaftsleben Hamburgs in den letzten Jahren schwer getroffen worden sei. Diese Taktik habe aber keinen Erfolg gehabt und dafür wollten die Unternehmer nun ihre Rache haben. Für sich verlangten die Arbeitgeber das Koalitionsrecht; sie scheuen durchaus nicht davor zurück, mit Hilfe von Materialsperrungen Abtrünnige aus ihren eigenen Reihen in die Organisation zu zwingen; sie scheuen ferner nicht davor zurück, durch schwarze Listen die streikenden Arbeiter und Angestellten brotlos zu machen. Seien schon jetzt Richter und Staatsanwälte für die Unternehmer eingenommen, so solle in Zukunft noch die Unterdrückung der Arbeiter durch das Verbot des Streikpostenstehens vollendet und gesetzlich sanktioniert werden.

Die Herren von der Rechten begleiteten diese treffenden Ausführungen mit lebhaften Zwischenrufen, aus denen aus deutlichster Hervorgang, daß sie für die Arbeiterschaft und für die Bedingungen, unter denen diese kämpft, nicht das mindeste Verständnis haben.

Schließlich wurde der Antrag in namentlicher Abstimmung, die unsere Genossen verlangten mit 82 gegen 41 Stimmen endgültig angenommen. Ein Antrag der Vereinigten Liberalen, der die bessere Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Einigungsämter und des Tarifvertragswesens forderte, wurde gegen die Stimmen der Vereinigten Liberalen und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Damit hat die große Aktion ihr vorläufiges Ende erreicht. Scheinbar haben die Herren gesiegt. Aber ihre Triumphgeföhle werden sich bald genug abkühlen. Wenn im Reichstage die Schärfermacher ebenfalls Erfolg haben sollten, werden sich die Konsequenzen bald geltend machen. Die organisierte Arbeiterschaft, die mit dem Sozialistengesetz fertig geworden ist, wird auch diesen Schlag zu parieren wissen.

500 Millionen neuer Anleihen.

Die „Schönung des Anleihenmarktes“ hat nicht lange angehalten. Eine offizielle Verlautbarung besagt:

Unter Führung der Reichsbank und der königlichen Seehandlung (preussischen Staatsbank) gebildete Konventionen übernahmen heute von den Finanzverwaltungen 80 Millionen Mark deutsche Reichsanleihe und 420 Millionen Mark preussische konsolidierte Staatsanleihe, beide 4proz. und bis 1. April 1918 unflüssig. Die Veteilung des Reiches dient lediglich der Absicht, einen Teil der im Jahre 1912 fälligen 4proz. Schatzanweisungen im Gesamtbetrag von 240 Millionen Mark bar einzulösen, so daß es sich nicht um eine Vermehrung der Reichsschuld handelt. Die preussische Anleihe ist für die Zwecke der Eisenbahnen zur Beschaffung von Materialien usw. Die öffentliche Zeichnung findet am 20. Januar 1912 zum Kurse von 101,40 an den üblichen Stellen statt. Für Stücke, die unter Sperrung bis 15. Januar 1913 in das Reichs- oder Staatsanleihebuch eingetragen werden, beträgt der Zeichnungspreis 20 Pf. weniger.

Der Emissionskurs der heute angekündigten Anleihen ist niedriger als der Preis im Jahre 1910. Damals wurden 480 Millionen Mark zum Kurse von 102 zur Zeichnung aufgelegt. Es ist das auf den seither eingetretenen Kursrückgang der Anleihen an der Börse zurückzuführen.

Zum Fall Herrmann.

In dem Prozeß über die Ermordung des Arbeiters Herrmann, der letzten in Leipzig geführt wurde, sagte der als Zeuge vernommene Staatsanwalt Selzner auf eine Frage des Verteidigers: Es sei deshalb keine Belohnung auf die Ermittlung des Mörders ausgesetzt worden, weil der Polizeipräsident nicht über einen Fonds dafür verfüge. — Mittwoch geschah in Berlin ein Raubmord. Noch am selben Abend las man allen Orten die Bekanntmachung, in der der Polizeipräsident v. Jagow eine Belohnung von 3000 M. für die Ergreifung des Raubmörders aussetzt. Selbstverständlich ist das ganz in Ordnung. Aber wie denn, hat er etwa seit dem Leipziger Prozeß den Fonds bekommen?

Dementi des Buchhändlergesetzes.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beruft sich auf Äußerungen des Reichstages und des Staatssekretärs des Innern in den Reichstags-Sitzungen vom 10. und 12. Dezember 1910, um daraus zu beweisen, daß die Reichsregierung ein Ausnahmengesetz gegen die Gewerkschaften („Schutz Arbeitswilliger gegen Streikterrorismus“) nicht plant. Selbst in diesen Reden ist die Absicht einer Verschärfung des Strafgesetzbuches nach dieser Richtung hin geäußert worden, obgleich ja heute schon der § 153 der Gewerbeordnung ein Ausnahmengesetz gegen im Lohnkampf stehende Arbeiter darstellt. Wer sich aber erinnert, daß am Vorabend der Reichstagswahlen von 1907 die Reichsregierung auf das entschiedenste bestritt, daß neue Steuern gefordert werden sollten, der wird auch diesem Dementi kein allzu großes Gewicht beilegen. Sicher ist sicher: Wählt einen Reichstag, der die Gewähr für volle Koalitionsfreiheit bietet.

Darf ein Beamter sozialdemokratisch stimmen?

Diese Frage wirft ein von Dr. Heinz Pothhoff zur Reichstagsstichwahl in Köln herausgegebenes Flugblatt auf. Dr. Pothhoff schreibt dazu:

Regierung und Koalition verneinen es. Sie berufen sich auf den Dienst und erklären es für Eidbruch, wenn ein Beamter die Sozialdemokratie unterstützt, weil diese den „Staat“ vernichten wolle. Das ist doppelt gescheit:

Die Sozialdemokratie kann so wenig wie eine andere Partei den „Staat vernichten“ wollen. Sie will den gegenwärtigen Staat verändern, wie die anderen Parteien auch. Der Liberalismus und die Demokratie wollen Deutschland zu einem freien Volksstaate machen, das Zentrum möchte es zu einem unfreien Kirchenstaat machen. Von sozialistischen Reformen ist im nächsten Reichstage keine Rede, denn die Sozialdemokratie bleibt dort eine Minderheit. Das Zentrum aber ist mit den geistesverwandten konservativen eine Mehrheit und bildet eine gegenwärtige Gefahr für ein freies deutsches Reich mit gerechter, vollstündlicher Politik.

Der Dienst des Beamten geht auf den Namen des Staatsoberhauptes, aber nicht auf dessen Person, erst recht nicht auf die Person des Vorgesetzten, sondern auf den Staat, der durch den Namen repräsentiert wird. Der Beamte schwört, seinem Volke und der Volksgemeinschaft, dem Staat, treu zu dienen. Darum muß er auch politisch so handeln, wie es seiner Ueberzeugung vom Wohle des Staates und Volkes entspricht.

Nicht als Beamter, sondern als Staatsbürger hat der öffentliche Angestellte das Wahlrecht. Dieses hat mit seinem Amte nichts zu tun. Wenn ein Vorgesetzter seine Beamten politisch beeinflusst, so ist das Mißbrauch der Amtsgewalt. Denn das Wahlrecht der Beamten bedeutet nicht, daß ein Minister zehntausend Stimmen abgeben soll, sondern daß zehntausend Bürger ihrer Meinung Ausdruck geben sollen. Nur nach seiner eigenen Ueberzeugung darf der Beamte stimmen. Wenn er aus Rücksichten auf Amt und Vorgesetzte gegen seine Ueberzeugung stimmt, so schändet er das höchste Bürgerrecht.

Militärpersonen hat die Reichsverfassung kein Wahlrecht gegeben, weil man deren politische Unabhängigkeit nicht wollte oder nicht daran glaubte. Allen anderen Beamten gab man das Wahlrecht, weil man ihre politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit wünschte. Nur durch Abstimmung nach eigener Ueberzeugung können die Beamten sich dieses Vertrauens der Nation würdig erweisen.

Schwarze Wahlrechtsfeinde.

Der „Kölnischer Lokal-Anzeiger“, gleich der „Kölnischen Volkszeitung“ Eigentum der bekannten Herren Wagem, offenbart wieder mal die wahlrechtsfeindlichen Instinkte der Zentrumsleute. In einem Artikel über die Chronik schreibt das Blatt:

Das preussische Wahlrecht ist zum Leidwesen des Linksliberalismus nicht dabel.

Also zum Leidwesen des Linksliberalismus, nicht auch des Zentrums! Aus der Fassung des Satzes spricht unzweideutig der Hohn, den man im Zentrum dem Kampfe gegen das schmachvolle Dreiklassenystem entgegenbringt.

Die „ehrliehen“ Mittel der Konservativen.

Auf dem konservativen Parteitag in Breslau sagte der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand: „Wir kämpfen mit ehrlichen Mitteln“. Wie ehrlich die Mittel sind, davon zwei Beispiele aus dem Kreise Jauer-Landeshut-Vollenhain, wo der konservative Amtsrichter Bahrmut mit unserem Genossen Prohl in Stichwahl steht:

„Die konservativen Inhaber der Firma Krähig u. Söhne in Jauer, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, haben acht Arbeiter, die am Wahltag für die sozialdemokratische Partei als Wahlhelfer tätig waren, auf acht Tage ausgesperrt, obwohl ihnen vom Direktor ausdrücklich Urlaub erteilt worden war.“

Zweitens: Im konservativen „Anzeiger für Vollenhain“ heißt es: „Mögen die hiesigen Handwerker, Geschäftsleute bei der kommenden Stichwahl beherzigen, daß es von ihnen abhängt, ob der Konservativ oder der Sozialdemokrat in den neuen Reichstag einzieht. Ist das letztere der Fall, dann dürsten doch viele Landleute ihre geschäftlichen Beziehungen mit der Stadt abbrechen mit dem sehr richtigen Bemerkung: Warum sollen wir in dem roten Kiste laufen? Also: „Vernet, Ihr seid gewarnt!“

Diese Drohung gegen Handwerker und Geschäftsleute ist also ein „ehrliehes Mittel“ der Mittelstandsleute um Heydebrand.

4 238 919 = 0.

Knuten-Dertel ist nicht nur ein gemüthlicher Dyrker und ein phrasenhundiger Fabrikant von Festartikeln, die von dristlich-germanischer Salbung triefen, er ist auch ein großer Rechenmeister, ein Zahlengenie erster Ranges. Die obenstehende Gleichung ist seine ureigenste Erfindung. Vier und eine Viertel-Million sind für ihn nichts, Null, sogar weniger als Null, — wenn diese 4 1/4 Millionen nämlich sozialdemokratische Reichstagswähler sind.

Dertel, der Held der Knute und der Zahlen, kalkuliert folgendermaßen:

Die liberale Presse berechnet 7 1/2 Millionen gegen den schwarz-blauen Block abgegebene Stimmen. Das liberale Exempel ist falsch. Denn nach der alten Regel der nationalen Parteien sind „sozialdemokratische Stimmen nicht mitzuzählen, wenn man das Kräfteverhältnis der deutschen Bevölkerung vergleicht“. Darum heraus mit den 4 1/4 Millionen aus dem liberalen Rechenexempel. Es ergibt sich dann das Fazit, daß der schwarzblaue Block 4 Millionen Stimmen aufweist, die liberalen Parteien aber nur mit 3 1/2 Millionen antreten können. Womit klar, deutlich und zahlenmäßig bewiesen ist, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für das väterliche konservativ-zentrumliche Regiment ist.

Das arithmetische Kunststück des agrarischen Sancho Panza übertrifft nicht nur — um mit Frey Reuters zu reden — durch seine „Nichtigkeit“, sondern auch durch seine Fügigkeit. Merkt es euch, ihr sozialdemokratischen Reichstagswähler, ihr seid nichts, ihr seid Luft für Dertel und seinesgleichen, und zwar so lange, bis durch diese dicke Null einmal ein recht kräftiger Strich gemacht wird.

Spionageprozeß.

In dem Spionageprozeß Binogradoff und Cerno vor dem Reichsgericht wurde heute nachmittags 2 Uhr das Urteil verkündet, und zwar erhielt Binogradoff wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse drei Jahre Zerstörung, Cerno wegen Verabredung zur Begehung von Landesverrat (§ 5 des Spionagegesetzes) drei Jahre Gefängnis. Jedem Angeklagten wurden 5 Monate auf die Unterjuchungsfrist angedreht. Cerno hatte sich einem Vertreter des russischen Nachrichtenbureaus, der in Berlin wohnte, zur Lieferung geheimer militärischer Nachrichten aus Deutschland bereit erklärt. Er wurde dann nach Kiel geschickt und hielt sich dort über ein Jahr auf. Was er an Berichten sandte, waren inbesseren lauter bekannte und nicht geheim zu haltende Dinge, die meist schon in deutschen Zeitungen gestanden hatten oder seiner Phantasie entsprungen waren. Gegen ihn konnte nur der Tatbestand des § 5 festgestellt werden. Binogradoff ist aktiver Offizier der russischen Marine. Er war abgehandelt, um die Tätigkeit des Cerno in Deutschland zu kontrollieren. Diese Gelegenheit benutzte er, um selbst Beobachtungen zu machen, die er gelegentlich seiner Regierung mitteilen konnte. So hat er sich bezüglich der Befestigung von Cuxhaven Zeichnungen gemacht, die er auf die Post gab, um sie fortzuschicken. Hierin ist ein Versuch des Verbrechens nach § 1 des Spionagegesetzes erblickt worden.

Frankreich.

Eine Ministerratsitzung.

Paris, 18. Januar. Der Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Fallières beschloß auf Vorschlag der Minister des Aeußeren, der Finanzen und des Krieges, eine interministerielle Kommission einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Bedingungen für die Einrichtung des Protektorats in Marokko festzustellen. Die Kommission wird im Ministerium des Aeußeren unter Vorsitz des französischen Gesandten in Tanger tagen.

Ministerpräsident Poincaré hat, wie er im Ministerrat mitteilte, dem französischen Reichsoffizier in Rom Meldung erteilt, mit Verweisung auf die Reichslage und den Wortlaut der Verträge die Freilassung des Postdampfers Carthage unter Wahrung etwaiger Ansprüche der Beteiligten zu fordern.

Italien.

Der Eindruck des deutschen Wahlergebnisses.

Der „Avanti“ kommentiert den großen Sieg der deutschen Sozialdemokratie mit den folgenden Worten:

„Was wir vorausgesehen haben, ist Wirklichkeit geworden. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, nein, die gesamte sozialistische Internationale hat wieder einen Sieg errungen, und die rote Fahne erhebt sich triumphierend über dem großen Walfenfelde Deutschlands! Was galten die Kasernen, die Arsenalen, die Panzerschiffe! Wohin ist der imperialistische Traum Wilhelms II., der vom kaiserlichen Schloß aus Europa beherrschen wollte? Zum Frieden und zur Freiheit der Welt ist dieser Traum untergraben worden, untergraben bis zu den Fundamenten seines eigenen Schloßes. Die deutsche Sozialdemokratie redt sich empor als Hoffnung der Völker, als Gewähr des Friedens und ruft den Herrschenden Deutschlands und der ganzen Welt zu, daß die Politik der Auszehrung der Massen, ihrer Zermalmung unter der Last des Militarismus und der Reaktion aufhören muß, wenn sie nicht die alten Monarchien und die herrschenden Klassen zugrunde richten soll.“

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Sieg errungen für sich selbst und für das internationale Proletariat. Was schulden wir alle ihnen nicht, jenen zähen und modernen Arbeitern, die ruhig und bewußt, wachsam und treu daran arbeiten, Deutschland und die Welt von der Sklaverei des Kapitalismus und der Monarchie zu befreien, die daran arbeiten, mit einem unermüdeten Opfermuth, der durch die Schwierigkeiten, Gewalttaten und Verfolgungen nur noch an Stärke und Ausdauer gewinnt! Siege wie der gestrige erheben unseren Geist, weil sie die Frucht der Selbstverleugnung und schlichter Opferfähigkeit sind. Das ist keine Menge, die zwischen Entmutigung und Begeisterung hin und herflutet, die heute aufsteht und morgen versagt; hier haben wir das prächtige Bild eines Massenbewußtseins, das ein denkender Glaube erleuchtet und ein ewig wachsender Wille lenkt.“

Unser Genosse Parteiblatt „Il Lavoro“ begrüßt den Sieg mit folgenden Worten:

„Nicht für Deutschland allein, sondern für die ganze Welt ist dieses ein Tag stolzer Freude: für die Welt derer, die arbeiten und leiden und auf eine bessere Zukunft hoffen... Die prächtige Schlacht, die unsere deutschen Genossen der Reaktion geliefert haben, hat die Friedensabsichten des Proletariats zur Grundlage gehabt, und sein Sieg zeugt von dem festen Willen der Massen, daß die Interessen Deutschlands im Sinne der Billigkeit und Mäßigung ohne nationalistische Provokation und Kriegshetze vertreten werden sollen. Hier liegt heute der Kern der sozialistischen Politik: energische Opposition gegen das Ueberwuchern des Imperialismus und Kolonialismus, und all das, was diese beiden nach sich schleppen, wie Wiedererweckung barbarischer Instinkte, Auszehrung durch Militärausgaben, Teuerung usw. Daß eine solche Politik gerade in Deutschland den Sieg davon trägt, in dem Lande der härtesten militärischen Traditionen, das ist ein Ereignis von unermeßlicher Tragweite... Noch einmal erscheint die Sache der Arbeiter innig verbunden und verwoben mit der Sache der Menschheit. Es lebe das Deutschland des deutschen Volks, es lebe der Sozialismus!“

Auch die bürgerlichen Blätter aller Parteien sehen sich genötigt, den riesenhaften Sieg der deutschen Sozialdemokratie anzuerkennen. Mit mehr oder weniger sauerlicher Miene nehmen sie die Niederlage der Konservativen und die Zermalmung der bürgerlichen Linksparteien zur Kenntnis. Verschiedene weisen darauf hin, daß das Wahlergebnis einen einschneidenden Einfluß auf die internationale Politik des Deutschen Reiches haben dürfte.

Belgien.

Die liberale Verleumdungsbande.

Brüssel, 18. Januar. In der Deputiertenkammer, die seit Dienstag sozialistische Interpellationen betr. die Lebensmittelerhöhung berät, kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen dem liberalen Deputierten Dubus de Warnaffe und dem Sozialistenführer Vandervelde. De Warnaffe hatte den Sozialistenführern vorgeworfen, sie bereicherten sich mit den Groschen der Arbeiter, und auf Vanderveldes Frage, wer damit gemeint sei, die Antwort verweigert. Darauf nannte Vandervelde de Warnaffe einen Feigling und wollte sich auf ihn stürzen, wurde aber von dem Ministerpräsidenten daran gehindert. Die Rechte bildete einen Halbkreis, um de Warnaffe zu schützen, während die Sozialisten diesen durch Zurufe beschimpften. Der Präsident unterbrach die Sitzung auf eine Stunde und beantragte nach der Wiederöffnung die Verhängung der Zensur über Vandervelde. Der Antrag wurde trotz des Widerspruchs der Liberalen und Sozialisten mit 54 gegen 41 Stimmen angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Die Spirituszentrale

hat die Verkaufspreise um drei Mark erhöht. Eine entsprechende Aufbesserung des Abschlagspreises für die Brenner dürfte in der nächsten Woche folgen. Der über Erwarren große Produktionsrückgang im laufenden Brennjahre, der in der amtlichen Dezemberstatistik eine neue Bestätigung erhielt, macht eine kräftige Anregung des Brennereibetriebes notwendig.

Wie unsererseits hoffen, daß die Belebung der Fuselbergfütterung durch die Wahrung der Spirituszentrale beschleunigt wird. Dafür, daß ein weiterer Rückgang des Fuselkonsums eintritt, wird schon der Schnapsbockst der organisierten Arbeiterschaft sorgen.

Verzinsungsvertrag.

Die Riebedschen Kontanwerke in Halle a. S. haben mit der Zeiter Paraffin- und Colorölfabrik in Halle a. S. einen Verzinsungsvertrag mit Wirkung vom 1. April 1912 abgeschlossen. Gegen 1000 Mark Zeiter-Aktien werden 1000 Mark Riebed-Aktien gewährt, die ab 1. April 1912 dividendenberechtigt sind. Der Zeiter Dividendenchein pro 1911/12 wird von Riebed mit 10 Proz. eingelöst. Die Riebedschen Kontanwerke erhöhen ihre Aktienkapital um 6 500 000 M., wovon 4 300 000 M. zum Austausch der Zeiter Aktien und 2 200 000 M. zur Verstärkung der Betriebsmittel dienen.

Letzte Nachrichten.

Schluß der türkischen Kammer.

Konstantinopel, 18. Januar. (B. Z. V.) Der Justizminister verlas in der Kammer im Beisein der meisten Minister mit Ausnahme des Großvezirs und in Anwesenheit zahlreicher Deputierter das Auflösungsdekret, in dem gemäß Artikel 7 der Verfassung auf den Rat des Senats die Auflösung der Kammer angeordnet und Neuwahlen innerhalb dreier Monate anbeschoben werden. Einige Deputierte der Opposition riefen: Es lebe die Nation! Ein anderer Deputierter rief: Wir haben unsere Mandate geopfert, um die Verfassung zu retten! Sofort nach Verlesung des Dekrets verließ der Präsident der Kammer den Sitzungssaal. Die Deputierten hörten die Verlesung stehend mit an und entfernten sich dann ruhig.

Zwei Zentrumsmandate zur reichsländischen Kammer kassiert.

Soltau, 18. Januar. (B. Z. V.) Das Oberlandesgericht hat heute nachmittags nach fünfjähriger Verhandlung als verfassungsmäßige Berufungsinzanz für Wahlanfechtungsklagen die Wahl der Zentrums-Landesabgeordneten Hoen-Saargemünd und Progl-Habsheim wegen unzulässiger Wahlbeeinflussung seitens der Weislichkeit für ungültig erklärt.

Abstimmung der englischen Vergarbeiter.

Birmingham, 18. Januar. (B. Z. V.) Das Ergebnis der Abstimmung der Vergarbeiter wurde auf einer Versammlung der Vergarbeitervereine heute bekanntgegeben. Für den Streik haben 445 801, gegen den Streik 115 621 Arbeiter gestimmt. Da nur eine Zweidrittelmehrheit für den Streik erforderlich war, wird die allgemeine Arbeitseinstellung in der Schmiedindustrie am 1. März erfolgen, falls es bis dahin nicht noch zu einem Vergleich kommt.

Der Krieg.

Kämpfe bei Derna.

Derna, 18. Januar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern 6 Uhr 30 Minuten früh wurden Mannschaften abgeteilt zum Schutze von Arbeitsfeldern, die die neuerdings unterbrochene Wasserleitung wiederherstellen sollten. Ein Zug des Bataillons, der die Vorhut bildete, wurde vom Gewehrfeuer des Feindes empfangen, dem es während der Nacht trotz der Scheinwerfer und der Wachhande gelungen war, das Gelände zu durchdringen, ohne bemerkt zu werden, und sich hinter der von den Italienern errichteten letzten Mauer zu verbergen. General Trombi entsandte zwei Kompanien des Bataillons der Alpenjäger von Ivrea und ein Bataillon des 7. Infanterie-Regiments zur Unterstützung der von den Alpenjägern von Saluzzo begonnenen Aktion. Der Feind, der die ganze Höhe zur Rechten bis zu dem kleinen türkischen Fort besetzt hielt, wurde zurückgeschlagen, wobei die Italiener von einer Batterie Feldgeschütze und zwei Jäger-Berggeschützen wirksam unterstützt wurden. Das kleine türkische Fort wurde im Sturm genommen und ein Unteroffizier als einziger Überlebender gefangen genommen, während seine Kameraden tot aufgefunden wurden. In der Umgebung des kleinen Forts wurden außerdem sieben Leichen von Beduinen gefunden. Eine andere Kolonne des Feindes, die sich unten am Dernaflusse zeigte, wurde durch das Feuer zweier Gebirgsabteilungen und einer Batterie zurückgeworfen. Eine italienische Patrouille bemerkte andere feindliche Gruppen mit zwei Geschützen. Eine Batterie, die an der Front aufgestellt war, eröffnete das Feuer auf diese Gruppen und vernichtete die Begleitmannschaften der Geschütze. Um 1 Uhr nachts war der Feind, der über 3000 Mann stark war, auf der ganzen Linie geschlagen. Die italienischen Verluste betragen drei Tote und sieben Verwundete, die der Feinde sind sehr zahlreich. Mehr als 100 Tote wurden auf dem Schlachtfelde vorgefunden.

Die Beschlagnahme des französischen Schiffes „Carthage“.

Paris, 18. Januar. Die Flieger Dubal, Obre und Carnus richteten aus Tunis telegraphisch an das Ministerium des Reichens das Ansinnen, bei der italienischen Regierung energisch einzuschreiten, um die sofortige Freigabe der an Bord der „Carthage“ beschlagnahmten Flugzeuge zu erlangen. — In einem an ein hiesiges Blatt gerichteten Telegramm erheben die Flieger in schärfsten Worten Einspruch gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen der italienischen Behörden. Sie erklären, daß sie lediglich Schaupläge veranstalten wollten und weder für die Dienste der Türkei noch der Italiener zu haben seien und daß sie von der italienischen Regierung Schadenersatz beanspruchen.

Wie aus Tunis gemeldet wird, ist die durch den Vorfall unter den Franzosen und der eingeborenen Bevölkerung hervorgerufene Erregung andauernd sehr heftig. Militärpatrouillen durchziehen die Stragen, um Aufständischen vorzubeugen.

Paris, 18. Januar. Wie aus Rom gemeldet wird, erklärte der dortige Geschäftsträger dem Minister des Reichens Marquis di San Giuliano, daß die französische Regierung alle Vorbehalte betreffend die Freigabe der „Carthage“ mache, und fügte hinzu, daß Frankreich eine rasche Beilegung der Beschlagnahme als ein Zeichen freundschaftlicher Gesinnung ansehen würde.

Die offiziellen Verlustzahlen der italienischen Truppen.

Nach einer Statistik der Sanitätsabteilung des Expeditionskorps, die der „Messaggero“ mitteilt, wird die Zahl der bis Ende dieses Jahres im Kriege Gefallenen, an Krankheit Gestorbenen oder Verwundeten auf 1800 angegeben. Von diesen sind 500 an Cholera gestorben. Es fehlt natürlich heute jede Möglichkeit, eine Kontrolle über diese Zahlen auszuüben. Sicher ist aber die Zahl von 1800 Gefallenen und Verwundeten wesentlich größer als die Summe, die sich aus den einzelnen offiziellen Verlustlisten der verschiedenen Geheile ergibt.

Kleines feuilleton.

Werkwürdige Gedächtnisleistungen. In einer kleinen englischen Landstadt ist vor kurzem ein Blinder gestorben, der weit über die Grenzen seines Heimatortes hinaus eine gewisse Bekanntheit hatte. Im Sommer bei schönen Tagen pflegte der alte Mann regelmäßig im Schatten eines Baumes am Marktplatz zu sitzen, seine Brille vor sich auf den Boden, von Zeit zu Zeit las er laut aus der Bibel vor; am verblüffendsten war aber das Gedächtnis dieses Blinden, denn wenn er ein Kapitel gelesen hatte, vermachte er es Wort für Wort auswendig zu wiederholen. Besonders das Neue Testament konnte er vollständig auswendig und wenn man ihm die Nummer eines Verses zurief, konnte er sofort den Vers auflösen. Eine englische Wochenchrift erinnert in diesem Zusammenhang an eine Reihe von Dichtern und Staatsmännern, die oft ihre Umgebungen durch ihr Gedächtnis verblüfften. Robert Browning konnte schon als junger Mann die meisten Werke Shakespeares Wort für Wort auswendig; wenn man den unwahrscheinlichen Fall annimmt, daß durch irgend eine Katastrophe sämtliche Schriften Shakespeares vom Erdboden verschwunden wären, hätte Browning fast alle Tragödien und einen großen Teil der Lustspiele Shakespeares nach seinem Gedächtnis niederschreiben können. Auch das „Verlorene Paradies“ Miltons konnte er fast ganz auswendig. Noch größer vielleicht war das Gedächtnis Macaulays, des Historikers. Schon als 12jähriger Junge konnte er Scotts berühmtes Werk, das „Lied des letzten Ritters“, Wort für Wort aus dem Gedächtnis auflösen. Auch Thomas Lawrence, einer der größten Porträtmaler Englands, war auch ein ungewöhnlicher Gedächtniskünstler. Als fünfjähriger Knabe konnte er ganze Seiten aus Shakespeares Dramen oder aus Miltons großer Dichtung auswendig herlesen und wurde nicht selten von Vätern als ein kleines Wunderkind angestarrt, wenn er bei Erwähnung eines Stückes von Shakespeare gleich ganze Szenen aus dem Werk nicht nur Wort für Wort richtig aufzählte, sondern auch mit Leidenschaft deklamierte. Auch Gladstone versagte über ein ungewöhnliches Gedächtnis und konnte nach als alter Mann ganze Gesänge aus dem Homer auswendig. Weniger bekannt ist, daß auch sein Nebenbuhler Disraeli ihm in dieser Beziehung kaum nachstand. Bei einem Bankett pries jemand das tadelhafte Gedächtnis Gladstones, worauf Disraeli bemerkte, daß solche Gedächtniskünste im Grunde sehr einfacher Tricks seien. Um das zu behaupten, bot er, man möge ihm ein Buch geben und der Hausherr hole aus seiner Bibliothek eine englische Homer-Übersetzung. Disraeli nahm das Buch und zog sich auf eine Stunde in das Nebenzimmer zurück; dann kehrte er zurück und deklamierte das ganze erste Buch — Iliadis. Lord Randolph war imhinde, nach einer einmaligen Lektüre der „Times“ die ganze Liste der Interests auswendig herzuholen. Der humorist Theodor Pool war imstande, nach einmaligem Gang durch einen ganzen Vortritt genau der Reihe nach die Namen sämtlicher Läden anzugeben, an denen er vorübergekommen war.

Ein Streik der Opernbesucher. In Toulouse haben die Opernbesucher einen Streik begonnen, weil die Direktion des Capitol-Theaters allzu willkürlich bei der Inaugurierung der „Tosca“ von der Kabotten abgewichen ist. Die Darstellerin der Hauptrolle,

Diefeingauereien bei der Truppenversorgung.

In Neapel ist man einer großartigen Betrügerei auf die Spur gekommen, durch die das Kriegsministerium von den Unternehmern geschädigt wurde, die das Schlachtvieh für die Truppen in Nordafrika liefern. Es war von Anfang an darüber geflagt worden, daß die für die Soldatenversorgung in Tripolis ankommenden Ochsen außerordentlich mager wären. Es war dies nun durchaus nicht in Einklang zu bringen mit dem in Neapel in Gegenwart von Militärpersonen konstatierten Lebendgewicht der Schlachtvieh-Schlachtfleisch fand man aber in den Eingeweiden der Ochsen sogar ungeheure Mengen von Blei, so daß eine Untersuchung angeordnet wurde. Es stellte sich nun heraus, daß man den Ochsen am Tage vor der Ablieferung große Mengen von Salz und trockenem Heu verabreichte und sie dann kurz vor dem Wiegen trinten ließ. Dadurch ergab sich ein Mehrgewicht von etwa 10 Kilogramm für jeden Ochsen, was für die patriotischen Lieferanten einen Profit von 14 Lire pro Stück ausmachte. Außerdem wurden den Tieren Bleistücke ins Futter getan. Da bis jetzt 12 000 Stück Ochsen nach Tripolis geschickt worden sind, ist das Kriegsministerium schätzungsweise um 200 000 Lire geschädigt worden, wobei natürlich die Beeinträchtigung, die das Fleisch durch die Vergiftung und die Quälerei der Tiere erfahren haben dürfte, nicht in Rechnung gesetzt werden kann. Die „Tribuna“ veröffentlicht, daß man auch Unterschleifen bei der Lieferung anderer Lebensmittel auf die Spur gekommen wäre, aber diese Nachricht wird von anderer Seite dementiert. Jedenfalls genügt die Fleischgauerei, um den Patriotismus gewisser Schichten in rechttes Licht zu setzen. Zwei Soldaten und ein Unteroffizier sollen übrigens bei dem Betrug beteiligt gewesen sein. Sie allein sind bis jetzt verhaftet worden.

Aus dem Schandbuch des Vankpatriotismus.

Rom, den 16. Januar 1912. Nach privaten Mitteilungen eines soeben aus Tripolis zurückgekehrten Abgeordneten hat sich der Banco di Roma, dessen Interessen in Tripolitanien bekannt sind, wenige Tage vor der Kriegserklärung eine sehr lukrative Einnahme verschafft: er hat eine ungeheure Menge von Waffen eingeführt. Diese Neutralen Bankiers, die nicht genug von der Größe Italiens und seiner historischen Mission in Nordafrika schmecken konnten, haben sich nicht geschämt, am Vorabend des Krieges den Eingeborenen Waffen zu liefern, Waffen eigens zu dem Zwecke zu verlaufen, um sie gegen die italienischen Soldaten zu lehren! Daß der Banco di Roma Tripolis kurz vor der Okkupation, als man es noch nicht wußte, ob es nicht belagert werden müßte, reichlich und zu guten Preisen verproviantiert hat, haben wir bereits gemeldet, daß man aber in Erwartung des Krieges um schändlichen Profit diejenigen bewaffnet hat, mit denen die italienischen Soldaten sich zu messen berufen waren, das ist wirklich der letzte und widerwärtigste Ausdruck des Vankpatriotismus! Freilich werden die Herren vom Banco di Roma, wenn wirklich jemand sie öffentlich zur Rede stellen sollte, eine Ausrede sofort zur Hand haben. Sie werden sagen, daß sie die Kraber mit Waffen versehen haben, damit diese sich gegen die Türken empören könnten. Aber gerade den Individuen vom Banco di Roma wird man diese Lesart am wenigsten glauben. Sie kannten Tripolis besser als die italienischen Militärkreise es kannten. Sie wußten ganz genau, was unter den seit Monaten in Umlauf gesetzten Gerüchten Wahrheit und was erlogene Stimmungsmache war. Hatten sie doch in klingender Münze einen guten Teil dieser Stimmungsmache bezahlt! Der Kapitalismus findet natürlich, daß das von ihm eingetriebene Geld nicht sinkt. Für jeden anständig empfindenden Menschen stinkt es aber zum Himmel, daß Individuen den Ruhm und die Größe des Vaterlandes im Munde führen können und das Leben seiner Soldaten um einen Jubalohn verschandern. Vor solcher Art Betätigung des Internationalismus speit das international empfindende Proletariat aus.

Mme. Comte, eine Sängerin von stattlichen Proportionen, hat sich nämlich bei der letzten Aufführung der „Tosca“ geweigert, über eine Mauer zu springen und sich in den Liber zu stürzen, wie der Text es vorschreibt; sie meinte, sie wäre dazu zu dick und das Publikum würde über sie lachen, wenn sie diese lächerliche Bewegung ausführen sollte. Der Direktor ordnete daraufhin an, daß die Tosca, statt vor den Soldaten zu stehen, Widerstand leisten und auf der Bühne erschossen werden soll. So geschah es denn auch. Aber man hatte die Rechnung ohne das Publikum gemacht, das sich entrüstet erhob und protestierte, als die Szene so vorwärtsdrückend gespielt wurde. Das ganze Opernpublikum von Toulouse erklärte aus feierlich, daß nicht ein einziger Sitz in der Oper verkauft werden sollte, wenn die „Tosca“ nicht dem Fortkommen gemäß in Szene ginge.

Der Staubgehalt des Schnees. Der Winter bietet eine unvergleichliche Gelegenheit zur genauen Feststellung über die Rauchplage, unter der jetzt fast alle Großstädte und andere fabrikreiche Gegenden zu leiden haben. Da mit dem Gehalt der Luft an Staub und Rauch nachteilige Einwirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung verknüpft sind, so ist die Hygiene sehr darauf bedacht, den Grad dieser Verunreinigung genau festzustellen. Dazu gibt es nun kein besseres Mittel als den Schnee. Namentlich wenn, wie in diesem Winter an vielen Orten geschehen ist, ein starker Schneefall erfolgt und darauf längere Zeit trüben Wetter einsetzt, so daß dieselbe Schneeschicht liegen bleibt, so sammelt sich darin allmählich alles, was an festen Stoffen aus der Luft niedersinkt. Man braucht dann nur einen bestimmten Teil der Oberflächenschicht einzufammeln, zu schmelzen und zu filtrieren, um den Gehalt an Staub ermitteln zu können. Weiter läßt sich dieser dann selbstverständlich auf seine Art hin chemisch untersuchen und eine Analyse des Schmelzwassers wird die notwendige Ergänzung liefern. Durch derartige Arbeiten, die in der Umgebung amerikanischer Industriestädte ausgeführt worden sind, hat sich herausgestellt, daß bei einem Quadratfuß Fläche in sechs Wochen etwa drei Gramm Staub niedersinkt. Das scheint wenig zu sein, ergibt aber für eine größere Ausdehnung ganz ungeheure Beträge. Auf einen Hektar würde danach schon mehr als ein Zentner Staub in dieser Zeit niedergehen, auf einen Quadratkilometer ungefähr fünf Tonnen. Die Analyse dieser festen Teilchen zeigte, daß sie zu 1/2 aus Kohlenstoff bestanden, im übrigen aus Kieselsäuren. Außerdem befanden sich darin nicht unbeträchtliche Mengen von Eisen und Zinn. Das Schmelzwasser war auch weit davon entfernt, aus reinem Wasser zu bestehen. Am stärksten waren außerdem darin vertreten Schwefelsäure, Chlor, Ammoniak und salpetrige Säuren.

Wer ist die meisten Kartoffeln? Nach einer von Fleury aufgestellten Statistik produziert die Erde alljährlich 1 1/2 Milliarden Hektoliter Kartoffeln, die neben 870 Milliarden Hektoliter Getreide reiflos konsumiert werden. Was den Anteil der verschiedenen Völker an dem Verbrauch anbetrifft, so marschiert Irland weit voraus an der Spitze: jede Person verzehrt hier jahresweise 1467 Pfund Kartoffeln, was einem Durchschnittskonsum von rund 1/2 Kilogramm pro Tag darstellt. Der Deutsche folgt dem Irländer mit 1300 Pfund. Man hat berechnet, daß Deutschland allein den vierten Teil der gesamten Jahresproduktion

Die Revolution in China.

Die Folgen des Attentats auf Juanshikai.

Peking, 17. Januar. Ein Offizier und ein Soldat, die bei dem Bombenanschlag auf Juanshikai verwundet wurden, sind ihren Verletzungen erlegen. Der Zustand von sechs anderen Soldaten ist bedenklich. Vierzig verdächtige Personen sind verhaftet worden.

Die Vorgänge in der Mongolei.

Kiachta (Transbaikalien), 18. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf die Aufforderung der Mongolen hat der oberste chinesische Beamte in Ussakatal freiwillig seinen Posten verlassen und die chinesische Garnison ihre Waffen ausgeliefert. Die ihres Amtes enthobenen chinesischen Beamten fanden vorläufig Zuflucht bei den chinesischen Handelsfirmen; ihre Abreise in die Heimat ist jetzt im Winter infolge des Mangels an Transportmitteln sehr erswert.

Englische Truppenabteilung nach Hongkong.

Kastatia, 17. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Zwei Regimenter eingeborener Infanterie werden noch vor Ende Januar mit Rücksicht auf die allgemeine Lage in China von Karachi nach Hongkong abgehen.

Kinderschuhkommission von Groß-Berlin.

Zentralauskunftsstelle für alle Kinderschuhangelegenheiten im Bureau, Stralauer Platz 1-2 II. Geöffnet vormittags 9-2 Uhr und nachmittags von 5-8 Uhr. Vorsitzende der Kinderschuhkommission sind Benno Hermann Saventzin, Stralauer Platz 1-2 II und Genossin Martha Domning, Vogelhagenstr. 29.

Erster Kreis.

Frau Emilie Richter, Berlin W. 8, Leipziger Str. 62.

Zweiter Kreis.

Frau Elise Seyffarth, Berlin SW. 47, Warburgstr. 8, Stfl. IV. Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 2-1/2 Uhr.

Dritter Kreis.

Frau O. Torgler, Berlin SW. 61, Gitschiner Str. 68.

Vierter Kreis.

Frau Elise Bongartz, Berlin, Nehmestr. 26. Frau Marta Domning, O. 34, Vogelhagenstr. 29. Sprechstunde: Donnerstag von 7-8 Uhr abends.

Frau Emma Böhl, Berlin SO. 8, Forster Str. 44. Frau Nettischlag, Veltensloferstr. 9.

Frau Pauline Bertram, Wustlauer Str. 4. Frau Pauline Friebe, Kochmannstr. 16.

Fünfter Kreis.

Frau Rosa Wollstein, Liebmansstr. 6. Frau Helzapsel, K.O., Räderstr. 7.

Sprechstunde: Donnerstag und Freitag von 5-10 Uhr.

Sechster Kreis.

Frau Minna Lohse, N. 58, Oberberger Str. 20 III. Sprechstunde: Dienstag und Mittwoch von 8-6 Uhr nachm.

Frau Witte, N. 38, Rheinsberger Str. 23. Sprechstunde: täglich von 7-8 Uhr abends.

Frau Striebel, N. 66, Luxemburger Str. 6, n. 1. Sprechstunde: täglich außer Sonnabends von 7-8 Uhr abends.

Frau Helene Kuffitz, N. 65, Müllerstr. 183 a. Sprechstunde: Sonnabend von 7-8 Uhr abends.

Frau Joseph, Vogelsloferstr. 11 I. Sprechstunde: Montag und Freitag von 6-8 Uhr abends.

Frau G. Hatan, Wandelstr. 18. Frau Minna Weibe, Kamlerstr. 6 III.

Frau P. Brause, Dänenstr. 8. Frä. Anna Schubert, Solbner Str. 10 II. Sprechstunde: Mittwoch von 6-9 Uhr abends.

der Welt absorbiert. Die anderen Quoten verteilen sich auf die verschiedenen Länder wie folgt: Niederlande 840, Schweiz und Norwegen 740, Frankreich 700, Oesterreich 663, Kanada 660, England 288 und Italien 48 Pfund. Wie bei der Statistik, sieht Italien auch mit Bezug auf den Fleischkonsum weit hinter anderen Ländern zurück, wogegen es hinsichtlich des Brotverbrauchs in der Lebensmittelsstatistik der verschiedenen Länder an dritter Stelle erscheint.

Humor und Satire.

Dielische Szene. „Herr Landrat, es ist ein Erlaß des Ministers über reine Wahlen eingetroffen!“ „Schneiden Sie ihn handlich und hängen Sie ihn in die Geheimkanzlei!“

Wahlparole am Rhein und an der Ruhr. Zentrum und Nationalliberale gehen vereint gegen die Sozialdemokratie vor unter dem Panier: Wir sind alle eines Sinnes!

In besonderer diplomatischer Mission wird sich nach den Wahlen Diederich Hahn nach Peking begeben. Der Bund der Landwirte beabsichtigt nämlich, die von den Chinesen abgelegten Löhne für die ostelbischen Landarbeiter zu erwerben.

Notizen.

— Kunstchronik. Am 20. Januar wird in der Gutenberg-Ausstellung, Tauentzienstraße 7, eine Ausstellung der graphischen Werke Max Becksteins eröffnet. Der Eintritt ist unentgeltlich.

— Die nächsten Veranstaltungen des Konfessionsbundes. Die Ortsgruppe Berlin des D. N. B. veranstaltet am 22. und 23. ein neues Religionsgespräch, in dessen Mittelpunkt die Frage des Austritts aus der Landeskirche steht. Am 22. Januar, 8 Uhr, spricht Dr. Max Laurendrecher im Veltner-Saal über „Die Religion des Bonismus und ihre praktischen Folgerungen“. Die Diskussion über den Austritt findet statt am Dienstag, den 23. Januar um 8 1/2 Uhr in den Sophienjalen (Hagedorfer Markt).

— Vorträge. Die Humboldt-Akademie veranstaltet Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 Uhr, Reichstagsufer 6, einen wissenschaftlichen Abend. Vortr. 2. Platz, Direktor des Erziehungsweissens „Am Urban“ spricht über: „Probleme der Fernerziehung“. Eintritt frei.

— Ric-Carter- und Buffalo-Bill-Literatur. In Dresden hat sich einer der erfolgreichsten Schundliteraturverleger Paul Fischer, dessen Geschäft infolge Über speculation vor dem Ruin stand, das Leben genommen. Im „Dresdener Anz.“ wird eine Ausstellung gegeben, was dieser eine erst seit 1904 bestehende Verlag auf den Markt geworfen hat. Die englischen Ric-Carter- und Buffalo-Bill-Hefte gehen bis Nr. 580 und 600. Ric Carter in deutscher Uebersetzung bis Nr. 312, Buffalo Bill bis Nr. 366. Wild-West-Erzählungen erschienen gegen 100, Klauereiter gegen 35, die Romanbibliothek Mein Ideal ist bei Nr. 90 angelangt. Die Wild-West-Hefte kosteten je 10 Pf. Ric Carter, Buffalo Bill, Klauereiter und Ideal-Bibliothek je 20 Pf. Von Buffalo Bill und Ric Carter gingen in der Blütezeit der Schundliteratur wöchentlich bis zu 80 000 Hefte von Dresden aus in alle Welt.

- Frau Friede Knecht, Dreptow-Baumschulweg, Niehofstr. 150.
Frau Toni Schumann, Charlottenburg, Berliner Str. 130.
Frau Siedel, Rixdorf, Idealpforte 6.
Frau B. Lietz, Rixdorf, Wildenbruchstr. 56.
Frau Deuelmann, Rixdorf, Richardstr. 54.
Frau Müller, Rixdorf, Banaldstr. 13.
Frau Rademacher, Rixdorf, Thomaststr. 26.
Frau Kirche, Wannsee, Chausseestr. 15.
Frau Wolff, Dreptow, Gröbstr. 64.
Frau Räder, Steglitz, Sackfenwalderstr. 1.
Frau Klotz, Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstr. 21.
Frau Singelmann, Adlershof, Kronprinzenstr. 20.
Frau Stut, Brix, Germania-Tromenade 20.
Frau Töle, Kriedenau, Deidesheimer Str. 3.
Frau Gatz, Groß-Lichterfelde, Hochstr. 18.
Frau Raabe, Grünau, Köpenicker Str. 91, Laden.
Frau Kadumke, Johannisthal, Moonstr. 4.
Frau Oadbarth, Köpenick, Flemingstr. 18.
Frau Nohrad, Lankwitz, Charlottenstr. 11 (7).
Frau Schwarz, Mariendorf, Mathausstr. 97.
Frau Grentsch, Marienfelde, Kaiser-Wee 20.
Frau Gantke, Kottbus, Wilowstr. 21.
Frau Schuchert, Schmaragdstr., Sulzgerstr. 12.
Frau D. Heide, Schöneberg, Hoffhäuserstr. 4.
Frau G. Vahr, Wilmersdorf, Falzburgerstr. 74, G. II z.

Nieder-Baranin.

- Frau A. Sahnke, Rummelsburg, Alt-Bogdagan 1 a.
Frau Elisabeth Hüter, Rummelsburg, Sonntagstr. 4.
Frau M. Vanger, Borsigwalde, Ernststr. 28.
Frau Beria Neumann, Französisch-Buchholz, Rosenkaler Str. 10.
Frau Luise Klotz, Rixdenu, Kollischstraße.
Frau Anna Brand, Friedrichsfelde, Rummelsburger Str. 16.
Frau S. Schwarz, Friedrichshagen, Seefr. 110.
Frau Charlotte Hüter, Karlshorst, Rodelstr. 9.
Frau Frieda Hine, Hohen-Schönhausen, Berliner Str. 120.
Frau Mathilde Reich, Pankow, Bahnhoffstr. 41.
Frau A. Steinhorn, Nieder-Schönhausen, Troskowitz 52.
Frau B. Brudhoff, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstr. 18 III.
Frau Auguste Schumann, Oranienburg, Jägerstr. 41.
Frau Götig, Pankow, Binzigstr. 51.
Frau Olga Jeyernik, Reinickendorf-Ost, Hansstr. 41.
Frau Ehler, Reinickendorf-West, Berliner Str. 108.
Frau M. Dabertow, Straßau, Friedrich-Jungstr. 5.
Frau Domaschker, Tegel, Bahnhofsplatz 1.
Frau Hedwig Dietrich, Weihensee, Berliner Str. 217.
Frau Elise Gaele, Wilhelmsruh, Kronprinzenstr. 6.
Frau Schilling, Lichterow, Rainzer Str. 25.
Frau Kus, Tempelhof, Theodorstr. 2.
Hil. Meia Steuer, Ortnar, Schornweberstr. 12.

Wir bitten, alle Fälle ungesicherter Erwerbsarbeit der Kinder, Nahrungslücken, sittliche Gefährdung und dergl. an diese Genossinnen zu melden. Die Namen der Beschwerdeführer werden nicht bekannt, können also ohne Besorgnis obigen Personen mitgeteilt werden.

Aus der Partei.

Die Schweizerische Sozialdemokratie gegen den Ministerialismus. Am letzten Sonntag haben die Parteitage der Sozialdemokratie in Bern und Zürich gegen die Beteiligung an den Regierungswahlen Stellung genommen. Die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich hat bereits seit Jahren in der Regierung in der Person des Genossen Ernst einen Vertreter, aber sie hat seither keinen weiteren Sitz verlangt, und nun hat der Parteitag am Sonntag beschlossen, auch den gegenwärtig freien Sitz in der Regierung nicht für sich zu beanspruchen, da die Arbeiterschaft und ihre parlamentarische Vertretung noch nicht so stark ist, ihren Vertretern in der Regierung einen genügenden Rückhalt zu bieten. Im Kanton Bern hat unsere Partei bisher keine Vertretung in der Regierung gehabt, aber ein Parteitag hat vor 6 Jahren grundsätzlich beschlossen, eine Vertretung in derselben zu beanspruchen, um so mehr, als in der Berner Kantonsverfassung die Vertretung der Rinderpartei in der Regierung, aber ohne die Proportionalwahl, vorgesehen ist. Da gegenwärtig ein Sitz in der Regierung frei ist, hatte sich der Parteitag auch mit der Frage zu beschäftigen, ob er für die Arbeiterschaft beansprucht werden soll oder nicht. Die für praktische Realität schwärmenden gemäßigten Oppositionskräfte waren für die Aufrechterhaltung des erwähnten Beschlusses und für die Beanspruchung des erledigten Ministerseffels, allein auf Antrag der Parteileitung wurde nach lebhafter Debatte mit 79 gegen 19 Stimmen beschlossen, sich an den Regierungswahlen nicht zu beteiligen, solange für sie nicht der Proporz besteht oder sonstige Garantien für die Unabhängigkeit von der herrschenden Partei geboten sind. Da diese Forderungen auf absehbare Zeiten nicht erfüllt werden, bedeutet der Beschluß die Ablehnung des Ministerialismus, was nur zu begrüßen ist. Gegenwärtig hat unsere Partei in der St. Galler Regierung einen und in der Basler zwei Vertreter.

Totenliste der Partei.

Der Genosse Ferdinand Kant in Kassel ist in der Donnerstag Nacht gestorben. Er gehört zu den unter dem Sozialistengesetz aus Berlin Ausgewiesenen und hat sich überhaupt um die Partei sehr verdient gemacht.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 2 heben wir hervor: Neue Arbeit — neue Kämpfe. — Löhne und Preise. Von G. Edlein. — Die vorbeisagene Konkurrenz. Von Aug. Wpfock. — Sulfane. Von Gg. Engelbert Graf (Illustriert). — Die schwarze und die weiße Kohle. Von H. Wobst. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Die Gegner an der Arbeit usw. — Bei Tage: Venedit der Niedgräber. Erzählung von A. S. C. — Armer Junge. Gedicht von Heinrich v. Reder. — Friedrich Heibel (Mit Bild). — Am Rhein. Von Ludwig Lessen (Illustriert). — Gesang der Armen im Winter. Gedicht von Ferdinand v. Saar. — Haus und Hausgerät in alter Zeit. Von E. Hoernle. — Der Kontorist. Skizze von E. Schuberl. — Bücher für die Jugend. — Überhand Kurzwort.

Soziales.

Angültige Polizeiverordnung. Die Regierung zu Posen hat in einer Polizeiverordnung vom 1847, die das Schulwesen betrifft, unter Nummer 3 bestimmt, daß bestraft werde, wer ohne das Unterrichtslokal selbst zu betreten, in unbefugter Weise den öffentlichen Schulunterricht und die dem Lehrer gebührende Schulacht stört. Das Kammergericht als letzte Instanz sprach den Kleriker Riemann aus Pomm. der sich gegen die Bestimmung vergangen haben sollte, mit folgender Begründung frei: Die angezogene Ziffer 3 der Verordnung sei nicht rechtsgültig. Sie könne nicht gestiftet werden durch § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, über dessen Gehalten die Polizei beim Verwaltungsrecht nicht hinausgehen könne. Aus dem Innungsschiedsgericht. Der Sattlergehilfe A. Nagle vor dem Innungsschiedsgericht gegen den Sattlermeister Julius Ding noch eine Forderung aus seiner Lehrzeit ein. Der Richter hatte in einem Provingort seine

Lehre begonnen und auch zum höchsten Teile absolviert. Aus irgendeinem Grunde erfuhr jedoch das Lehrverhältnis eine vorzeitige Lösung. In dem Verlaufe fand er nun einen neuen Lehrherrn, bei dem er die Lehre fortsetzen konnte. Dieser erklärte sich dazu bereit, den Kläger ein Vierteljahr früher auszulernen, als dieser es eigentlich sollte; dafür forderte der Meister aber eine Entschädigung von 100 M. Der Vertrag wurde dementsprechend geschlossen und die Summe eingezahlt. Die Handwerkskammer verzögerte aber zu diesem Vertrage ihre Zustimmung und bestand darauf, daß der Kläger seine Lehrzeit regelrecht absolviert. Der geschäftsmünne Meister mußte sich nun zur Rückzahlung der 100 M. entschließen, da er infolge des Verzögerens der Handwerkskammer den Lehrvertrag in dem fraglichen Punkte nicht erfüllen konnte. Bei der Rückzahlung kam er jedoch nur bis auf 45 M., jedoch 55 M. rückständig blieben. Diesen Betrag machte nun der Kläger in seiner Klage geltend.

Das Schiedsgericht beurteilte den Beklagten zur Rückzahlung der restlichen 55 M., da feststeht, daß die 100 M., von denen 45 M. bereits zurückgezahlt sind, nur für die frühere Beendigung der Lehre gezahlt worden sind. Das Schiedsgericht fand es für tief bedauerlich, daß der Beklagte, bloß um 55 M. zu bekommen, eine Verkürzung der Lehrzeit zusicherte. Ein solcher Meister verdiene es nicht, Lehrlinge auszubilden zu dürfen.

Kommunales.

Die Stadtverordnetenversammlung. verbollständigte gestern ihren Vorstand, dessen Wahl in der vorigen Sitzung nicht zustande gekommen war. Zu wählen waren noch die Beisitzer-Stellvertreter, von denen es künftig vier statt bisher drei geben wird. Die freisinnige Mehrheit ließ sich dazu herbei, den neugeschaffenen Posten des vierten Stellvertreters einem Sozialdemokraten zu geben. Gewählt wurde Genosse Pfannkuch, und es sitzen nunmehr in dem ganzen, aus zehn Personen bestehenden Vorstand zwei Sozialdemokraten.

Die Sitzung wurde fast vollständig in Anspruch genommen von einem Redekampf um die von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft projektierte Schnellbahn Söndbrunnen-Rixdorf, in dem der Streit sich erneut um die Frage „Sobahn oder Untergrundbahn?“ drehte. Nachdem die Bemühungen, für die anfänglich als Hochbahn geplante Südstrecke die Umwandlung in eine Untergrundbahn durchzuführen, Erfolg gehabt haben, verlangen die Anwohner der Nordstrecke dasselbe Entgegenkommen. In dem neuen Entwurf des Vertrages der Stadt mit der A. E. G., den wegen der Aenderung der Südstrecke der Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt hat, wird die Forderung bezüglich der Nordstrecke als unerfüllbar zurückgewiesen. Seitern suchten die Freunde dieses Gedankens die hiergegen vorgebrachten Einwendungen zu entkräften, aber der Magistrat trug den Sieg davon. Auch die sozialdemokratische Fraktion stimmte für den Bau der Nordstrecke als Hochbahn, unbeschadet ihrer grundsätzlichen, durch Genossen Glocke aufs neue nachdrücklich betonten Forderung, daß derartige Verkehrsunternehmungen nicht privaten Erwerbsgesellschaften überlassen, sondern von der Gemeinde gebaut und betrieben werden sollten. Verkehrstechnische Bedenken sowie der Wunsch, nicht das Projekt zu verteuern und dadurch eine Erhöhung der Tarife herbeizuführen, mögen manchen, der sonst nicht für eine Hochbahn schwärmt, veranlaßt haben, den Bau der Nordstrecke als Hochbahn zu billigen. Die A. E. G. kündigt an, die Bahn überhaupt nicht bauen zu können, wenn ihr auch die Nordstrecke als Untergrundbahn aufgezwungen werden soll. Für baldigste Annahme des Vertragsentwurfs in der vom Magistrat vorgelegten Fassung machte Oberbürgermeister Kirchner unter anderem auch die Rücksicht auf den nächstens seine Tätigkeit beginnenden Zweckverband Groß-Berlin geltend, der dann dieses Schnellbahnprojekt, unbekümmert um die besonderen Interessen Berlins, als Verbandsangelegenheit zu betrachten haben werde. Beschlossen wurde von der Stadtverordnetenversammlung zunächst nur, daß nach dem Antrag des Magistrats die Söndbrunnen-Strecke Hochbahn bleiben soll. Zur weiteren Prüfung des Vertragsentwurfs wurde ein Ausschuß eingesetzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend. Die Arbeiter der A. E. G. wollen nicht „gelb“ werden. Der deutsche Transportarbeiterverband hatte gemeinschaftlich mit dem Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zum Mittwochabend eine Versammlung der Pader und Lagerarbeiter der A. E. G. nach Walschmieders Soal einberufen. Die Versammlung, die sehr gut besucht war, sollte Stellung zu der Gründung gelber Werkereine in den Abteilungen der A. E. G. Werke nehmen. Genosse Räder vom Fabrikarbeiterverband hielt das einleitende Referat und besprach darin die Gründung, den Zweck und Nutzen der freien Gewerkschaften, zu deren Zersplitterung die Unternehmer die gelben Vereine ins Leben rufen. An der Hand eines äußerst reichhaltigen Materials wies der Redner nach, daß die „Gelben“ nichts anderes sind als eine Prätorianergarde des Ausbeutertums, die zur Knechtung und Anbeulung der arbeitenden Klassen Verpöndung finden soll. Ledhasten Beifall erntete der Referent, als er am Schluß seiner Ausführungen betonte, daß kein anständiger Arbeiter oder Arbeiterin sich zu Verräterdiensten an den eigenen Klassengenossen hergeben wird, daß aber auch die Verräter einst von ihrem Geschick ereilt werden. Die Direktion hatte natürlich einige „Uebertwadungsbeamte“ in die Versammlung entsandt. Trotzdem war die Diskussion äußerst lebhaft. Von den im Werk Arbeitenden wurde ausgeführt, daß die Direktion der A. E. G. durch die Erfahrung, die andere Werke mit dem Lebus und Konfiden gemacht haben, anscheinend gewichtig worden sei. Sie hat sich deshalb auch irgendwelche Eingriffe des deutschen „Obergeißeln“ dankend vorbehalten. Dafür hat sie aber in den bei ihr bediensteten Abteilungschefs, den Herren Stoffregen, Jänice, Zwarg und dem Herrn Nord ihrer Gehälter baten. Damals wurden die Wittsteller vom Direktor Hirschfeld abfällig beschieden und sie mit den Ehrenkürzeln „Dass“ und „Esel“ belegt. Jetzt wollen sich die Herren scheinbar die damals erhaltenen Hörner wieder abrennen und sich die langgezogenen Ohren in der Agitation für die gelben Vereine wieder abschleifen. In den Trabanten der Oberagitatoren gehört bis jetzt nur ein Meister Langfeld und ein Vorarbeiter Richard Katenhagen. Die Erfolge der Agitation sind gleich Null. Von den mehr als 2000 Werksangehörigen sollen sich schon ganze 100 zur Mitgliedschaft angemeldet

haben. Darunter befinden sich der gesamte Staff der Reimachefrauen, 43 Witwen verstorbenen langjähriger Arbeiter, denen man es bei ihrem Alter nicht verargen kann, daß sie sich an den Besessenen und den Scheuerlappen der A. E. G. festhalten. Eine einzige dieser alten Frauen hat trotzdem den Mut gehabt, die Werbererfuche der gelben Oberbunzen energisch zurückzuweisen. Die Agitation namentlich des Herrn Stoffreggen hat schon zu ernstlichen Zusammenstößen geführt. Der gute Mann beruft die Arbeiter seiner Abteilung dienlich in sein Bureau, hält ihnen dort einen Vortrag darüber, welche Vorteile sie durch den Beitritt zu dem gelben Werkereine erringen können, da sie durch diesen Schritt von der Gnadensonne der Direktion bestrahlt werden. Bei der Stärke der Organisation und der Disziplin, die unter den Arbeitern der A. E. G. herrscht, hat der Herr Stoffreggen bereits Abführten erfahren, die ihn sprachlos machten. Nehlich erging es den anderen Agitatoren. Als ein erfreuliches Zeichen ist es anzusehen, daß von den 1800 Padern und Lagerarbeitern, deren Organisation müßtergültig ist, nur 8 Mann nicht den freien, sondern anderen Gewerkschaften angehören.

Genosse Frome, der Sektionsleiter des Transportarbeiterverbandes empfahl den Anwesenden, sich das Statut des gelben Vereins der A. E. G. etwas näher anzusehen. Danach dürfen sich die Arbeiter nicht einmal für das ganze Werk zusammenschließen, sondern sollen die Vereine abteilungsweise gegründet werden. Es soll dadurch verhütet werden, daß in den etwaigen Zusammenkünften der Gelben Fragen allgemeiner Natur erörtert werden. Lange vor der Gründung hatte Direktor Zwarg offen ausgesprochen, daß der Direktion daran gelegen sei, sich einen Stamm „ergebener“ Arbeiter zu schaffen, damit man in den Werken vor „Eventualitäten“ geschützt sei. Man will die Arbeiter aus den freien Gewerkschaften herausziehen. Deshalb wird den Mitgliedern der gelben Vereine für ihren 25 Pf. pro Woche bezugenden Beitrag auch etwas geboten. So sollen erkrankte männliche Mitglieder eine Unterstüzung von 2 M. pro Woche bekommen. Trotz dieser Versprechungen des Statuts mehren sich gerade in letzter Zeit die Fälle in erschreckender Weise, in denen erkrankte Arbeiter und Arbeiterinnen auf Pfaffen fliegen. Beim Abgang wird ihnen gesagt, sie könnten wieder anfangen, wenn sie gesund sind. Kommen die Leute dann wieder, dann finden sie ihre Stellen besetzt. Ihre geleisteten Beiträge für den gelben Verein sind dann zum Teufel. — Die weiteren Unterstüzung, welche den Gelben der A. E. G. gewährt werden, stellen sich als Bettelstüzung dar. Alle die durch Statut gebotenen Almosen, anders sind sie nicht zu bewerten, wurden den Arbeitern früher aus der Rathilde Kathenau-Stiftung gegeben. Damit diese Stiftung entlastet werden kann, sollen die Arbeiter durch Beitragszahlung für die gelben Vereine die später zu erwartenden Almosen selbst aufbringen.

Wenn man wirklich Wohlthaten erweisen wollte, dann müßte man die Löhne der Arbeiter erhöhen und die Arbeitszeit verkürzen. Bei einer täglich 10stündigen Arbeitszeit werden noch Stundenlöhne von 25 bis 37 Pfennigen gezahlt. Dabei weiß die Gesellschaft gar nicht, wo und wie sie ihren jährlichen Millionenüberschuh verstecken soll. Um einigen faulenzenden Aktionären und Geldhorden die Millionengewinne zu erhalten, sollen sich die Arbeiter in den gelben Vereinen selber zu Heloten degradieren.

Genosse Räder betont in seinem Schlußwort, daß die organisierten Arbeiter jetzt mit verstärkter Macht daran gehen müssen, alle noch aufstehenden oder neugegründeten Kollegen der Organisation zuzuführen. Die Dreizehntzeit, mit der die gelben Agitatoren auftreten, müssen auch die Agitatoren der freien Gewerkschaften aufnehmen, damit die „gelbe Nacht“ der Direktion auf die paar Reimachefrauen und die paar Stümper beschränkt bleibe, die in ihrer Arbeit nicht voran kommen und deshalb die Gnadensonne der Direktion dadurch zu erreichen suchen, daß sie „gelb“ wurden. Mit einem begeisterten Hoch auf die freie Arbeiterbewegung schloß die imposante Versammlung.

Zum Rührerstreik in der Rügenbranche. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Rügenfabrikanten, die gestern nachmittag stattfanden, haben, wie zu erwarten war, zu einer Einigung nicht geführt; sie sollen jedoch fortgesetzt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben den Fabrikanten den Tarifentwurf vorgelegt und die Forderungen eingehend begründet. Die Fabrikanten wollen jedoch nur erst unter sich darüber beraten und dann ihre Gegenvorschläge schriftlich mitteilen. Voraussetzlich wird es dann zu weiteren Verhandlungen kommen. Solange eine Einigung nicht erzielt ist, dauert der Streik selbstverständlich fort.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Schneidergewerbe.

Am 1. Dezember d. J. hat der Verband der Schneider Me mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe abgeschlossene Tarifverträge in folgenden Städten gefündigt: Berlin, Potsdam, Gelle, Düsseldorf, Halle a. S., Hamburg, Heidelberg, Köln, Siegen, Limburg, Läden, Magdeburg, Meiningen, Pflheim a. Rh., München, Münden i. Hann., Offenbach, Oelsnig, Queblinburg, Kofhof, Solingen, Straßburg, Trier, Ulm und Weimar. Die Rindigungsfrist beträgt drei Monate. Laut Tarifvertrag sind die zu stellenden Forderungen zu gleicher Zeit mit der Rindigung einzureichen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien haben zunächst örtlich zu erfolgen, und zwar über den materiellen Inhalt der Tarife spätestens sechs Wochen nach erfolgter Rindigung. Wenn die örtlichen Verhandlungen zu keiner Einigung führen, treten die Hauptvorstände 14 Tage vor Ablauf der dreimonatlichen Rindigungsfrist zusammen, um noch einen letzten Einigungsversuch zu unternehmen, und erst wenn dieser fehlschlägt, ist es den Parteien gestattet, Streik oder Aussperrung in Anwendung zu bringen. Da die Verhandlungen dieser Tage erst begonnen haben, läßt sich über ihr Ergebnis erst in einigen Wochen ein Ueberblick gewinnen.

Der Lohnkampf der Wschaffenburg Konfektionsarbeiter.

Am 8. Januar haben in Wschaffenburg und den umliegenden, meist im Speerart belegenen Dörfern zirka 800 Konfektionsarbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Wschaffenburg Konfektionsäre sich weigern, mit den Vertretern der Arbeiter über die gestellten Lohnforderungen zu verhandeln. Die im Verbands der Wschaffenburg Kleiderfabriken vereinigten fünfzehn Firmen glauben deshalb nicht in Unterhandlungen eintreten zu können, weil die gestellten Forderungen für unannehmbar und unbillig und mit einer vollständigen Lahmlegung der dortigen Konfektionsindustrie gleichbedeutend zu bezeichnen seien. Zu bemerken ist dabei, daß für die Wschaffenburg Konfektion bisher noch kein Lohnvertrag bestand und daß die Unternehmer diesen Zustand am liebsten beibehalten möchten. Außerdem handelt es sich ausschließlich nur um Heimarbeiter, zum größten Teil um ländliche, so daß die Unternehmer wohl kaum mit einer so umfangreichen Arbeitseinstellung gerechnet haben. Außer dem Verbands der Schneider, Schneiderinnen und Wschaffenburg Deutschlands ist der Christliche Schneiderverband mit am Streik beteiligt. Der Gewerbegerichtsvorsitzende hat den Parteien seine Vermittlung angeboten. Die Wschaffenburg Konfektionsäre versuchen, auswärts Streikarbeit unterzubringen.

116 Arbeiter von 7 Walzfabriken in Rulmbach, in denen 151 Arbeiter beschäftigt sind, haben am Donnerstag die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer die vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband eingereichten Forderungen nicht beantworteten und dann auch alles ablehnten, als sie von Vertretern der Organisation auf-

gefaßt wurden, um zu verhandeln. Am Orte sind 10 Holzfabriken, deren Arbeiter bisher noch unter Tarif entlohnt sind und unter rüch-sändigen Verhältnissen arbeiten, weil sie erst in letzter Zeit für die Organisation gewonnen werden konnten. Das erklärt auch das starkköpfige Verhalten der Unternehmer, die sich nicht an Ordnung gewöhnen können und keine besseren Verhältnisse schaffen wollen. Der Kampf wird voraussichtlich ein hartnäckiger werden. Zugut ist fernzuhalten.

Gerichts-Zeitung.

Drei Kirchendiebe

hatten sich gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Aus der Untersuchungshaft wurden drei schon mehrfach vorbestrafte Einbrecher, der Arbeiter Adolf Ritschler, der Schiffshelmer Karl Becker und der Arbeiter Rudolf Lemke vorgeführt, um sich wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls im strohschürfenden Riefalle zu verantworten. — Der Angeklagte Becker hatte nach seiner Angabe in einem Berliner Antiquitäten-geschäft zufällig gehört, daß für alte Kirchendecken und Kirchen-leuchter unter Umständen viele tausend Mark gezahlt werden. Als er mit den beiden Mitangeklagten in einer Kaskemme zusammen-trat, machte er sie mit seinem Plan, die katholische Kirche in Span-dau auszulündern, bekannt. Die beiden Mitangeklagten willigten auch sofort ein und alle drei führten in der Nacht zum 18. November vorigen Jahres nach Spandau. Ihre Versuche, das Schloß der Kirche zu öffnen scheiterten jedoch, da die mitgebrachten Dietriche zu schwach waren. Die Angeklagten gingen dann nach dem nahe-gelegenen Dorfe Staaken, wo sie in der alten Dorfkirche Schätze vermuteten. Es gelang ihnen hier in die Kirche einzudringen, in der sie sich die gestohlenen Altardecke und zwei versilberte Altarleuchter aneigneten. Als sie die gestohlenen Sachen bei einem Händler in Berlin verlaufen wollten, erinnerte sich dieser an die Zeitungsnachricht über den Kirchendiebstahl in Staaken. Er bestellte die Einbrecher unter einem Vorwande nochmals zu sich und benachrichtigte in-wischen die Polizei, die dann die Diebe in Empfang nahm. — Das Gericht erkannte gegen Becker auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Ritschler auf 1 Jahr 3 Monate und gegen Lemke auf 9 Monate Gefängnis.

Versammlungen.

Deutscher Radsportverband. Die Filiale Berlin hielt am Mittwoch in den Ruderhallen ihre Generalversammlung ab, in der zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal 1911 vorgelegt wurde. Sie schließt mit der Bilanzsumme von 15 980,19 M. ab. Der größte Ausgabe-posten ist diesmal der für Streifenunterstützung mit 6371,80

Mark, wozu noch 550,20 M. an unorganisierte Kommen, sowie 787 M. für Weihnachtunterstützung. An die Hauptkasse wurden 3 800 M. gefandt. Der Kassierer Dittmann verlas ferner die Abrechnung vom ganzen Jahre, deren Bilanz mit 44 397,43 M. abschließt. Die Filiale hatte am Jahreschluss 1280 Mitglieder, und zwar 522 männliche und 758 weibliche. — Dem Jahresbericht der Ortsverwaltung, den der Vorsitzende Frihe gab, ist zu ent-nehmen, daß das verfllossene Jahr mit Kampf begann und mit Kampf endete. Zu Anfang des Jahres 1911 stand das Personal der Firma S. Gärner im Streit, und außerdem greift die allge-meine Aussperrung der Juridiker in Leipzig auch auf Berlin über. Gegen Ende des Jahres kam der Streit bei der Firma G. A. Hoff-mann und anderen Firmen, der noch jetzt andauert. Der Ge-schäftsgang lag im Jahre 1911 in der Heizbranche viel zu wünschen übrig, so daß auch der Aufschwung in der Saison weit hinter dem zurückblieb, was man in guten Jahren erwartet. Auch in der Röhrenbranche war der Geschäftsgang im allgemeinen flau. Für die Heizbranche hat im verfllossene Jahre im Gebäude der städti-schen Wobescheule ein Zuschnaideturkus stattgefunden, und auch für dieses Jahr ist wiederum ein Kurzus geplant, wie das vorige Mal in den Monaten April bis Oktober. — Der Redner machte zum Schluß aufmerksam darauf, daß die Gegensätze zwischen Arbeit-geber und Arbeitnehmer sich immer mehr zuspitzen, und daß es des-halb doppelt notwendig ist, für die weitere Stärkung der Organi-sation in jeder Hinsicht zu sorgen. — An die Berichte schloß sich eine kurze Diskussion. Sodann fand die Neuwahl der Ortsver-waltung statt. Als 1. Vorsitzender wurde Frihe wiedergewählt, als 2. Kassierer Dittmann, als 1. Schriftführer P. Bitter, als 2. Vorsitzender Merzins; als 2. Kassierer wurde Thrun gewählt, als 2. Schriftführer Schwenn, als Beisitzer Saube, Sommerfeld, Kukul, O. Bitter, Regge und Frau Köfeler. Als Revisoren wurden gewählt: Kausnig, Kausch und Keller. — Hierauf berichtete der Vorsitzende über den Streit in der Röhrenbranche, der sich auf die Firmen G. A. Hoffmann, Kalhom, Adolf Winter, Schebeler und Schöbeler u. Vinkus erstreckt, während bei S. Gärner und Laumann u. Vinkus erstreckt. Während bei S. Gärner die Aussperrung angefangen ist, auch bereits am 18. Januar durchgeführt werden sollte, aber vorläufig hinausgeschoben wurde. Der Arbeitgeberverband Deutscher Röhrenfabrikanten, der aus den hier genannten 6 Firmen besteht, hat nämlich die Organi-sationsvertreter der Streikenden auf Donnerstagnachmittag zu einer Besprechung eingeladen; ob es hierbei auf dem Wege der Ver-handlung zu einer Einigung kommen wird, scheint allerdings noch recht zweifelhaft, da die Streikenden nicht gewillt sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne sichere Gewähr gegen die in der Zeit schlechten Geschäftsganges immer wieder auftretenden Bestrebungen zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie ver-langen deshalb den Abschlag eines allgemeinen Tarifvertrages. — Der Entwurf zu diesem Tarif, der bereits in einer früheren Ver-

sammlung zur Beratung gefanden hatte, wurde nun nochmals verlesen und nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen, und er soll den Fabrikanten vorgelegt werden, um als Grundlage der Ver-handlungen zu dienen.

Verband der Sattler und Sattlermeister. Am Mittwoch fand in den „Armenhallen“ die Generalversammlung statt. Den Bericht vom letzten Quartal gab Vorsitzender Schulze. Ueber Lohnbewe-gungen ist, von einer Ausnahme abgesehen, nichts wesentliches zu berichten. Die Differenzen in dieser einen Werkstatt erlebigen sich dadurch, daß der Inhaber die Forderungen in der Hauptkasse bewilligte. Durch die Aussperrung in der Metallindustrie wurde die Organisation auch in Mitleidenschaft gezogen. — Den Bericht vom Arbeitsnachweis gab Hauptmann: Im letzten Quartal stand es auf dem Arbeitsmarkt günstig. Zuerst verschlechterte sich jedoch die Situation wesentlich, indem Entlassungen in größerer Anzahl er-folgt. Der Nachweis wurde wie folgt benutzt: Eingetragene Arbeitslose 724, davon nicht organisiert 40. Oktober 202, November 248, Dezember 274. Verlangte Arbeitskräfte: 221. Oktober 101, November 64, Dezember 56. Belegte Stellen: Oktober 71, Novem-ber 49, Dezember 49. — Den Kassenbericht erstattete Wehler. Ortsverwaltung: Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 19 950,65 M. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Unter-stützungsposten: Streik 1347,75 M., Wohregelung 358,15 M., Reise 78 M., Arbeitslosen 3670,85 M., Kranken 2301,75 M., Beerbigungs-beihilfe 365 M., Unfall 45 M., Nutzung 50 M., im ganzen 8528,50 M. — Lokalkasse: Bestand und Einnahmen: 67 321,10 M., Ausgaben 4565,32 M., Meibi Bestand 62 825,78 M. — Berliner Verwaltung: Bestand und Einnahmen: 2470,65 M., Ausgaben 1004,78 M., Meibi Bestand 865,89 M. — Lehrlings- und Ju-gendabteilung: Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 148,20 M. — Mitgliederbewegung der Jugend-ligen: Mitgliederbestand am 1. Oktober 1911: 130, Mitgliederbestand am 31. Dezember 1911: 126. — Mitgliederbewe-gung der Erwachsenen: Bestand am 1. Oktober 1911: 3380, darunter 242 weibliche; Bestand am 31. Dezember 1911: 3420, dar-unter 223 weibliche Mitglieder.

Oeffentliche Versammlung für Privatangestellte. Heute Freitag, den 19. Januar er., findet in den Ruderhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, eine öffentliche Versammlung für die Privatangestellten statt. Martin Reber wird über „Angestelltenrechte“ referieren. Auch der Kandidat des ersten Kreises, Stadtratsordner Wilhelm Düssel-Schittenberg, wird in der Versam-mlung eine Ansprache halten.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Ober-Schöneweide u. Umgegend. Am Sonntag, den 21. d. Mt., nachmittags 5 Uhr, findet im Samariter-haus, Steinensstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dieging, Student der Medizin, über „Fahn- und Wundkrankheiten“ statt, wozu Genossen und Genossinnen willkommen sind. Eintritt zur Bedeckung der Unkosten 20 Pf.

Die alte Stiller-Firma

Gegr. 1867



Man beachte das nächste Sonntags-Insert!!

Unser bevorstehender großer

Inventur-Verkauf

wird auch in diesem Jahre unerreichte Vorteile bieten. Große Restbestände zeit-gemäßer Schuhwaren aller Art werden zu

ganz hervorragend billigen Preisen

zum Verkauf gestellt!

Beginn: Montag, den 22. Januar d. J.

Gegr. 1867



Man beachte das nächste Sonntags-Insert!!

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 17. Januar verstarb unter Genosse und ehemalige Bezirks-führer, der Lederjurist
Max Weber
Rheinbeger Str. 22.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Januar, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Hons-Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
224/14

Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse, Gastwirt
Richard Lehmann
Friedenstr. 4
im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Januar, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des hiesigen Gemeinde-Fried-hofes aus statt.
Die Genossen und Genossinnen treffen sich um 2 1/2 Uhr im Jugend-haus, Widmarstr. 11.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ Adlershof

(Mitgl. des Arbeiter-Radsfahrer-bundes „Solidarität“).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Richard Lehmann
Friedenstr. 4
im Alter von 37 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Januar, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des hiesigen Gemeinde-Fried-hofes aus statt.
Die Mitglieder treffen sich um 2 1/2 Uhr im Jugendheim, Widmarstr. 11.
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer
Franz Schultz
am 18. Januar an Nierenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nach-mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-halle des Philippus-Kloster-Fried-hofes in der Müllerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/16 Die Ortsverwaltung.

Marie Krüger geb. Burmeister

im Alter von 41 Jahren.
Wilhelm Krüger
nebst Kindern.
Beerdigung heute nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Friedhof der Friedens-Gemeinde in Nordend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Nachruf.

Am 1. Januar starb unser Mit-glied, der Stodarbeter
Max Burkhardt
im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
77/15 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-kasse d. deutschen Wagenbauer

Wittke Rigdori.
Am 16. Januar verschied nach langen, schweren Leiden unser Mitglied, der Schlosser
Adolf Kronenberg.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. Januar, nach-mittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Neuen Jakob-Kirch-hofes in Rigdori, Demman-str. 99-104, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
257/2 Der Vorstand.

Max Weber.

Sein kollegiales Sinn führt um ein treues Andenken.
Die Kollegen der Lederfabrik Höpeler, Blankenburg.
Die Beerdigung findet Sonn-abend, nachmittags 3 Uhr, von der Halle der Hons-Gemeinde in Nordend aus statt.

Todesanzeige.

Am Mittwoch, den 17. d. Mt., ent-schied nach kurzem Kranken-lager mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, der Bergge-schlosser
Ferdinand Billig
im 51. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitte
Die trauernde Witwe
Anna Billig
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonn-abend, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Rigdori-Friedhof (Hindem-dorf, Riegelstraße) statt.

Danfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes und Bruders

Alfred Wilde

sagen mir allen Verwandten, Freun-den als auch Bekannten, insbeson-dere dem Musikverein „Nordstern“ und den Kollegen der K. G. V. Vdt. R. F. meinen herzlichsten Dank.

Karl Wilde

nebst Familie.

Schallplatten Verleih-Institut.

Auch nach auswirts. Prosp. gratis.
Karl Borhs, Berlin 69
Neue Königstrasse 25.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Total-Ausverkauf

meines seit 23 Jahren bestehenden Eisenwarengeschäfts.
Sämtliche Waren, besonders Werkzeuge neu anheft billiger
Berlin S. 60,
Ww. G. Bartnick, KottbuserDamm 6.

Restauration

im Betrieb, mit Einrichtung, in Rigdori nahe Bahnhof zu vermieten.
Eherien unter G. V. Postamt Rigdori erbeten.
2538*

Brennholz

berbe Fabrikationsabfälle, sehr billiges Brennmaterial, 3 Gr. für 4,85 M., mit Fuhrlohn, frei Keller. Holz-Quellerei Wurtz, Hohen-Schön-hausen, Bernstr. Rixdori 8021.

Große Firma

bergt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Reine Raffinerie, Chiffre S. 100, „Dor-maris“-Spedition, Auguststr. 50.



A. Wertheim



G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37

Königstrasse 31-32

Rosenthalerstr. 28-31

Oranienstrasse 52-55

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden:

Billige Lebensmittel

Hülsenfrüchte

Riesen-Erbsen Pfund 21 Pf.
 Kleine Erbsen Pfund 16 Pf.
 Glasierte gelbe Erbsen Pfund 22 Pf.
 Glasierte gelbe Spalt-Erbsen 20 Pf.
 Grüne Erbsen Pfund 22 Pf.
 Glasierte grüne Erbsen Pfund 30 Pf.
 Graue Erbsen Pfund 24 Pf.
 Grosse Linsen Pfund 32 Pf.
 Mittel-Linsen Pfund 25 Pf.
 Kleine Linsen Pfund 20 Pf.
 Langbohnen Pfund 22 Pf.
 Kleine Bohnen Pfund 20 Pf.

Teigwaren

Globus-Makkaroni leicht gefärbt, stark und fein 1 Pfund-Paket 32 Pf.
 Senta-Makkaroni stark und fein 1 Pfund-Paket 40 Pf.
 Olympia-Makkaroni stark u. fein 1 Pfund-Paket 50 Pf.
 Olympia-Schnitt-, Faden- und Bandnudeln 1 Pfund-Paket 50 Pf.
 Senta-Schnitt-, Faden- und Bandnudeln 1 Pfund-Paket 40 Pf.
 Feine Schnitt- u. Fadennudeln 34 Pf.
 Schnitt- u. Fadennudeln gefärbt Pfund 26 Pf.
 Prima Fasson-, Graupen- und Hörnchennudeln Pfund 35 Pf.

Frisches Fleisch

Schmorfleisch Pfund 85, ohne Knoch. 95, Roastbeef 95, ohne Knoch. 1.25 Pf.
 Filet im ganzen, unausgeschält Pfund 1.05, Gulasch Pfund 70 Pf.
 Brust, Fehrlippe und Ochsenchwanz Pfund 70 Pf.
 Kamm und Querrippe Pfund 65 Pf.
 Gehacktes Pfund 60 Pf. Talg Pfund 40, ausgelassen 50 Pf.
 Frisch. Schinken Pfund 65 Pf., Schweinefilet Pfund 1.05
 Schweinekamm u. -Schuft Pfund 70, geteilt 75 Pf.
 Schweinekotelettes Pfund 85 Pf.
 Schulterblatt ca. 4 Pfund schwer Pfund 60 Pf.
 Schweinebauch Pfund 55 Pf., Eisbein Pfund 60 Pf.
 Rückenfett Pfund 50 u. 55 Pf., Liesen Pfund 60 Pf.
 Kalbskeule u. Rücken im ganzen Pfund 90 Pf.
 Kalbsbrust Pfund 75, Kalbsbrustspitze 90 Pf.
 Kalbskamm und Bug Pfund 70, geteilt Pfund 75 Pf.
 Hammelkeule u. -Rücken Pfund 80 Pf.
 Dicke Rippe Pfund 65 Pf., Dünnung Pfund 55 Pf.
 Kasseler Rippespeer Pfund 70 bis 85 Pf.

Fleischwaren

Rotwurst Pfund 45 u. 70 Pf.
 Landleberwurst Pfund 85 Pf.
 Feine Leberwurst Pfund 95 Pf.
 Pastetenleberwurst Pfund 1.00
 Jagdwurst Pfund 90 Pf.
 Bauernmettwurst m. Knoblauch Pfund 1.00
 Teewurst Pfund 1.10
 Braunsch. Zervelatwurst in Fettdarm Pfund 1.30
 Mausschinken ca. 7/8 Pfund schwer Pfund 1.15
 Rollschinken ca. 7-10 Pfund schwer Pfund 1.00
 Schinkenspeck in Stücken von 1/4 b. 4 Pfund Pfund 90 Pf.
 Fetter Speck in Stücken von ca. 1 Pfund Pfund 70 Pf.
 Magerer Speck in Stücken von ca. 4 Pfund Pfund 70 Pf.
 Frühstückszungen 2 Stück Inhalt Dose 85 Pf.

Räucherwaren

Bücklinge Kiste 35 Pf.
 Sprotten Pfund 40, 55 Pf.
 Lachs-Bücklinge Stück 5 Pf.
 Kieler Bücklinge 4 Stück 10 Pf.
 Makrelen-Bücklinge 2 Stück 15 Pf.
 Grosse Flundern Pfund 50 Pf.
 Goldfische 2 Stück 15 Pf.
 Aale Pfund 1.20, Lachs in Stück Pfund 70, 80 Pf.
 Sardellen Pfund 85 Pf.
 Matjes-Heringe 3 Stück 25 Pf.

Starke Hasen gestreift. Stück 3.10

Hirschfleisch. Keule 80, Rücken 75, Blatt 50, Ragout 20 Pf.

Reichstagswähler Ueckermünde-Usedom-Wollin.

Die Stichwahl zwischen unserem Genossen Kunze und dem konservativen Kandidaten findet bereits am **Sonnabend, den 20. Januar**, statt. — Keiner von Euch darf fehlen! Genossen! Unsere Gegner glauben das Mandat schon in der Tasche zu haben. Das muß zu Schanden werden!

Mit sog. Gruß **Paul Steinführ.**

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 21. Januar, abends 6^{1/2} Uhr, in den „Pharos-Sälen“, Müllerstr. 142:
Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Genossen Emil Unger: „Zwischen den Schlachten.“
 Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
 Der Einberufer: Th. Buchholz, Schiffstr. 47.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Amt Norden, Nr. 1230.
 Verwaltungsstelle Berlin: Charlottenstr. 3.
 Hauptbureau: Amt Norden, Nr. 1987.

Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

der **Vananschläger Berlins und Umgegend**
 in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über die neue Tarifvorlage.
 Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und damit ein jeder Kollege über die zukünftige Bezahlung der einzelnen Postitionen unterrichtet ist, muß jeder Anschläger in dieser Versammlung anwesend sein.

Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher sowie Mundschleifer

in den **Musiker-Festsälen**, (gr. Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tagesordnung:

1. Berichts- und Branchensangelegenheiten.
 2. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!

Sonntag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

im großen Saale des **Gewerkschaftshauses**, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Bericht der Agitationskommission.
 2. Diskussion.
 3. Neuwahl der Agitationskommission und des Branchenvorstehers.
 4. Branchen- und Branchensangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, bestimmt und pünktlich am 10 Uhr zu erscheinen.
 110/15

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8^{1/2} Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosenjaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Folgende **Zahlstellen**, in denen **Sonnabends**, abends von 8-10 Uhr, Beiträge entgegen genommen werden, sind neu errichtet worden: 77/14

Charlottenburg: bei Schulz, Wallstr. 90.
 bei Metzdorf, Potsdamer Str. 44.
Ober-Schöneweide: bei Franz Hasenstein, Eblenstraße 43. l.
Rixdorf: bei Konrad Schubert, Weserstr. 153.

Folgende Zahlstellen sind verlegt:

Zahlstelle 56 von **Bredslauer Str. 28** nach **Krautstraße 24** bei **Emil Müsch**.
 Zahlstelle 4 von **Rheinsberger Straße 22** nach **Binetaplatz 4** bei **Kindervater**.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der **Arbeitslosenjaal** im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 14/15, als **Lesesaal** für die **Lehrlinge** und **jugendlichen Arbeiter** geöffnet. **Sämtliche** Bücher und **Zeitschriften** der **Jugendbibliothek** liegen zur **freien Benutzung** aus.

Auch stehen den **Besuchern** **Unterhaltungsspiele** zur **Verfügung**.
 Die **Berufstreuhandsmänner** werden **gebeten**, die **Lehrlinge** auf den **Besuch** des **Lesesaales** **aufmerksam** zu **machen**.

Rosenthaler Hof

Hof **Otto Schilling**. X X X X **Rosenthalerstr. 11/12**.
 2 Säle m. Theaterbühne, 150-400 Pers., 9 Vereinszimmer, 2 Regelbahnen an **Gewerkschaften** und **Vereine** unter **hulanten** Bedingungen zu **vergeben**.
Sonnabende und **Sonntage** **noch** **frei**.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Telephon: Amt Norden Nr. 2583. Telephon: Amt Norden Nr. 2583.

Sonntag, den 21. Januar 1912, vormittags 10 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**, Engelauer 15, Saal 1:

General-Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. **Rassenbericht** vom 4. Quartal 1911. 2. **Neuwahl** des **gesamten** **Vorstandes**. 3. **Branchensangelegenheiten**.
 Günstliches und **vollzähliges** **Erscheinen** der **Mitglieder** **erwartet**.
 51/2 Der **Vorstand**.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Der Beitrag beträgt vom 21. Januar ab wiederum **1.80 M.**

Die **Druckereikallierer** werden **gebeten**, **besonders** **darauf** **zu** **achten**, daß der **Beitrag** in **Höhe** von **2.- M.** für die **Woche** vom **14. bis 20. Januar** zum **letzten** **Male** **erhoben** **wird**.
 Der **Gauvorstand**.

35 Verkauf nur im **Fabrikgebäude!** 35
Sie sparen Geld!
Möbel direkt zu **Engrospreisen** in der **Möbelfabrik**
H. Walter Inh.: **Willi Maaß**, **Brunnenstr. 35**
 kein Laden Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im **Fabrikgebäude** — **nur** **eigenes** **Fabrikat**. — Auf Wunsch **Teilzahlung**.
 35 Permanente **Musterzimmer-Ausstellung.** 35
 Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Paul Singer u. Co.**, Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Januar 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung der am 4. Januar bei dem Einführungsgesetz nicht zugegen gewesenem wiedergewählten Mitglieder Dr. Behy I., Sonnenfeld und Dr. Jabel.

Der verstorbene Stadtrat Wöhm gedenkt der Vorsteher mit ehrenden Worten des Nachrufes.

Die 5 Abteilungen haben sich konstituiert und die Wahl des Ausschusses für die Vorbereitung der Neuwahl der ständigen Ausschüsse usw. vorgenommen.

Auf der Tagesordnung steht an der Spitze die Wahl von 3 Beisitzer-Stellvertretern.

Es geht ein Antrag Cassel-Rommens ein, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß statt 3 Stellvertreter künftig 4 gewählt werden. Dieser Antrag gelangt ohne Debatte einstimmig zur Annahme. Als Beisitzer-Stellvertreter werden dann auf Vorschlag des Stadts. Cassel (A. L.) die bisherigen Stellvertreter Alt, Schulze (A. L.), Bracke (A. L.) wiedergewählt und Stadts. Pfannkuch (Soz.) neugewählt.

Zur Beratung steht sodann der neue Verträgeentwurf mit der A. E. G. wegen des Baues einer

Schnellbahn Gesundbrunnen-Rixdorf.

Danach soll die südliche Endstrecke vom Oranienplatz nach dem Hermannplatz als Untergrundbahn und zwar nicht über Planufer-Grümmstraße-Mittemstraße, sondern über Reichenberger Straße-Rottbuser Tor-Rottbuser Damm geführt werden. Die Mehrkosten hierfür sind bekanntlich überschläglich auf 5,9 Millionen berechnet. Hinsichtlich der Nordstrecke soll es dagegen bei der Hochbahn sein Bewenden behalten. Der Magistrat sucht darzutun, daß hier durch eine Untergrundbahn für Betrieb und Verkehr so erhebliche Nachteile entstehen würden, daß man auch, abgesehen vom Kostenpunkt, nur eine Hochbahn empfehlen könne.

Von mehreren Seiten wird Ausschuhberatung beantragt. Ein weiterer Antrag geht dahin, die Bahn durchweg als Untergrundbahn auszubauen.

Stadts. Lent (A. L.): Die neue Vorlage ist freundlicher gestaltet als die vorige, wenigstens was den Süden betrifft. Wir hoffen, daß man endlich auch dem Norden Gerechtigkeit widerfahren lassen wird. Wenn der Fortfall der Kampenanlage im Süden ein Vorteil ist, so ist er es folgerichtig doch auch für den Gesundbrunnen. Die Fortsetzung der A. E. G. für die als Untergrundbahn hergestellte Nordstrecke dürfte um so weniger bereits das letzte Wort sein, als sie auch schon an der Südseite abgelehnt hat. Der Magistrat ist ja selbst davon überzeugt, daß für die Südseite die Stadt einen zinsfreien Zuschuß nicht zu gewähren haben wird. Auch wenn man von der Idee, den Bahnhof Gesundbrunnen an die Kammerstraße zu verlegen absieht und die Anlage unter dem Schnittpunkt mit der Nordringbahn akzeptiert, erscheinen die Schwierigkeiten weder technisch noch finanziell unüberwindlich. Mit 7 Treppen a 27 Stufen und einer schiefen Erholungsebene in der Mitte läßt sich der unterirdische Bahnsteigzugang bequem schaffen, jedenfalls nicht unbequemer als am Rollendortplatz. Das gilt von der Süd- wie von der Nordseite des Bahnhofs. Auch der Bahnhof Bringenallee würde nicht zu tief zu liegen kommen. Auch bei der Stadtbahn muß man 8 Meter steigen, hier handelt es sich um 7 1/2 Meter. Für die Badstraße mit ihrem riesigen, sich immer noch heigenden Verkehr muß man eine Hochbahn als Verkehrshindernis ablehnen. Das Unglück ist, daß bei einem 84-Millionen-Projekt keine ernsthafte Konkurrenz zugezogen, sondern allein mit der A. E. G. verhandelt worden ist.

Stadtbaurat Krause: Der Vordränger sucht im wesentlichen auf einen Entwurf des Hausbesitzervereins Gesundbrunnen. Dieser Entwurf besetzt die an dieser Stelle vorhandenen Schwierigkeiten nicht. Er läßt zudem die Notwendigkeit eines zweiten Bahnsteigs für die Ein- und Ausgänge außer acht. Eine weitere Diskussion ist ziemlich zwecklos, da die A. E. G. sich auf einen gänzlich ablehnenden Standpunkt gestellt hat. Ich bitte Sie dringend, die Vorlage, an der so lange gearbeitet worden ist, anzunehmen. (Beifall.)

Stadts. Goldschmidt (A. L.) hält mit Lent dafür, daß der Norden nicht weniger Rücksicht erfahre als der Süden. Darüber solle man heute entscheiden. Die A. E. G. habe offenbar an dem Bau nur das Interesse, möglichst viel zu verdienen. (Zustimmung und Heiterkeit.) Der Vertrag solle ja später erfüllt werden von der erst noch zu begründenden Betriebsgesellschaft, also von einem Faktor, den die Stadt noch gar nicht kenne. Der Tarif müsse bei den Ansprüchen der A. E. G. viel höher werden, als es der hier vornehmlich in Betracht kommenden Arbeiter- und Gewerbetreibendenbevölkerung lieb sein könne. Warum sei das Projekt nicht aufgegeben worden?

Stadts. Jacobi (A. L.) zählt die Vorzüge, die der neuen Magistratsvorlage gegenüber der früheren beizumessen, im einzelnen auf und kommt zu dem Schlusse, daß die neue Vorlage das Richtige tue. Der Norden stelle sich auf den Standpunkt, daß er aus Reid auf den Süden (Widerspruch) lieber gar keine Bahn, als eine Hochbahn haben wolle. Die Vorlegung der Nachteile, welche durch eine Untergrundbahnanlage am Bahnhof Gesundbrunnen in technischer Hinsicht und für den Verkehr entstehen, habe nach keiner entkräftet. 65 Stufen seien für ihn und wohl noch für viele andere unannehmbar. Die Nordstrecke als Untergrundbahn belaste den Berliner Etat auf Jahrzehnte hinaus mit jährlich 677 000 M., daran sei nicht zu rütteln. Der Zweerband habe das Recht, zu bauen, die Trasse, wie die Bedingungen festzulegen. Das alles gäbe Berlin eventuell jetzt aus der Hand.

Stadtrat Alberti wendet sich gegen die Ausführung des Stadts. Lent, daß die Hochbahn nicht in die Badstraße gelähre, weil diese keine Promenade habe. Auch die Einwendungen des Stadts. Goldschmidt gegen den Vertrag und die noch nicht gegründete Betriebsgesellschaft bezeichnet er als unhaltbar. Eine Ausschreibung mit dem Ziel des billigen Tarifs würde lediglich das abgetane Projekt der Schwebebahn wieder lebendig machen. Die Konkurrenzfrage habe der Magistrat eingehend geprüft; schon mit Rücksicht auf den 1. April 1912 lasse sich von Anzügen in dieser Hinsicht nichts erwarten.

Stadts. Glöck (Soz.): Der Gang der Verhandlungen des Magistrats mit der A. E. G. und im Ausschusse hat lediglich die Richtigkeit des Standpunktes bestätigt, den wir in dieser Frage stets vertreten haben, daß wir nämlich die Bahn selbst bauen wollten. Die A. E. G. hat bei jeder Aenderung, die seitens der Magistratsvertreter gewünscht wurde, der Stadt weitere Kosten und Lasten zugemutet. Nun wird gesagt, die Stadt könne eine weitere Belastung nicht tragen, weil sie u. a. schon zwei Bahnen zu bauen beschloßen habe. Sehen wir aber die Verpflichtungen an, die die Stadt der A. E. G. gegenüber einget, so fallen diese Gründe zusammen. Die Stadt übernimmt eine weitgehende Zinsgarantie, liefert einen beträchtlichen Voranschuß und verzichtet acht Jahre auf jede Abgabe seitens der A. E. G. Wenn auch jede andere Gesellschaft ebensoviel würde verdienen wollen, wie die A. E. G., dann wäre doch erst noch die Konkurrenz, daß die Stadt selbst die Bahn bauen müßte;

so aber ist die Stadt lediglich dazu da, bloß aus Dankbarkeit dafür, daß eine Gesellschaft die Bahn baut, ihr einen so hohen Verdienst auszuwenden. Uebrigens bleibt der städtischen Bauverwaltung, trotzdem die Gesellschaft die Bahn baut, doch eine Menge von Arbeiten vorbehalten. Höchst wahrscheinlich würde die Stadt, wenn sie selbst baute, auch erheblich billiger bauen. Nach wie vor sind wir der Ansicht, daß es außerordentlich wünschenswert wäre, die ganze

Strecke als Untergrundbahn zu bauen, schon aus hygienischen Gründen. Jedenfalls aber haben sich doch starke Schwierigkeiten ergeben, technische wie finanzielle. Letztere können ja natürlich nicht ausschlaggebend sein. Aber wenn wir für die Hälfte des Kapitals die Zinsgarantie übernehmen, 5,9 Millionen Mark à fonds perdu geben, und es kommen noch die 3,3 Millionen Mark und der kapitalisierte Betrag von 5,9 Millionen Mark hinzu, so wird das Projekt doch etwas sehr kostspielig und die Rentabilität auf absehbare Zeit fraglich,

wenn die Bahn in solcher Weise besetzt wird. Daneben dürfen wir doch die Schwierigkeiten, die sich für den Verkehr der Fahrgäste selbst ergeben, nicht übersehen. Für die Anlieger ist eine Untergrundbahn sehr angenehm, aber für die Fahrgäste ist es nicht dasselbe, wenn sie 65 oder gar 85 Stufen steigen bzw. hinuntergehen müssen. Die Verwendung von Aufzügen, wie sie das neue Projekt des Hausbesitzervereins Gesundbrunnen vorsieht, ist auch nicht besonders einladend; es könnte bei Massenverkehr sich daraus eher eine Störung als eine Erleichterung der Personenbeförderung ergeben. Aus diesem Grunde kommen wir zu der Auffassung, daß die Erbauung dieser dringend notwendigen Schnellbahn an der Frage der Nordstrecke nicht scheitern darf. (Beifall.) Wir sehen die Möglichkeit eines anderen Ausweges nicht, weil die Mehrheit ja doch der Uebernahme des Baues durch die Stadt nach wie vor abgeneigt ist. Da der Vertrag sicherlich in einen Ausschuß geht, beschränke ich mich für jetzt auf den Wunsch, daß für alle Arbeiten, die von der Stadt vergeben werden, die von den Tarifgemeinschaften vereinbarten Preise bzw. Löhne in Anwendung kommen. (Beifall.)

Stadts. Ubrödt (Fr. Fr.) tritt für die Wünsche des Gesundbrunnens ein und sucht darzutun, daß die Bodenverhältnisse im Humboldtthain und am Bahnhof Gesundbrunnen eher günstiger für eine unterirdische Anlage gestaltet sind, als in dem sumpfigen früheren Wiesenterrain, das die Südseite durchquert.

Stadts. Thiere (Fr. Fr.) führt lebhaft Klage über die beachtliche Verschandelung der schönen Badstraße und beschwört das Projekt des Grundbesitzervereins, das sicher auch von der Eisenbahnverwaltung akzeptiert werden würde. (Beifall.)

Stadts. Flohr (Fr. Fr.) behauptet als Fachmann, daß durch mechanische Hebevorrichtungen (Aufzüge usw.) die 83 Millionen Mehrkosten, die eventuell gezahlt werden müssen, sich auf höchstens 1 Million würden reduzieren lassen. Die Konkurrenzanschreibung hätte das Unternehmen unzweifelhaft verbilligt. Die Zurückziehung des Nordens in diesem Punkte würde die dortige Bevölkerung vollends zu Bürgern zweiter Klasse machen. (Beifall und Widerspruch.)

Oberbürgermeister Rixdörfer unterstreicht die Bemerkungen des Stadtrats Alberti hinsichtlich der Frage, ob die Stadt der event. Betriebsgesellschaft ungünstig gegenüberstehe. Nach dem Vertrage dürge die A. E. G. vollauf für die Erfüllung der Verpflichtungen, die jene Gesellschaft übernehme. Wenn die Versammlung den Vertrag nicht ohne Ausschuß genehmigen wolle, so solle sie wenigstens über die Nordstrecke schon heute die Entscheidung fällen. Die städtischen Techniker hätten den Technikern der A. E. G. in diesem Punkte noch eingehender, jahrelanger Prüfung beizupflichten. Im letzten Augenblicke auf Grund von Vorschlägen eines nicht namhaft gemachten Technikers nachhermögliche Projekte fallen zu lassen, entspreche nicht der Würde des Magistrats. Die Löhne würden das Gegenteil eines Schnellverkehrs darstellen. Der Norden sei absolut nicht vernachlässigt, noch benachteiligt. Es würde aber geradezu ungeroht sein, alle Stadteile nach derselben Schablone zu behandeln. Die A. E. G. sei ihrerseits mit dem Projekt gekommen; eine Konkurrenz habe sich bis heute nicht gemeldet. — Vom 1. April 1912 ab könne Berlin ohne Genehmigung des Zweerbandes nicht bauen, wohl aber könne der Zweerband ohne Berlin Genehmigung bauen; da könnten eventuell auch die Anhänger der Schwebebahn die Oberhand haben. Man solle also dafür, daß bis zum 1. April der Vertrag geschlossen sei. Dem verpöhen günstigen Augenblick werde sonst bald die Neue folgen. Das solle sich auch der Norden gesagt sein lassen. (Beifall.)

Stadts. Koberow (A. L.) polemisiert gegen seinen Fraktionsgenossen Goldschmidt. Die Mehrheit stehe auf dem Boden der Magistratsvorlage.

Nachdem noch Stadts. Oranienwald (A. L.) für den Wunsch des Nordens plädiert, und Stadts. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.) sich namens der Mehrheit seiner Freunde für die Vorlage ausgesprochen hat, sucht Stadts. Goldschmidt die Gegenerklärungen des Oberbürgermeisters und des Stadts. Jacobi zu entkräften. Seine Behauptung, daß es den Anschein habe, daß man eine Konkurrenz nicht habe zulassen wollen, wird von der Mehrheit sehr unwillig aufgenommen und vom Vorsteher gerügt.

Oberbürgermeister Rixdörfer erklärt, auf diese Andeutung nichts mehr erwidern zu wollen.

In der Abstimmung wird der Antrag Lent, die gesamte Linie als Untergrundbahn auszubauen, gegen eine starke Minderheit abgelehnt, dagegen der Antrag Jacobi angenommen, wonach der Magistratsentwurf betr. die Bauausführung genehmigt und der Vertrag einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen wird. Diesem Ausschuß, der sofort vom Vorstände ernannt wird, gehören von der sozialdemokratischen Fraktion Pruns, Glöck, Heilmann und Ewald an.

Für das ehemals Vorläufige Koalitions Grundstück zwischen Alt-Moabit, Stromstraße, Kreuzfelder Straße und Wundetrassufer, beantragt der Magistrat die

Anlegung zweier neuer Straßen, außer der Verlängerung der Offenr Straße, und die Festsetzung entsprechender Fluchtlinien.

Die Vorlage geht auf Antrag von mehreren Seiten an einen Ausschuß, der sofort vom Vorstände ernannt wird. Schluß der öffentlichen Sitzung um 9 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Die Schlafräume der Diensthöten.

Ueber die Schlaf- und Aufenthaltsräume, die den Diensthöten von den Herrschaften angewiesen werden, hat der Zentralverband der Hausangestellten vor einiger Zeit eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnisse soeben in einer kleinen Schrift veröffentlicht worden sind. „Der Hausangestellten Klage“ betitelt sich die Schrift, die auf 20 Seiten die Lage der Diensthöten kurz und anschaulich schildert und auf einer Seite eine Illustration bringt, ein Bild aus der Wirklichkeit, das gleichsam einen Beweis für die angeführten Klagen darbietet. Es zeigt ein Diensthötenbett in Leipzig, das bei Tage als Küchenanrichte dient und des Abends aufgefaltet wird, um als Lager für das Dienstmädchen zu dienen. Sehr groß dürfen die Mädchen bei dieser Herrschaft nicht sein, denn die ganze Holzleiste ist nur 155 Zentimeter lang und 63 Zentimeter breit. An Lohn bezahlte die „Gnädige“ ihrem Mädchen 12 Mark pro Monat.

Von der Umfrage des Zentralverbandes der Hausangestellten wurden 15 Städte erfaßt und von den eingegangenen Fragebogen konnten 914 für die Bearbeitung der Statistik verwandt werden. Eine erhebliche Zahl der Schlaf- und Aufenthaltsräume war nach den gemachten Angaben sehr ungesund gelegen. Unter den 914 Räumen waren 138 Dachstübchen, 65 lagen im Keller, 24 auf Hängeböden, in 13 Fällen war eine Lagerstätte in der Küche, in 12 Fällen in der Wadestube, in 5 Fällen auf dem Korridor hergerichtet. Im ganzen muhten 257 oder 28 Prozent als sehr mangelhaft bezeichnet werden.

In Berlin, wo sich die Kontrolle auf 288 Schlafräume erstreckte, befanden sich 21 auf Hängeböden. — Eine beiseitene Ausmößelierung hatten von den 914 Räumen nur 182. Heizbar waren nur 372, also 542 waren nicht heizbar.

13 Räume hatten überhaupt keine Fenster,

in 53 Räumen gingen die Fenster nach Innenräumen, Korridoren etc., also konnten Licht und Luft nur spärlich hinein kommen; 77 Räume waren nicht von innen zu verschließen. In 119 Fällen wurde die Bettwäsche erst nach sechs und mehr Wochen gewechselt.

Zur Beleuchtung der Diensthötenverhältnisse werden eine Reihe von Schilderungen aus den Fragebogen mitgeteilt.

Berliner Dienstmädchen Klagen zum Beispiel:

„Habe ein sehr schlechtes Bett, in der Küche Schweben, in den Zimmern Wangen. Kleine Sachen muß ich im Keller unterbringen. Zum Ablegen von Sachen und Gegenständen, besonders zum Einstellen der Lampe, ist nur ein Stuhl vorhanden.“

„Mein Schlafraum ist abscheulich, die Sachen im Schrank werden feucht und schimmelig. Das ganze Loch, in dem ich schlafte, winnelt voll kleiner weißer Würmer.“

„Unser Schlafraum läßt unbedingt zu wünschen übrig. Vom Küchenaufgang ist keine Tür, die andere Seite ist unverschließbar. Die Küchenür nach dem Korridor muß auf jeden Fall offen bleiben, damit die Herrschaft auch des Nachts aus- und eingehen kann. Es wird keine Rücksicht genommen, ob wir schlafen oder nicht. Der ganze Küchendampf zieht nach oben, im Sommer ist es fast zum Ersticken.“

„Auf dem Hängeboden sind so viele Wangen, daß man keine Nacht mit Ruhe schlafen kann. Die schmutzige Wäsche, die hier untergebracht ist, riecht aus dem Korbe und sind wir gezwungen, den ganzen Geruch einzatmen. Zum 1. Oktober wollte ich ziehen, auf Zureden der Frau bleibe ich wieder, da sie so leicht kein neues Mädchen bekommt.“

„Alles hier anzuführen, würde zu weit gehen, aber auf einige wichtige Punkte möchte ich aufmerksam machen. Bei sehr vieler Arbeit, recht wenig Essen, läßt die Herrschaft uns eine recht achtende Behandlung angedeihen. Fast alle Abende wird bis 12 Uhr gearbeitet, aber zu essen gibt es herzlich wenig, z. B. einen halben lauren Hering zum Abendbrot und zwei Butterstücken. Dann bekommt man wieder 8 bis 14 Tage einen halben Bäckling auf zwei Stücken geschmiert. Zu Mittag gab es einmal Knochen, wenig oder auch gar kein Fleisch. Das wäre auch noch nicht so schlimm, wenn man genügend Gemüse und Kartoffeln bekäme, aber auch das nicht.“

„Ich besitze keinen Schrank. Meine Sachen hängen in allen Ecken, damit man nichts davon sieht, wenn „Besuch“ kommt. Bettstelle und Bett liegen tagsüber im Klosett, abends stelle ich es in der Küche auf. Wenn das Bett aufgestellt ist, habe ich keinen Platz zum Auskleiden, so eng ist alles.“

„Mein Bettgestell ist sehr entzwei, ich will lieber auf der Erde schlafen, denn mich kramert alle Morgen das Genid.“

Aus Hamburg wird folgendes berichtet:

„Das Zimmer ist sehr feucht, meine Kleidung ist teilweise vom Schimmel überzogen und riecht ganz moderig. Der Fußboden ist so morsch, daß ich schon mit der Bettstelle eingebrochen bin. Das Wasser läuft an den Wänden herunter, aber die Dame behauptet, es sei nicht feucht. Möchte Sie freundlichst bitten, sich selbst davon zu überzeugen.“

„Der Fußboden besteht aus Zement. Das Bett steht an der Wand des Kohlenraums, die bei Tau- und Regenwetter voll Rässe treibt.“

„Da meine Dame Schneiderin ist und ich im Arbeitszimmer schlafe, muhte ich vom 15. bis 24. Dezember, obwohl meine Arbeit um 10 Uhr beendet war, bis 12 Uhr aufbleiben, da so lange gearbeitet wurde.“

„Sonst alles gut, aber nicht genug zu essen. Bekomme alles zuteilt und werde nicht gefragt, ob ich genügend habe. Aus diesem Grunde verlasse ich die Stellung zum 15. d. Mts. Seit 6 Tagen wird im Hause kein Mittag mehr gekocht. Der Herr ist in der Stadt.“

Die Statistik hat natürlich nur einen kleinen Teil der bestehenden Verhältnisse erfassen können, aber wer mit offenen Augen um sich schaut, der weiß, daß es so oder in ähnlicher Weise aussehau. Jede „bessergestellte“ Hausfrau möchte einen diensthöten Hausgeist haben, aber die wenigsten kümmern sich um das Wohl- befinden ihrer Hausangestellten. Diese aber können nicht dringend genug ermahnt werden, nicht auf die Güte und Einsicht der Herrschaften zu warten und dadurch eine Verbesserung der Zustände und Abhilfe ihrer Klagen zu erhoffen, sondern sich vielmehr ihrer Organisation, dem Zentralverbande der Hausangestellten (Berliner Ortsgruppe, Michaelkirchplatz 1) anzuschließen und im gemeinsamen Streben mit Leidensgenossinnen und Gleichgesinnten um eine Abstellung der Mißstände im Veruf zu kämpfen.

Gerichts-Zeitung.

Lehrerinnenbeleidigung.

Zwei Rätter, eine Frau Jürgens und eine Frau Stahl, forderien gestern vom Landgericht III (Strafkammer 2) Nachprüfung eines Schöffengerichtsurteils, durch das beide der Beleidigung einer Lehrerin schuldig erklärt und zu je 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren. Beleidigt fühlte sich eine Lehrerin Frä. Schelzig, die an der 141. Gemeindefchule in der Müllerstraße tätig ist und in deren Klasse im letzten Sommerhalbjahre auch die Töchter der beiden Angeklagten sahen. Am 13. September, nachmittags um 4 Uhr, erwariete Frau Jürgens ihre Tochter vor dem Schulhause, um sie nach Schluß der Turnstunde abzuholen, und zufällig kam auch Frau Stahl dazu. Bei dieser Gelegenheit sollen beide Mütter die aus dem Schulhause herausretelende Lehrerin gräßlich beschimpft haben. Die Angeklagten stellten vor Gericht das sehr bestimmt in Abrede, aber Frä. Schelzig behauptete, wie vor dem Schöffengericht, so auch vor dem Landgericht, daß beide Frauen ihr die Schimpfwörter „Dreckha“ und „Mißha“ zugerufen hätten. Frau Jürgens versicherte, sie habe nur ihre Tochter mit den Worten begrüßt: „Na, bist Du heute wieder so müstig nach Schule gegangen?“ Die Tochter sei nämlich, weil sie mal mit ungeputzten Stiefeln zur Schule gekommen war, von der Lehrerin Schelzig vor den anderen Kindern als schmutzig bezeichnet worden und habe das dann von ihr noch wiederholt zu hören bekommen. Der Verteidiger der Angeklagten Jürgens, Rechtsanwält Karl Liebknecht, brachte zur Sprache, daß Frä. Schelzig im Unterricht ihre Schülerinnen deren Befundungen gegen die beiden Frauen habe niederschreiben lassen. Frä. Schelzig erklärte hierzu, sie habe nach Rücksprache mit dem Schullinspektor Wulff die Kinder gefragt, was sie gehört hätten, und habe dann, um es festzulegen, den Kindern Zettel gegeben und es aufschreiben lassen. Daß sie die Kinder den Inhalt dieser Zettel

Habe aufwendig lernen lassen, sei unwahr. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Haller, fand an diesem Verfahren der Lehrerin nichts aufzuheben. Die Angeklagten behaupteten, daß damals am 18. September nicht sie, sondern andere Personen, die gerade vorüberkamen, auf die Lehrerin geschimpft hätten. Hierzu wäre die Vernehmung einer größeren Zahl Zeugen nötig gewesen, auch einig, deren Ladung das Gericht abgelehnt hatte. Der Vorsitzende rief aber den Angeklagten, nicht auf Vertagung zu bestehen, sondern ihre Berufung zurückzuziehen. Er stellte ihnen in Aussicht, daß sie eine Kostenrechnung von 150 Mark kriegen würden. Die Angeklagten blieben dabei, sie hätten nicht geschimpft. Doch im Hinblick auf die Kosten, die bei erneuter Verurteilung entstehen würden, entschlossen sie sich zuletzt, sich bei dem Schöffengerichtsurteil zu beruhigen. „Aber unzulässig bin ich!“ sagte Frau Jürgens hinzu. Der Vorsitzende wollte sie befehlen: „Ja, dann nehme ich Ihre Erklärung nicht an.“ Er lenkte ein, als der Verteidiger und in Uebereinstimmung mit diesem der Staatsanwalt hervorhoben, daß die Erklärung nicht zurückgewiesen werden dürfe.

Es gibt keine Klassenjustiz.

Zwei Prozesse, die vor dem Chemnitzer Schöffengericht verhandelt wurden, lieferten einen neuen Beweis, daß es — keine Klassenjustiz gibt. In der ersten Verhandlung hatte sich ein Rentner Kros wegen Beamteneidbruchs, Hausfriedensbruch und Erregung ruhestörender Lärms zu verantworten. Dieser Mann fand seit Jahren Gefallen daran, sich zur Nachtzeit in einer Polizeibezirkswache einzufinden und die Beamten zu belästigen, die ihn niemals anders loswerden konnten, als durch Dinauswerfen. Einem Beamten waren die nächtlichen Besuche schon lange zu dumm und er machte schließlich der Sache ein Ende. Als Kros wieder einmal nachts erschien, steckte er ihn sofort wieder zur Tür hinaus. Das war der Herr Rentner nicht gewöhnt und er fing an zu schimpfen und den Beamten zu beleidigen, der ihn schließlich mit Gewalt auf die Straße brachte. Vor Gericht bemerkte K., daß er betrunken gewesen sei, und daß seine Anhänglichkeit vom Militär her ihn öfter in die Polizeiwache hineingezogen habe. Die Schlichterung der nächtlichen Besuche durch den Zeugen brachte dem Gericht die Ueberzeugung bei, daß der Rentner, der als Sergeant vom Militär abgegangen ist und Militärpension bezieht, als **Größenwahn, Großmannsdelirium und läppisches Diktum** gehandelt habe. Es nahm ihn mit 100 Mark in Strafe.

Im zweiten Prozeß mußte ein junger Arbeiter auf der Anklagebank Platz nehmen. Er sollte drei unorganisierte Handarbeiter durch die Bezeichnung „Streikbrecher“ beleidigt haben. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Während der Aussperrung der Metallarbeiter arbeiteten die Strafstrafgefangenen auf dem Hofe einer Eisengießerei. Der Beschuldigte, Gärtner **Hausch**, ging vorüber und fragte einen Lehrling, der in kurzer Entfernung der Handarbeiter stand: „Wieviel arbeiten Streikbrecher hier?“ Damit hatte er Formel gemeint. Die Handarbeiter bezogen den Ausdruck Streikbrecher auf sich und fühlten sich beleidigt. Da ein Wachmeister in der Nähe war, teilte sie diesem die Sache mit, der sie veranlaßte, Strafstrafgefangene zu stellen. In der Verhandlung bestritt H., die Handarbeiter gemeint zu haben; er habe nur feststellen wollen, ob noch Formel arbeiteten. Nach der Beweisaufnahme stellte der Amtsanwalt fest, daß sich die Strafstrafgefangenen gar nicht hätten beleidigt fühlen können. Das Gericht verurteilte den Beschuldigten dennoch zu 14 Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde u. a. gesagt: Das Gericht hat die Ueberzeugung, daß H. den Zeugen etwas verkehrt wollte. Es kann sich aber nicht verhehlen, daß die Sache nicht der Rede wert ist, daß es besser gewesen wäre, sie wäre nicht an die große Öffentlichkeit gehängt worden. Da aber einmal Strafstrafgefangene an die große Öffentlichkeit gehängt wurden, hätte auch etwas geheißen müssen.

Und trotzdem Gefängnis! Nun vergleiche man die beiden Urteile. Mit Geldstrafe kommt ein Rentner davon, der seit Jahren der Polizei auf dem Kopfe herumgetanzt ist. Mit Gefängnis wird ein Arbeiter bestraft wegen einer Nichtigkeit, die selbst das Gericht als solche gefenutzet hat! Das ist die Gleichheit aller vor dem Gesetz!

Allerlei Abenteuer auf der Polizeiwache

erzählten gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I zwei sehr aufregende Frauen. Wegen wissentlicher falscher Anschuldigung waren die 52 Jahre alte Schneiderin Pauline **Rajewska** und deren um neun Jahre jüngere Schwester, Frau **Marianne Würb**, geb. **Rajewska**, angeklagt. Der Sachverhalt ist folgender: Gegen die beiden Angeklagten schwebte bei dem Amtsgericht ein Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung. Zu dem am 19. November anstehenden Termin waren beide nicht erschienen und das Gericht beschloß ihre Verhaftung. Zu diesem Zweck erschienen am 15. Dezember früh nach 6 Uhr die Schuppleute **Fisical** und **Gajzer** zuerst vor der Wohnung der **Rajewska** und dann vor der Wohnung der Frau **Würb** in der Chodowiczstraße, um die Festsicherung auszuführen. Den Schuppleuten war eingedrungen worden, diesen beiden Frauen gegenüber sehr vorförmlich und forciert vorzugehen. Die Festsicherung ging unter großen Schwierigkeiten vor sich, da die Angeklagten sich diese „Einnischung der Polizei in ihre Angelegenheiten“ verbat. Frau **Würb** öffnete ihre Wohnung überhaupt nicht gewillig, so daß erst ein Schlosser herbeigezogen und die Tür mit Gewalt geöffnet werden mußte. Schließlich wurde eine Droschke geholt und in dieser wurden beide Angeklagten nach dem Kriminalgericht gefahren. Unterwegs sollen sie fortwährend auf die sie begleitenden beiden Schuppleute und die gesamte Polizei geschimpft und skandalisiert haben. Noch schwieriger war die Ueberführung der beiden Frauen aus der Droschke in das Kriminalgerichtsgebäude. Vor Gericht behaupteten sie sich gleichfalls so ungeduldig, daß das Gericht eine sofort zu verbühende Haftstrafe von 8 Tagen über sie verhängte. In der Sache selbst wurden sie am 17. Dezember freigesprochen. Dann wurde gegen sie ein Verfahren wegen großen Unfugs und ruhestörender Lärms bei der Festsicherung eröffnet und am 10. Februar v. J. vom Schöffengericht zu 20 M. Geldstrafe event. 4 Tagen Haft verurteilt. Die dagegen eingelegte Berufung wurde verworfen und das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Nun haben die beiden Frauen am 10. Januar eine Anzeige gegen Beamte des 106. Polizeireviere erstattet, in welcher die schwersten Beschuldigungen gegen 4 Schuppleute erhoben wurden. Sie behaupteten darin u. a., sie seien, als sie am 15. Dezember festgenommen wurden, von den beteiligten Schuppleuten gefoltert, geschnitten und in der gräßlichsten Weise beleidigt worden. Frau **Würb** sei auf der Wache gewaltsam in die Zelle gestochen und dort von einem Beamten mit Wasser begossen worden. **Frl. Rajewska** behauptete, daß der eine Schuppleute sie so stark am Hals gewürgt habe, daß ihr ganz schwarz vor Augen geworden sei. Dies sei ihr um so entsetzlicher gewesen, als sie erst einige Zeit vorher an den Augen operiert worden wäre. Wiederholt hätten die Schuppleute gerufen: „Man müßte die dreidigen Polacken nach Ostpreußen abführen!“, ferner: „Siebzehn Tage bei Wasser und Brot und dann in den Keller einwerfen!“ Frau **Würb** behauptete ferner, der eine Schuppleute, der sie nach der Polizeiwache brachte, habe verlangt, sie solle wie ein Soldat marschieren, indem er immer kommandierte: „Rechts! Links! rechts! Links!“ Sie habe darauf gesagt, ihre Brüder hätten schon eher ihrer Militärpflicht genügt, wie der Schuppleute, darauf habe der letztere gesagt: „An dem ihm genannten Orte stehen bloß polnische Schweine, aber keine Menschen.“ Auf der Wache habe man Frau **Würb** auf die Bank gestochen, man habe ihr zugerufen: „Die Polacken müßten eine Dusch bekommen!“ Weiter wurde in der Anzeige und gestern im Termin von den beiden Frauen behauptet, die Beamten hätten sie geduldet und geduldet, ihnen Ketten anzulegen. In der Droschke hätten die Schuppleute unanständige Redensarten gemacht, der eine Schuppleute hätte mit seinem Säbel nach ihrem Leib gestochen, ihr ein Loch in das Kleid gerissen und ihr ihre Hutnadel weggenommen. Diese und andere in der Strafanzeige und später bei der Vernehmung vor dem Polizeihauptmann von **Hersford** gemachten Beschuldigungen sollen, wie die Anklage behauptet, wissentlich unwahr

sein. Die Angeklagten bestritten dies gestern mit unterwürfiger Jungensfertigkeit, die namentlich bei Frau **Würb** staunenerregend war. Sie unterbrach fortgesetzt die Verhandlung, so daß der Vorsitzende Landgerichtsrat **Simonson** mehrfach drohte, sie sofort abführen zu lassen. „Ist alles egal! Sind wir ja rechtslos! Sprechen Sie uns ein, ist alles egal! Die Schuppleute nehmen Sie den Eid ab und anständige Frauen werden Sie hier in die Anklagebank!“ So und ähnlich rief die Angeklagte fortgesetzt. Die Angeklagte **Rajewska** behauptete ebenso wie ihre Schwester, daß ein Schuppleute sie überaus heftig an der Gurgel gepackt habe. „Das ich gedacht, Gurgel ist entzweiweidbrochen; ist mir was geplagt wie Blase vom Fisch!“

Die Anschuldigungen der Angeklagten wurden von sämtlichen vernommenen Schuppleuten unter dem Zeugeneid als unwahr zurückgewiesen. Sie behaupteten übereinstimmend, daß sie die Angeklagten sehr vorförmlich behandelt hätten, dagegen hätten sich diese sowohl bei der Festsicherung nach der Wache, auf der Wache und im Kriminalgerichtsgebäude wie die Jurien benommen und fürchterlich gelobt und geschimpft. In der Droschke hätten sie eine Schuppleute: „Mistpreußen! Stinktpreußen! der ganze Staat ist eine Räuberbande und der Staat paßt dazu!“ Polizeihauptmann **v. Hersford** befandete, daß die Angeklagten bei ihrer Vernehmung außerordentlich erregt waren und so viele ungläubliche Beschuldigungen erhoben, daß man nicht wußte, was man als Phantasie und was als Wahrheit ansehen durfte. Eine Anzahl Zeugen, die von den Angeklagten vorgeschlagen waren, wußten nichts Wesentliches zu bekunden. Der Sachverständige, Spezialarzt **Dr. Lehnhof**, hat am 17. Dezember den Besuch der Angeklagten **Rajewska** erhalten und zweifellos einen Bruch des Kehlkopfes bei ihr festgestellt. Sie hat bei dieser Gelegenheit erklärt, sie sei „von einem Manne“ gewürgt worden. Die Angeklagte sei auch heiser gewesen und das Stimmband zeigte eine intensive Rötung. Die Angeklagte habe einen Herzfehler und sei eine erregbare Natur. Gehirnarzt **Dr. Lehnen** hat bei der Einlieferung der Angeklagten am 15. Dezember von einem solchen Bruch nichts feststellen können; dagegen habe **Frl. Rajewska** ununterbrochen fürchterlich geschrien, so daß ihr schließlich ein Tuch vor den Mund gehalten werden mußte. (!)

Die Angeklagte sei zweifellos hysterisch und solche hysterischen Personen glauben manchmal etwas erlebt zu haben, was gar nicht Wirklichkeit war. — Der Staatsanwalt hielt die Unwahrscheinlichkeit der Anschuldigungen für erwiesen und beantragte je 2 Monate Gefängnis. Das Gericht nahm zwar als erwiesen an, daß die Anschuldigungen der Angeklagten gegen die Schuppleute falsch sind, kam jedoch trotzdem zu einer Freisprechung der beiden Angeklagten, da anzunehmen sei, daß beide, die schwerhysterischen Personen seien, offenbar jene Vorgänge, die ihrer Phantasie entsprungen seien, für wahr gehalten haben.

Schuh vor Schuppleuten.

Vor dem Schöffengericht zu Leipzig hatte sich dieser Tage ein **Dr. med. Göb** wegen Uebertretung der Verkehrsordnung und Beleidigung eines Schuppleuten, den er **Lump** tituliert, zu verantworten. Die Verhandlung nahm einen sehr lehrreichen Verlauf und bewies aufs neue, wie berechtigt der Ruf nach mehr „Schuh vor Schuppleuten“ ist. Der in Leipzig-Lindenau wohnende **Dr. Göb** bediente sich zum Besuche seiner Patienten eines Rades und kam auf der **Karl-Heine-Straße** gefahren. Er hatte gerade ein Fuhrwerk vorwärtsmäßig links überholt und war nicht sofort wieder scharf rechts abgebogen, er befand sich aber trotzdem auf der rechten Straßenseite. Ein Mann in Zivil tauchte vor ihm auf, strichte den Arm in die Höhe und befahl ihm, abzusteigen. **Dr. Göb** respektierte diesen Befehl jedoch nicht, sondern versuchte um den Mann herumzukommen. Dieser aber rief ihm vom Rade herunter, wobei der 60jährige Arzt mehrere Wunden und Verwundungen erlitt. In seiner berechtigten Erregung sagte er zu dem Mann, der sich ihm als **Stummhalschuppleute** zu erkennen gab: „Sie sind kein Schuppleute, Sie sind in meinen Augen ein Lump!“

Dr. Göb infolge des Sturzes drei Wochen in ärztlicher Behandlung gewesen und hat mit Erfolg eine Schadenersatzklage geführt. Das Gericht hat ihm dem Grunde nach eine Summe von 750 Mark zugesprochen.

Trotz alledem hatte der Leipziger Polizeipräsident **Dr. Bagler** Strafstrafgefangene gegen **Dr. Göb** gestellt. Vor Gericht befandeten drei Arbeiter, die in der Nähe als Streikposten gestanden hatten, daß der Schuppleute etwa 10–20 Meter vor **Dr. Göb** den Arm gehoben habe. Der Schuppleute behauptete jedoch, daß er schon in einer Entfernung von 50–70 Metern das Haltsignal gegeben habe. Er war sogar so anmaßend, in echter Polizeimaniere, die drei Arbeiter als ungläubig hinzustellen, weil diese gegen die Polizeibeamten voreingenommen seien.

Dr. Göb erklärte, er sei gewiß ein Mann der Ordnung. Aber er habe es nicht für möglich gehalten, daß das Publikum so von der Polizei schikaniert werden dürfe. Da sei es begreiflich, wenn in Deutschland über das Polizeiwesen geschimpft wird. „Ich bin fast 60 Jahre alt und ein zehnteiliger junger Bursche in Zivil soll das Recht haben, mir zu verfehlen, vom Rade abzusteigen?“ Infolge des durch die Manipulation des Schuppleuten erlittenen Sturzes habe er wie ein Schwein ausgehoben und er habe sich vor den Leuten geschämt. Er wüßte ein Engel sein, wenn er sich das hätte gefallen lassen sollen. Schließlich bemerkte er sich, daß er wie ein schwerer Verbrecher vor Gericht gerügt worden sei.

Das Schöffengericht sprach **Dr. Göb** von der Anklage der Uebertretung frei und stellte das Verfahren wegen Beleidigung ein. In der Begründung des Urteils wurde u. a. ausgeführt, daß von dem Angeklagten nicht verlangt werden konnte, daß er auf das Reichen einer Zivilperson anhalte. Die Ministerialverordnung vom 16. Oktober 1907 schreibt vor, daß ein Beamter mindestens an einer Dienstmütze kenntlich sein muß. Der Angeklagte sei durch den Fall so bestürzt gewesen, daß er nicht daran gedacht habe, mit dem Worte „Lump“ den Polizeibeamten als solchen zu treffen. Ein Strafstrafgefangene wegen Rippenverletzung liege aber nicht vor.

Das Urteil ist recht verständlich; nur wäre zu wünschen, daß nicht nur bei „Ordnungsmännern“, sondern auch bei gewöhnlichen Sterblichen von dieser Gerechtigkeit Gebrauch gemacht wird und wenigstens Gerichte das Publikum vor anmaßenden Schuppleuten in Schutz nehmen.

Aus aller Welt.

Verhöhnung der Armen.

In einer der letzten Nummern des Blattes „Die Dresdner Hausfrau“ fragt jemand aus Niederpreußen an: „Die kann ich am besten mit einem Wirtschaftsgelde von 60 M. pro Monat auskommen? Es sind fünf Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren und zwei Erwachsene zu beschäftigen, und alles stark Elter.“

Es handelt — wie die „Dresdner Volkszeitung“ meint — sich offenbar um einen schlecht bezahlten unteren Beamten, dessen Frau so fragt. Die Antwort auf diese kitzliche Frage ist folgendermaßen ausgefallen:

„Es ist ein schwaches Rästel, mit 60 M. Wirtschaftsgeld pro Monat bei einer sterbensfügen Familie auszukommen. Für mich würde es nicht schwer sein, wohl aber für Sie, liebe Frau — wenn Sie einen verdächtigen Wagen haben sollten, denn auf Braten von Kalb-, Rind- oder Schweinefleisch müssen Sie leider verzichten, während Geflügel- und Wildbraten Ihnen nur Phantasiebilder bleiben werden. Aber dergleichen Sie nicht; wir sind alle groß und stark geworden — ich stamme aus vierzehnjähriger Familie — und meine Mutter hatte nur 10 M. Wirtschaftsgeld pro Woche. Wunders Sie sich auch nicht, daß Ihnen dieses hier ein Mann stiehlt; Sie dürfen deshalb nicht denken, daß ich ein Topfgutler bin. Aber wirtschaftlich bin ich erzogen worden, und es wäre besser um manche Arbeiterfamilie bestellt, wenn der Mann sich um — seine — Wirtschaft resp. Familie

kümmerte, anstatt in — der Wirtschaft — über seine Not zu jammern und die übrigen Pfennige zu verbraten. Vor allen Dingen nehmen Sie von den 60 M. das Brotgeld weg; ich habe 81 Tage, pro Tag zu 7 Pfund, zweite Sorte, pro Pfund 13 Pf gerechnet (das macht 28,21 M.). Dieses Geld müssen Sie unbedingt wegnehmen und aufpassen, daß Sie nicht mehr ausgeben, als täglich 7 Pfund. Dann bleiben Ihnen noch 81,79 M. Kuhbutter können Sie sich leider nicht leisten, da nehmen Sie einen guten Buttersack, 6 Pfund a 10 Pf, gleich 6,40 M. Dieses Geld muß auch weggewonnen werden. Mit dieser Butter müssen Sie sehr sparsam umgehen und zu Hause bekommen die Kinder — Salz und Brot. Es bleiben Ihnen noch 26,39 M. Jetzt rate ich Ihnen, noch gleich am 1. einen ganzen Zentner Kartoffeln und 30 Pfund Mehl zu kaufen (das macht 10 M.). Bleiben noch 16,39 M. — für einen ganzen Monat (pro Tag 54 Pf.). Jeden Morgen gibt's Mehlsuppe, mittags Kartoffelsuppe mit Zwiebeln, für den Mann für 10 Pf. Blutwurst, oder gelbe Rüben mit Karflöchen vom Schöps, Seelachs mit Senfsauce, Hering mit Pellorloffen, Linsen mit Speck. Von Erdbeeren kann Abendsuppe gekocht werden; ferner gibt es abends Nöge mit Pflanzenmilch, Hirse in Milch, Quark mit Kartoffeln. Wohnen Sie in der Nähe einer größeren Stadt, dann können Ihre Kinder in Hotelläden für zehn Pfennig Abfallfleisch holen. Ich habe in meiner Kinderzeit manchen Korb voll nach Hause getragen. Auch ist es nötig, daß die Kinder nebenbei mitverdienen, sei es durch Zeitungsaustragen, als Laufbursche oder sonstwie. Versuchen Sie meine Ratsschlage zu befolgen, und es wird gehen!“

Eine frechere und brutālere Verhöhnung des Glends ist so bald nicht dagewesen. Hoffentlich merken sich die unteren Beamten für die Stichwahlen die Lehre, daß ihnen die Delikatessen aus der Abfallkammer der Hotels als erstrebenswerte Nahrung angewiesen wird.

Opfer der See.

Die schweren Stürme der letzten Tage haben sowohl auf dem Atlantischen Ozean wie auch im Mitteländischen Meere zu schweren Schiffsunfällen geführt. Während eines orkanartigen Sturmes ist in der Nähe des österreichischen Hafens von Fiume der Dampfer „Scio“ untergegangen. Von der aus 26 Personen bestehenden Besatzung konnten nur zwei Mann durch den deutschen Dampfer „Samos“ gerettet werden. — Der Dampfer „Wistowhall“ ist Donnerstag früh an den nördlich von Aberdeen gelegenen Felsen der schottischen Küste, den sogenannten bullers of buchan, gescheitert. Von der größtenteils aus ostindischen Laskaren bestehenden Besatzung sind 53 Mann ertrunken. — In der englischen Küste ist am Eingang des Hafens von Budie ein Fischerboot gestrandet. Die beiden Insassen des Bootes fanden in den Wellen ihren Tod.

Der am 19. Dezember von Cardiff nach Dran abgegangene und seither verschollene Dampfer „Ville d'Alger“ wird nunmehr als verloren angesehen, da dieser Tage am Strande von Carteret (Departement La Manche) eine Rettungsboje dieses Schiffes aufgefunden wurde. Es scheint kein Zweifel mehr möglich, daß es im Kermelkanal untergegangen ist. Die Besatzung bestand aus 26 Mann.

Stützen der Gesellschaft.

Bei der Sparrasse in Runkirchen wurde die Einbedingung gemacht, daß eine hochgestellte Wiener Dame die Sparrasse durch gefällige Besuche um 30 000 Kronen geschädigt hat. Die Sparrasse hat von einer Anzeige gegen die Dame Abstand genommen, da sie hofft, daß der Gemahl der Dame die Schuld begleichen wird. — Der Mitinhaber des Budapester Großsporthauses Segal u. Cie., **Arthur Segal**, ist nach Hinterlassung von Verbindlichkeiten in Höhe von einer Million flüchtig geworden. Er wird fleißig verfolgt.

Ein Pseudoabbé als Betrüger.

In einigen Klöstern Roms trieb seit längerer Zeit ein sehr eleganter als **Abbe gelleideter junger Mann** sein Wesen, der sich **Jean de Seigné**, **Marquis de St. Mars** nannte, gefällige oder echte Empfehlungsbriefe von Kardinalen und sogar einen Erlaubnischein zum Messlesen bei sich führte. Von elegantem und einschmeichelndem Wesen pflegte sich der Pseudoabbé in Klöster und Nonnenklöstern vorzustellen, um die Aufnahme eines Schütlings zu bewirken. Bei dieser Gelegenheit soll er auch in katholischen Mädcheninstituten als Beichtiger gewirkt haben. Für die Aufnahme seines Schütlings mußte natürlich dem betreffenden Orden eine gegebene Summe als Mitgift bezahlt werden, und der Beitrag unseres Schlaumeiers bestand eben darin, daß er zur Bezahlung einen falschen Cheque anbot, der auf 1000 oder 2000 Lire mehr lautete als die einzuzahlende Summe. Die Differenz ließ er sich in bar zurückzahlen und ward dann nicht mehr gesehen. Das Geschäft scheint sehr gut gegangen zu sein, denn bei seiner Verhaftung fand man den Betrüger, der **Giovanni Bindi** heißt, im Besitz recht ansehnlicher Summen, hocheleganter Wäsche und vielen Schmucks. Wahrscheinlich haben die meisten seiner Opfer von der Anzeige Abstand genommen, wohl deshalb, weil viele Orden ja überhaupt keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen dürfen. Die Anzeige, die zu seiner Verhaftung führte, wurde von einem römischen Nonnenorden gemacht. Der Verhaftete ist zweimal wegen Betrugs verurteilt. Unter seinen Papieren fand sich auch eine Photographie, die ihn neben dem Papst darstellt. Ob es sich hier um eine Zusammenstellung handelt, oder ob der Betrüger wirklich im Vatikan Zutritt hatte, ist zurzeit nicht bekannt.

Kleine Notizen.

Bankdirektor Ohm im Sanatorium. Der aus Anlaß des Zusammenbruchs der Niederdeutschen Bank in Haft genommene Bankdirektor **Ohm** ist im Gerichtsgefängnis in Dortmund schwer erkrankt. Ein Herzleiden hat seine Ueberführung in ein Sanatorium verlangt. Dem soll Folge gegeben werden, jedoch muß die Heilanstalt die Garantie gegen einen Fluchtversuch übernehmen.

Großfeuer in Dingen. Das katholische Vereinshaus in Dingen ist am Donnerstag ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer, das gegen 5 Uhr morgens ausbrach, wüthete den ganzen Tag. Die Abkühlung der brennenden Wandscheiteln wurde sehr erschwert, da infolge der grimmigen Kälte die Schlauchleitungen zufroren. Fünf Feuerwehrlente erlitten bei den Vorkämpfen schwere Verletzungen.

Abschauer Raubmord. In dem russisch-polnischen Dorfe **Borzennoin** wurde das einsam im Walde gelegene Haus des Forstfloriers **Wienberg** von Räubern überfallen. Die in dem Hause wohnenden zwei Familien mit sieben Personen sowie ein zu Besuch weilender Waldflorier wurden durch Weilsiebe ermordet und beraubt. Die Räuber sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Tropenpflanzer. Nr. 1. 1912. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Herausgegeben von **D. Bartsch** u. **H. Wollmann**. Erscheint monatlich. Jahrg. 12 M. Verlag: Berlin, Unter den Linden 43.
Die Neuordnung der direkten Staatssteuern in Preußen. Von **Dr. jur. Strug**, 5 M. C. Neumann Verlag, Berlin W. 8.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 16. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Revolution der Niedergerichten. Von K. K. — Zur Theorie der Kombination. Von Rudolf Hilferding. — Die große ägyptische Revolution. Von W. F. L. (Schluß).
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.
Die Oberlehrerin in Preußen. Ein Wegweiser durch die amtlichen Erlasse über Vorbildung, Prüfung und Ausbildung der Oberlehrerinnen in Preußen. Von Dr. F. G. Müller. 1,50 M. H. Marcus und C. Sebers Verlag, Bonn.
Unterrichtsforschung im Malen und Zeichnen. 1.—12. Buch. Aufgeklärt von E. Seibert. Von H. Amst u. H. Kattfisch. Verlag: Kallmeyer & Co. m. b. H., Berlin SW. 19.

Jahrbuch des Deutscher Kartells 1912. Ein Handbuch der freigelegten Bewegung Deutschlands. Herausgegeben von M. Feinling. 1 M. Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt a. M.
Interessante Kriminalprozesse von kulturhistorischer Bedeutung. Aus Gegenwart und Vergangenheit dargestellt von Hugo Friedländer, Gerichtsberichterhalter. Eingeleitet von Justizrat Dr. C. Sello-Berlin. Verlag v. Bartsch, Berlin W. 30. 3 M., in Originalband 4 M.
Marktbericht von Berlin am 17. Januar 1912, nach Ermittlung des förmlich festgestellten Markthallenpreises. (Rheinland) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Rinsen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,50. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,00—3,20. 60 Stück Eier 3,50—7,20. 1 Kilogramm Karren 0,90—2,40. Kase 1,20—2,80. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,50. Barbe 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Stiele 0,80—1,40. 60 Stück Stroh 3,00—24,—.

Witterungsübersicht vom 18. Januar 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in Grad C
Strombe.	781	DEB	4 wolkenl.	-10	Schwarzw.	788	ND	2 bedeckt	-10
Hamburg	776	DEB	5 bedeckt	-7	Petersburg	785	DEB	1 Sonne	-11
Berlin	778	D	4 wolkenl.	-10	Scyth	789	ND	2 halb bb.	5
Kranf.a.M.	768	D	3 bedeckt	-4	Aberdeen	770	SD	7 bedeckt	3
München	770	D	4 wolkenl.	-8	Paris	759	DEB	1 bedeckt	4
Wien	779	SHH	wolkenl.	-15					

Wetterprognose für Freitag, den 19. Januar 1912.
Etwas gelinder bei ziemlich klaren östlichen Winden und zunehmender Bewölkung; geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerbl. Arbeiter für Schöneberg und Berlin.
(E. H.-K. 115.)
Sonntag, den 28. Januar 1912, vormittags 9 1/2 Uhr:

General-Versammlung in Grosses „Neue Rathaus“, Weininger Straße 8 (Tunnel). Tagesordnung: 1. Vorstandbericht. 2. Jährlicher Kassenbericht. 3. Die gütliche Gestaltung unserer Kasse. 4. Hauptteil des gesamten Vorstandes. 5. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Um jährliches Erscheinen der Mitglieder ersucht 285/11*
Der Vorstand. H. K.: G. Jacuide.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlin und Umgegend.
General-Versammlung am Sonntag, den 21. Januar 1912, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Kollegen Herrst. Ritterstr. 75.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1911. 2. Jahresabrechnung. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Arbeiter jeden Berufs, welche erwählt sind, dem Verein beigetreten, das 16. Lebensjahr erreicht und das 60. nicht überschritten haben, werden in der Versammlung aufgenommen. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 17/1
H. A. Godegott, Vorsitzender, Spiliner Str. 75.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.
Touren
Sonntag, den 21. Januar:
2. Abt.: 12 1/2 Uhr: Möggelsee (Ruhfourt). Treffpunkt: Schleißer Bahnhof, Södelte.
3. Abt.: 12 Uhr: Ueber die Müggelberge.
4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Bohnsdorf (Billa Rahl).
5. Abt.: 1 Uhr: Bernau (Salzmann).
6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Adlershof (Wölflin).
7. Abt.: 2 Uhr: Bittenau (Ferdinand).
8. Abt.: 2 Uhr: Steglitz (Birkenwäldchen). 10/6
Start an den bekannten Stellen.

Frack-Verein. Frack, Gehrock, Smoking von 2 M. an, Hosen v. 1,50 an, Westen, Zylinderhüte v. 1 M. an. S. Berg Nacht, Borchardt, Friedrichstr. 115.

Tischler-Verein C. G. 89.
Sonabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Meichlorstr. 15:
Generalversammlung.
Bericht vom 4. Quartal. Jahresbericht für 1911. Wahl des Ausschusses für 1912. Wichtige Kassenangelegenheiten.
Am 27. Januar veranstaltet der Verein in Altens Reichel seinen **Gr. Wiener Maschenball.** Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Stoffe
Damenmode für elegante Kleider, Paletots etc. etc. 2,50, 3,50, 4,50 M.
Zuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. vis-a-vis der Gertraudenstr. 20-21, Petrikirche.

Jeder wähle
den durch seine Güte unerreicht dastehenden
Kapitän-Kautabak
General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Hosen = Woche

Schluß Sonntag.
Am Sonntag sind unsere Berliner Geschäfte nur von 12-2, unser Schöneberger Geschäft v. 8-1/2 10 u. 1/2 12-2 geöffnet.
Ausnahme-Angebote von Tausenden Hosen

Herren-Hosen	Serie 1. Dunkelgestreifte Zwirn-bucksins	3.50 M.
Herren-Hosen	Serie 2. Kammgarncheviots in vielen Streifen. Sehr haltbar	5.— M.
Herren-Hosen	Serie 3. Cheviots u. Kammgarn-Arten, hell u. dunkel gestreift	7.— M.
Herren-Hosen	Serie 4. Kammgarn mit feinen Streifen. Sehr vornehm	10.— M.
Herren-Hosen	Serie 5. Prima Aachener Kammgarn. Eleg. Cutaway-Hosen	13.50 M.

Aus Resten gearbeitete Hosen ganz besonders billig.
Knaben-Hosen 60 Pf. Geh-Pelze und Pelz-Joppen zu herabgesetzten Preisen
Schüler-Hosen für das Alter von 8-14 Jahren, durchweg 2 M.

Sie sollten sich elegant kleiden!

Wir stellen zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf: **Posten gebrauchter Halb-Herren-Anzüge**, außerdem **Paletots, Uster etc.** für jede Figur (auch den stärksten Herren) passend, aus Lager. Diese Sachen sind teils in besten Werkstätten (auch auf beide) gearbeitet. Früherer Anschaffungspreis bis 120.— M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen, auch neu:
Jacket-Anzüge . . . 9—14—19 M. etc.
Rock-Anzüge . . . 11—16—22 M. etc.
Geh-Rock-Anzüge 15—22—27 M. etc.
Herren Paletots 7—12—16 M. etc.
Herren-Uster . . 12—16—20 M. etc.
Herren-Hosen 2—3 bis 6 M.
Einzeln Fracks, Smokings, Jacketts etc.
Verteilung v. elegant. Fracks u. Gesellschaftsanzügen.

J. Ward Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. An-dressstr., II. Geschäft: Chausseestr. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.

BaerSohn
Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 11 Schöneberg, Hauptstr. 10
Jedlicher Nachdruck verboten
Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Lebige Moden) kostenfrei

Unser **Inventur-Ausverkauf** beginnt heute.

Leiser

Bis 50% Ermässigung

Unvergleichliche Preisvorteile

Unvergleichliche Preisvorteile.

Um Besichtigung ohne Kaufzwang wird dringend gebeten. Beachten Sie uns Sonntag-Inserat

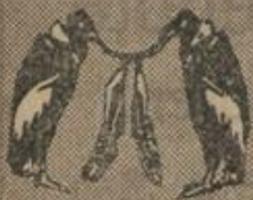
Tauentzienstr. 20 Oranienstr. 34
am Wittenberg-Pl. Oranienstr. 47a
Leipzigerstr. 65 Müllerstr. 32
Königstr. 34 Rixdorf, Bergstr. 8

SÄNGER: REDNER: RAUCHER: **WYBERT-TABLETTEN** schützen Sie vor: **HUSTEN HEISERKEIT KATARRH**
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.—
Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Nach beendeter

Fabrik-Inventur

bringen wir in unseren hiesigen Verkaufsstellen eine überraschende Auswahl gediegener Schuhwaren zum Verkauf



MARKE
CONDOR

Preise bis **40%** ermäßigt



CONDOR
PATENT

Damen - Schnürstiefel

la Chevreau — Original-Goodyear-Welt
 Serie A bisher 12.50 jetzt 890
 Serie B bisher 14.50 jetzt 1090
 Serie C bisher 16.50 jetzt 1190
 Braun Chevreau, bisher 8.50 jetzt 590
 Schwarz echt Boxcalfleder
 Serie A bisher 7.90 jetzt 640
 Serie B bisher 9.20 jetzt 740
 Serie C, Original - Goodyear - Welt,
 bisher 12.50 jetzt 840
 Box- und f. Chromleder, Lackkappe,
 unerreicht jetzt 520
 Tanzschuhe „Condor-Pumps“, Chrom-
 leder bisher 5.50, jetzt 445
 Dieselben, Tiefausschalt, bish. 3.75, jetzt 295

Damen - Spangenschuhe

la Kalback, Serie A bisher 6.50 jetzt 490
 Rollleder, Serie B bisher 4.60 jetzt 375
 Wicksleder, Serie C bisher 2.95 jetzt 225

Damen-Hausschuhe

Kamelhaarstoll, Filz- und Ledersohle
 Serie A bisher 1.30 jetzt 88 Pf.
 Serie B bisher 1.70 jetzt 118
 Serie C bisher 3.00 jetzt 225
 m. Schnalle, bish. 1.80 jetzt 135
 Farb Leder m. Absatz jetzt 195
 Filz - Steppschuhe,
 Filz- und Ledersohle
 bisher 1.65 jetzt 95 Pf.

Herren - Schnürstiefel

la Chevreau-
 Original-Goodyear-Welt
 Serie A bisher 16.50 jetzt 1190
 Serie B bisher 16.50 jetzt 1090
 Echt Boxcalf unerreicht
 bisher 10.60 jetzt 940
 Box- u. Chromleder Lackkappe
 nie wiederkehrend jetzt 620
 Ein Posten **Condor-Patent**
 Schnürstiefel ohne zu schnüren
 bisher 16.50 jetzt 1190

Zugstiefel ganz glatt

Serie A jetzt 490 Serie B 620
 Serie C Kalblackbesatz
 früher 12.50 jetzt 790

Schnürstiefel braun Chevreau

Serie C Orig.-Goodyear-Welt
 bisher 12.50 jetzt 890
 Serie D bisher 9.50 jetzt 690

Kamelhaar-Stoffschuhe

Filz- und Ledersohle
 Serie A jetzt 168 Serie B 275
 Serie C, Schnallenstiefel mit
 Absatz, bisher 4.50 jetzt 345

Leder-Hausschuhe m. Absatz

bisher 3.60 jetzt 290

Mädchen- und Knaben- Schnürstiefel

Echt Boxleder
 durchgenähte Randsohle, elegant und solide
 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
 bisher 4.30 4.60 4.90 5.30 5.70
 jetzt 360 390 440

Knopfstiefel Echt Chevreau
 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
 bisher 5.50 6.00 6.50 7.00 7.50
 jetzt 490 540 590

Schulstiefel zum Schnüren und Knöpfen
 25-26 27-30 31-35
 jetzt 220 270 320

Knaben-Schnürstiefel Echt Boxleder
 elegant, solide
 36-37 38-39 40
 bisher 6.30 6.60 6.90
 jetzt 530 560 590

Kamelhaar-Stoffschuhe Filz- und
 Spaltledersohle
 19-23 24-29 30-35
 früher 85 Pf. 1.00 1.50
 jetzt 58 Pf. 68 Pf. 78 Pf.

Dieselben hoch mit Schnallen
 19-23 24-29 30-35
 früher 1.30 1.50 1.80
 jetzt 95 Pf. 130 135

Schnürstiefel
 schwarz u. braun Leder
 18-21 22-24 25-26
 früher 1.90 2.75 3.25
 jetzt 125 195 240

Conrad Tack & Cie Schuhfabrik Burg bei Magdeburg

130 Verkaufsstellen

Davon in Berlin und Umgegend:
 C, Spittelmarkt 15
 C, Rosenthaler Straße 14

W, Potsdamerstraße 50
 W, Schillstraße 16
 NW, Turmstraße 41
 NW, Wilsnacker Straße 22
 NW, Beusselstraße 29

N, Friedrichstraße 127
 N, Müllerstraße 3
 N, Reinickendorfer Straße 23
 N, Brunnenstraße nur 37
 N, Danziger Straße 1

O, Andreasstraße 50
 O, Frankfurter Allee 125
 SO, Oranienstraße 32
 SO, Oranienstraße 2a
 SO, Wrangelstraße 49

SW, Friedrichstraße 240-241
 Charlottenburg: nur Wilmer-
 dorfer Straße 122-123
 Rixdorf: Bergstraße 30-31
 Potsdam: Brandenburger Str. 54

Zur Stichwahl in der Provinz Brandenburg.

Am kommenden Sonnabend, den 20. Januar, finden in der Provinz Brandenburg Stichwahlen in den Kreisen Königsberg in der Neumark, Ruppin-Teuplin, Westpreignitz und Zauch-Belzig statt. Es ergeht hiermit an alle Arbeiter, vor allem Bauarbeiter, die in Berlin arbeiten, aber in einem Orte der obgenannten Kreise wohnen, die dringende Aufforderung, am Sonnabend nach Hause zu fahren und ihr Wahlrecht auszuüben. Es kommt auf jede Stimme an!

Parteigenossen, die mit in der Provinz wohnenden Arbeitern zusammenarbeiten, wollen Nachlässige auf ihre Pflicht gegen ihre Klassengenossen aufmerksam machen und sie zur Ausübung ihres Wahlrechts veranlassen.

Die Stimmen der in Berlin arbeitenden, aber in einem Orte der Provinz wohnenden Wähler sind zur Niederzwingung der Reaktion in den zur Stichwahl stehenden Kreisen dringend erforderlich. Sorge jeder Genosse dafür, daß uns keine Stimme verloren geht.

Bauarbeiter, die Ihr in einem Orte der in Stichwahl stehenden Kreise wohnt: Fahrt am Sonnabend nach Hause! Hebt Euer Wahlrecht im Sinne der Sozialdemokratie aus!

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Freitag, zwei Wählerversammlungen im Café Gärtner, Goltzener Ufer 27/28, und im Luisen-Park. In den Letzten 9a. Referenten: Genossen Redaktent Däumig und Kaufmann Ph. Verstein.

Berliner Nachrichten.

Der Raubmord in der Alten Jakobstraße.

Das dritte Opfer gestorben.

Die graufige Mordtat in der Alten Jakobstraße hat ein drittes Opfer gefordert. Die 44 Jahre alte Frau Margarete Schulze ist gestern früh gegen 6 Uhr, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, ihren schweren Verletzungen im Urban-Krankenhaus erlegen. Die Öffnung, von ihr noch einige für die Ermittlung der Täter zweckdienliche Mitteilungen zu erlangen, hat sich leider nicht erfüllt. Dagegen hat sich auf Grund der erlassenen amtlichen Bekanntmachung ein Zeuge gemeldet und der

Kriminalpolizei so wichtige Angaben gemacht.

daß man wohl mit der Möglichkeit rechnen kann, daß die Mordtat ihre Sühne finden wird. Nach den Bekundungen dieses Zeugen, eines Schaffners der Autoomnibuslinie 24, sind Dienstag mittags bald nach 1 Uhr an der Ecke der Roms-andanten- und Alten Jakobstraße drei Männer auf seinen Wagen gestiegen, die sich nicht nur durch ihr Benehmen verdächtig machten, sondern auch die Fahrt mit blutbefleckten Jeanspennstücken bezahlten. Ohne von der Mordtat irgend etwas zu wissen, sah sich der Schaffner nach diesen Wahrnehmungen seine Fahrgäste unwillkürlich genauer und schärfer an. Alle drei standen bis zum Moritplatz schweigend da. Auf dem Platze sah einer, der kleinste, nach der Normaluhr und fragte: „Wird es noch Zeit zum Zuge sein?“. Sofort fiel ein anderer ein, gab ihm einen Schubs und sagte: „Galt's Raul!“ Das war alles, was die drei während der ganzen Fahrt sprachen. Um 1,20 Uhr sprangen die Fahrgäste ab, während der Wagen seine Schleife machte, um an die Haltestelle zu fahren, und verschwanden in der Bahnhofshalle. Als der Schaffner später von der Mordtat hörte, fielen ihm diese drei Männer sofort wieder ein. Er erkundigte sich auf dem Bahnhof und erfuhr, daß in der Tat bald nach seiner Ankunft mit dem Wagen vom Görlitzer Bahnhof ein Zug abgefahren sei. Der Schaffner kann die Leute ziemlich genau beschreiben, weil sie durch ihr Gebaren seine besondere Aufmerksamkeit auf sich lenkten:

Einer von ihnen ist ungefähr 27 Jahre alt und 1,67 Meter groß, hat dunkles Haar, einen dunklen, fast schwarzen, englisch gestephten Schnurrbart, und trug einen grauen, schräg gestreiften Ueberzieher mit zwei Reihen schwarzen Hornknöpfen, einen kleinen, schwarzen Hut, eine schwarze Hose und Stiefel mit Lederspitzen. Er sprach Berliner Dialekt.

Ein anderer ist ungefähr 22 Jahre alt und gleichfalls 1,67 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und einen kurzen, blonden Schnurrbart und trug einen einreihigen, dunkelbraunen Ueberzieher, einen kleinen Hut mit Samtband, eine braune Hose und spitze Stiefel ohne Lederspitzen.

Der dritte ist ebenso alt, aber etwas kleiner, hat helles Haar, keinen Bart und ein blaßes Gesicht und trug einen dunkelbraunen, einreihigen Ueberzieher, einen schwarzen, kleinen Hut mit Samtband, eine schwarze Hose und Schnurrstiefel ohne Lederspitzen.

Hosen und Stiefel waren bei allen drei anscheinend mit Blut besetzt.

Zur weiteren Aufklärung der Vorgänge

traf die Kriminalpolizei, mit der auch ein Vertreter der Staatsanwaltschaft die Räume besichtigte hatte, sofort alle Rahrgelassen, um sie soweit als möglich noch in der Nacht durchzuführen. Ein Heer von Beamten durchstreifte alle Stadtviertel, besuchte Kneipen und andere Lokale und wies überall auf die Anschläge und die Wohnung von 3000 R. hin. Andere suchten und verfolgten Spuren, die sich aus Zeugenaussagen ergaben. So bekundete ein Polizeibeamter, daß er in der 11. Vormittagsstunde in der Alten Jakobstraße zwei Männer gesehen habe, von denen einer allem Anschein ein zusammengewollter Sack in der Hand hatte. Sie standen erst im Flur des Hauses Nr. 68, dann in der Tornisstraße des Hauses 94/95. Als er dort an ihnen vorüberging, hörte er, wie einer sagte: „Auf diese Weise geht es nicht, wir müssen es anders machen.“ Was es mit dieser Beobachtung für eine Verbindung hat, steht noch dahin. Die beiden Männer scheinen nach ihrem Aussehen nicht gewöhnliche Arbeiter, sondern Handwerker zu sein. Datten sie eine harmlose Angelegenheit vor, so täten sie am besten, sich gleich bei der Kriminalpolizei zu melden, um den Vorgang aufzuklären. Ein anderer Zeuge, ein Beamter aus dem Hause, kam nach 12 Uhr an dem Laden vorbei und sah, wie eine Hand vom Laden aus in die Schaufensterauslagen hineinsah und verschiedene Gegenstände herausholte. Das war höchstwahrscheinlich Schulzes Hand. Denn mit dieser Wahrnehmung stimmt der Zeit nach überein, daß ein anderer Mann, wie wir

schon mitteilten, sah, daß Schulze 10 Minuten nach 12 Uhr draußen das Schaufenster abwuschte. Dieser Mann kann sich in der Zeit nicht irren, weil er, wie jeden Tag, nach 12 Uhr zum Mittagessen kam. Geirrt hat sich wahrscheinlich eine Frau, die um 11 1/2 Uhr Geschrei gehört haben will.

Die Mordtat fällt also in die Zeit von 12,10 Uhr oder 12,15 Uhr bis 12,50 Uhr, wo ein Schuttmann die Verbindungstür einschlug und die schaurige Entdeckung machte.

Die Ausführung des Verbrechens.

Man denkt sich die Ausführung des furchtbaren Verbrechens so: Einer der Verbrecher ließ sich die schon öfter erwähnte Brosche zeigen und schlug Schulz dabei nieder. Die Brosche fiel zu Boden und wurde erst nachträglich mit Blut bedeckt. Das zeigt die von Blut freie Stelle des Fußbodens unter ihr. Unterdessen bemächtigten sich die beiden anderen der Frau und der Tochter in dem Wohnraum, in dem endlich auch Schulze zusammenbrach.

Beamte des Erkennungsdienstes suchten gestern die beiden Räume noch einmal besonders auf etwaige Fingerabdrücke ab, fanden aber nichts. Was alles fehlte, ist noch nicht festzustellen. Die goldene Kavalierkette mit der Uhr und dem Meisterstück hat sich bei der Kleidung Schulzes noch gefunden, der Brillantring dagegen bleibt verschwunden. Die Kriminalpolizei hat unverzüglich auch die Polizeibehörden der Umgebung Berlins benachrichtigt.

Die Obduktion der Leichen.

Die Gerichtsbärge Geh. Rat Strahmann und die Medizinalräte Dr. Störmer und Hoffmann und Dr. Strauch öffneten und untersuchten die Leichen Schulzes und seiner Tochter Margarete. Das Ergebnis hat die Annahme eines dreifachen Raubmordes zur Gewißheit gemacht. Schulze hat mit dem Hammer zwei Schläfen- und mehrere Kopfschläge erhalten. Die beiden Hiebe in die rechte und linke Schläfe sind mit dem runden Kopf des Hammers geführt worden. Die Messungen messen 3 1/2 Zentimeter. Das stimmt mit dem Durchmesser des Hammerkopfes genau überein. Beide Schläge wirkten tödlich. Ebenso aber auch noch einige andere, die der Mann mit der breiten Seite des Hammers auf den Hinterkopf erhielt und die Schädeldecke zertrümmerten. Auch das Mädchen erhielt einen Schlag mit dem Hammerkopf in die linke Schläfe. Ein zweiter Schlag, der ohne Zweifel auf die rechte Schläfe geführt war, traf die Stirn, weil sich die Ueberfallene gewandt hatte. Dazu kommen ein doppelter Schlag an der Stirn und mehrere Schläge auf den Kopf, die mit dem breiten Teil des Hammers geführt wurden. Die Kopfschläge legten das Gehirn bloß. Die Stirnschläge lösten einen dreieckigen Haufsehn von Knochen ab. Das Mädchen hat außerdem Abwehrverletzungen am linken Arm, am Oberarm eine 10 Zentimeter lange Wunde, die anscheinend von einem Fingernagel eingeklopft ist, dann kleinere Risikwunden am Unterarm und am Handrücken. Bei der vorläufigen Besichtigung sahen einige Verletzungen so aus, als wenn sie nicht von einem Hammer, sondern von einer „Eile“ herrührten. Die Obduktion hat aber diese Annahme widerlegt. Alle Schläge sind mit einem Hammer geführt worden, teils mit dem Kopf, teils mit der breiten Seite. Bei Frau Schulze, deren Leiche ebenfalls gestern nach dem Schauplatz gebracht wurde, wird es nicht anders sein. Bei ihr wurden von den Ärzten an der Stirn vier Wunden festgestellt, die alle von Hieben mit der breiten Seite herrühren; auf dem Kopfe mindestens eine, vielleicht aber zwei, die ineinander laufen und von Schlägen mit dem Hammerkopf herrühren. Die Leiche der Frau wird erst heute, Freitag, genauer untersucht. Die Obduktion darf nach den gesetzlichen Bestimmungen 12 Stunden nach Eintritt des Todes vorgenommen werden. Sie wurde deshalb auf heute verschoben.

Das Verbrechen wurde, wie wir früher schon mitteilten, dadurch entdeckt, daß ein junger Mensch, vielleicht ein Laufbursche, der in dem Laden Schulzes irgend etwas zu tun hatte, vergeblich auf den Geschäftsmann wartete, wiederholt ohne Erfolg nach ihm rief und endlich einen Schuttmann holte. In der ersten Aufregung hat man nicht daran gedacht, den jungen Mann nach seinem Namen und seiner Wohnung zu fragen. Als die Kriminalpolizei kam, war er schon weg. Er hat sich bis jetzt nicht gemeldet und konnte auch anderweitig noch nicht ermittelt werden. Im Interesse der Untersuchung ist es dringend erwünscht, daß er sich bei der Kriminalpolizei einfindet. Sein Arbeitgeber wird ersucht, ihn zu veranlassen, nach dem Polizeipräsidium zu gehen und sich dort im Zimmer 46 zu melden.

Neute, die in der kritischen Zeit mit dem Autoomnibus von dem Stettiner nach dem Görlitzer Bahnhof gefahren sind, auch dort vielleicht sich in den Warteflächen 2. oder 4. Klasse aufgehalten haben, und Reisende, die um jene Zeit die Görlitzer Bahn benutzt haben, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden und etwaige Wahrnehmungen, die zur Aufklärung des Verbrechens dienen können, ihr mitzuteilen.

Nach und nach gewinnt die Kriminalpolizei mit Hilfe von Uhrengroßhändlern, bei denen Schulze einzukaufen pflegte, auch eine Ueberlicht über das, was geraubt worden ist. Der Vertreter einer Großhandlung, der vor acht Tagen noch bei Schulze war, ist nach Besichtigung der Vorräte der Ueberzeugung, daß Schulze noch bedeutend mehr besessen haben muß, als bis jetzt vorhanden ist. Er bezeugte auch, wie andere, daß Schulze stets gegen bar einkaufte.

In dem Geldsack, in dem der Juwelier seine wertvollsten Sachen unterzubringen pflegte, wenn sie nicht im Schaufenster standen, fand man eine Ausstellungsstafel, auf der sich noch die kleinen Zettelchen mit den Nummern und den Preisen der Schmuck- und Wertgegenstände befanden. Die Sachen selbst sind verschwunden. Verkauft hat Schulze sie nicht, denn sonst hätte er die Nummern in seinen Lagerbüchern, wie er es stets mit großer Sorgfalt tat, ausgestrichen und das Datum des Verkaufstages hinzugefügt. An der Hand dieser Zettelchen ließ sich mit vieler Mühe nach der Aufnahme der Vorräte aus den Lagerbüchern feststellen, daß eine große Anzahl wertvoller Schmucksachen mit Brillanten und Uhren fehlen, als geraubt sein müssen. Ebenso sind auch Schulzes Portemonnaie, das einige hundert Mark enthielt, und seine rindlederene Brieftasche verschwunden. Auch sein wertvoller Brillantring hat sich nicht wiedergefunden.

Eine Landtags-Erstausswahl im 2. Berliner Landtagswahlbezirk

findet am Dienstag, den 26. März, für den verstorbenen Fabrikdirektor Dr. Gerlach statt. Die Wahlmännerwahlen sind auf den 27. Februar festgesetzt.

Der 2. Berliner Landtagswahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke 6-30, 50-55, 57-60 und 62-65 bezw. die Urtwahlbezirke 12-68, 139-156, 164-174 und 181-198.

Es ist erforderlich, daß sämtliche Wahlmänner neugewählt werden.

Für die Wahlen sind gemäß § 21 des Wahlreglements neue Urwähler- und Abteilungslisten aufzustellen, deren Auslegungstermine noch besonders bekanntgegeben werden.

Johann Baptist v. Hoffstetten.

Heute vor 25 Jahren wurde auf dem freireligiösen Friedhof in der Pappelallee ein Mann begraben, der jahrelang für die Partei kämpfte und — litt: J. B. v. Hoffstetten. Einem alten, bayerischen Adelsgeschlecht entstammend, wurde er Offizier und eine glänzende Zukunft schien ihm bevorstehend. Um seinen schriftstellerischen Neigungen folgen zu können, quittierte er etwas schwärmerisch veranlagte Hoffstetten jedoch bald den Dienst. In Berlin, wohin er übersiedelte, lernte er Ferdinand Lassalle kennen. Glühende Begeisterung für die Sache des Proletariats trieb ihn an die Seite des großen Agitators und enge Freundschaft verband bald die beiden Männer. Als Lassalle in Genf sein unglückseliges Duell mit dem Bojaren Rasowiza ausfechten mußte, regelte auf Lassalles dringenden Wunsch v. Hoffstetten als „Unparteiischer“ die notwendigen Formalitäten. Auch mit Schwegler, dem Nachfolger Lassalles in der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, wurde v. Hoffstetten befreundet. Infolge der Ausbreitung der sozialdemokratischen Idee wurde der Mangel eines eigenen Parteiorgans immer fühlbarer. Hoffstetten hatte schon mit Lassalle wegen der Gründung einer Zeitung gesprochen, der aber die Idee noch verwarf. Da stellte v. Hoffstetten sein Vermögen zur Verfügung und am 15. Dezember 1884 erschien die Probenummer des „Sozialdemokrat“, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, das erste sozialdemokratische Parteiorgan Deutschlands. v. Hoffstetten war Redakteur, als Mitarbeiter waren Herwegh, Marx, Engels, Liebknecht usw. genannt. Später begann die Leidenszeit v. Hoffstettens. Arm und kränzlich schlug er sich als Berichterstatter kümmerlich durchs Leben. Durch Schädelerschläge wohl verbittert, blieb er trotzdem seinen Idealen treu bis zum letzten Atemzuge. Am 15. Januar 1887 schloß er nach längerem Krankenlager die Augen. Die Berliner Arbeiterchaft gab ihm ein ehrendes Geleit. Ueber tausend Genossen folgten seinem Sarge und reiche Kranzspenden legten Zeugnis ab von der Verehrung, die dieser selbstlose, ideale Mann in den Reihen der Berliner Arbeiter genoss.

Spiegelblanke Eisbahnen bieten jetzt die Spree, Havel und die Seen. Besonders schön trifft man bei Wandlitz, Trebbin, Grünau, am Wannsee, Müggelsee, bei Erner, Brandenburg, Werder und Potsdam. Am geschäftigsten ist die auf dem Riepinsee, die von Bergen und prächtigen Wäldern umgeben ist.

Gegen lästige Auskunftsgeber in Invalidenrentensachen geht jetzt die Versicherungsanstalt Berlin im Interesse der Versicherten wie ihres Geschäftsganges energisch vor. Bekanntlich muß zur Erlangung der Invalidenrente nicht bloß der Nachweis erbracht werden, wo man während der versicherungspflichtigen Tätigkeit beschäftigt war, sondern auch, was man an den einzelnen Arbeitsstellen verdient hat. Es hat sich nun in der Praxis gezeigt, daß die Erlangung dieser Angaben namentlich bei Hausreinigern, Portiers, Aufwärtinnen und ähnlichen untergeordneten Beschäftigungen, in denen mit der Person viel gewechselt wird, häufig auf Schwierigkeiten stößt. Die betreffenden Arbeitgeber erklären dann nicht selten, daß sie den früher Beschäftigten überhaupt nicht kennen, auch wenn die Beschäftigung durch andere Zeugen einwandfrei nachgewiesen werden kann. Werden die Befragten zur Versicherungsanstalt gebeten, ignorieren sie das oder verweigern direkt das Erscheinen. Daburd geht natürlich bis zur möglichen Bewilligung der Rente noch viel mehr Zeit als schon sonst im bürokratischen Schneedrang sozialpolitischer Ausführungsbehörden verloren. In allen solchen Fällen werden jetzt die zur Auskunft verpflichteten Arbeitgeber unter Androhung zwanngsweiser Vorfahrung vor die ordentlichen Gerichte zitiert und ihnen die Kosten aufgebrennt, wenn sich herausstellt, daß sie mit weniger Bequemlichkeit sehr wohl in der Lage gewesen wären, die geforderte Auskunft von vornherein zu erteilen.

Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern nachmittag die sechsjährige Tochter Franziska des in der Holzburger Straße 81 wohnenden Arbeiters R. Als die Kleine am Ludwigskirchplatz den Fahrdamm überschreiten wollte, beobachtete sie nicht das Herannahen eines Automobils. Sie wurde überfahren und erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels sowie erhebliche Kopfverletzungen. Auf der Unfallstation am Dübenerplatz erhielt die Verunglückte Notverbande und wurde dann nach der elterlichen Wohnung übergeführt.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich Mittwochabend gegen 7 Uhr in der Leipzigerstraße. Dort war ein Omnibus der Linie 16 der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft ins Schlingern geraten und stieß dabei gegen den Mast 512 der elektrischen Stromleitungsanlage für die Straßenbahn. Bei dem Anprall wurde der Deckel des an dem Mast befindlichen Speisefassens abgerissen und fiel dem in diesem Augenblick vorübergehenden Arzt Dr. Albert Ehrenstein aus der Tasche. Er lag auf dem Kopf. Dr. E. erlitt eine blutende Wunde, die ihm auf der Unfallstation in der Kronenstrasse verbunden wurde.

Eine zerstückelte Kindesleiche wurde Mittwochnachmittag auf dem Grundstück Oranienstr. 33 gefunden. Die Verwalterin hatte vorgestern einen Klemmper, weil das Abflußrohr des Klosets seit acht Tagen verstopft war. Der Mann fand bald das Hindernis gleich im ersten Knie und holte es stückweise heraus. Zu seinem Erschrecken förderte er einen kleinen Kopf zu tage. Er glaubte, daß dieser zu einer Kleinkind gehöre, weil er wußte, daß auf dem Grundstück ein Pieter allerhand Getier, wie Meeräweln und Karnickel, hält. Die nächsten Teile waren, ebenso wie der erste, so zu Klumpen geforen und beschmutzt, daß man nicht gleich sehen konnte, um was es sich handelte. Erst als die Frau die Klumpen mit heissem Wasser aufgetaut hatte, erkannte man die einzelnen Teile eines neugeborenen Kindes, dessen Geschlecht bei oberflächlicher Besichtigung nicht festzustellen war. Der Klemmper benachrichtigte einen Schuttmann und das Revier ließ dann die zerstückelte Leiche nach dem Schauplatz bringen. Das Klosett wird besonders von Fabrikarbeitern des Grundstücks benutzt, die ihr ist aber nie verschlossen, so kann auch leicht jemand von der Straße her es benutzen haben, um die Leiche zu beseitigen. Die Mutter des vermutlich ermordeten Kindes ist noch nicht ermittelt.

Eine teuere Nacht in Berlin verlebte ein russischer Kaufmann, der auf der Durchreise von Hamburg nach seiner Heimat hierher gekommen ist. Bei einer Besichtigung der Stadt und insbesondere der Lokale der Lebewelt, lernte er ein Mädchen kennen, das sehr gern bereit war, mit ihm noch etwas zu zechen. Als er morgens in seinem Hotel in der Invalidenstrasse erwachte, war seine Begleiterin verschwunden; mit ihr seine Borschaft von 400 R. und ein Scheck über 300 Rubel auf die Russisch-Asiatische Bank von Moskau. Nur 20 R. hatte die „Golde“ ihm gelassen. Die Diebin ist noch nicht ermittelt. Der Verlobene entsinnt sich nur, daß sie etwa 30 Jahre alt, groß und kräftig ist und einen schwarzen Rock, eine weiße Bluse und einen schwarzen Hut trug.

Von jenen Gaunern, die jungen Burschen, Lehrlingen und besonders Kindern unter allerhand Vorspiegelungen Geld und Wert-

schon ablozen, hat die Kriminalpolizei jetzt wieder zwei unerschütterlich gemacht, einen 21 Jahre alten, aus Lodz gebürtigen Hausdiener Alfred Löwe und eine 18 Jahre alte Arbeiterin Frieda Lamprecht. Löwe ist bis jetzt in 50 Fällen überführt und gefänglich, hat aber ohne Zweifel noch viel mehr auf dem Kerbholz. Sein Leid war der, daß er die Vertrauensstellung mit einem Zettel an Frau Krüger, Frau Müller oder Frau Schmidt" schickte, um Geld einzuziehen, während er mit ihren Portemonnaies oder Borseien verschwand. Geschädigte können sich bei der Kriminalpolizei melden. Ueber seine Wohnung verweigert Löwe jede Auskunft. Die Arbeiterin Frieda Lamprecht, die in Niddorf verhaftet wurde, gibt zu, seit September vorigen Jahres von Säuwindeseiten dieser Art gelacht zu haben. Sie „arbeitete“ besonders in Berlin SO., Niddorf, in Lichtenberg, und wechselte fortwährend ihre Wohnung.

Ueber 100 Schloßschlüssel hat ein Bautechniker Dr. Domonikus Koniger verliert, der von der Niddorfer Kriminalpolizei festgenommen wurde. Der 25 Jahre alte Mann machte schon seit längerer Zeit Berlin, Charlottenburg, Niddorf usw. unsicher und wurde von allen Staatsanwaltschaften Groß-Berlins gesucht. Er mielte sich überall ein, ließ sich sofort den Schlüssel geben, stahl bei der ersten Gelegenheit, was er bekommen konnte und ließ sich nicht wieder sehen. Gestern gelang es Niddorfer Kriminalbeamten, ihn in einem Miettopf in der Mänsstraße zu ermitteln und festzunehmen. Bei ihm fand man noch über 100 Haus- und Türschlüssel, außerdem einen Hinterlegungschein, den er ebenfalls gestohlen hatte. Sein Versuch, auf diesen Schein bei der Bank 500 M. abzuholen, waren an einem kleinen Formfehler gescheitert. Die Bank wollte sich deshalb erst nach seinen Angaben erkundigen, der Dieb zog es jetzt aber vor, sich nicht wieder sehen zu lassen. Der Verhaftete hat alle seine Beutestücke unter den verschiedensten Namen versteckt. Er ist ein verbummelter Mensch. Ob er den Dolchortel, den er sich beilegt, mit Recht trägt, steht noch nicht fest.

Großfeuer im Straßenbahndepot.

Ein großes Feuer, durch welches acht Straßenbahnwagen der Berliner Ostbahnen vernichtet wurden, entstand in der letzten Nacht gegen 3/4 Uhr in dem Straßenbahndepot in der Tunnelstraße zu Strafan-Nummelsburg. Gegen 1/4 Uhr bemerkten Arbeiter und Straßenbahnangestellte, die auf dem Hofe des Grundstücks beschäftigt waren, daß aus dem Schuppen eine große Flamme hervorschlug. Man eilte zum Depot, um die in dem Gebäude befindlichen Motortwagen, unter denen sich zum Teil ganz neue, erst vor kurzem gelieferte Waggon befanden, hervorzuziehen. Als das Tor geöffnet wurde, drang den Angestellten jedoch bereits so starker Qualm entgegen, daß ein Eindringen in den Raum unmöglich erschien. Der starke Wind entfachte das Feuer in wenigen Augenblicken und bald stand der Dachstuhl des großen Schuppens in hellen Flammen. Da die Arbeiter gegen die verheerende Gewalt der Flammen mit dem im Depot befindlichen Löschvorrichtungen nichts anrichten konnten, wurde die Stralauer Feuerwehr und die Berliner Rüge aus der Köpenicker und Memeler Straße alarmiert, die auf die Meldung „Großfeuer“ in kürzester Zeit herankamen. Bei ihrem Eintreffen war der Brand bereits so weit fortgeschritten, daß an eine Rettung des Wagenmaterials nicht mehr gedacht werden konnte. Es blieb vielmehr nur übrig, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Es wurden drei Schlanckenleitungen nach der Spree gelegt und aus drei Hähnen etwa 1 1/2 Stunde lang Wasser gegeben. Dann erst konnte die Gefahr als beseitigt angesehen und die notwendigen Aufräumungsarbeiten vorgenommen werden. Bei dem Feuer sind acht Straßenbahnwagen vollständig niederverbrannt. Der Schaden beträgt etwa 140 000 bis 150 000 M., der jedoch durch Versicherung gedeckt ist. Die Ursache des Brandes konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Man nimmt an, daß entweder ein Kurzschluß in den Leitungen entstanden ist, oder daß die im Wageninnern befindliche Heizung in einem Waggon die Entzündung und Weiterverbreitung des Brandes herbeigeführt hat. Eine Betriebsführung im Verkehr der Ostbahnen fand nicht statt, da aus dem Depot in Ober-Schöneweide sofort Reserve-waggon herbeigeschafft wurden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.
Im Mittelpunkt der Beratungen der Sitzung vom letzten Mittwoch stand die Magistratsvorlage betreffend Maßregeln gegen die Lebensmittelsteuerung. Der Magistrat beantragte:

1. Zur Errichtung von Kochkuren für die minderbemittelte Bevölkerung zum Unterricht in der Herstellung gesunder und wirtschaftlich zweckmäßiger Nahrungsmittel und zur Verabreichung von Proben der für diese verwendeten Rohstoffe zum Selbstkostenpreise wird eine Summe bis zu 7500 M. bewilligt.

2. Um die Einführung von Reis zur Ernährung des Volkes durch eine umfangreiche Propaganda, durch Ausstellung von Rezepten, Verteilung von Drucksachen usw. zu fördern, werden die Mittel zum Bezuge eines Waggon Reis bis zur Höhe von 7500 M. zur Abgabe kleinerer Mengen zum Selbstkostenpreise bewilligt.

3. Der Gesellschaft für Volkstheater- und Spieleschulen in Berlin wird für die Errichtung einer Spieleschule mit Zentralfeld in Charlottenburg als dauernde Einrichtung eine einmalige Garantie für ein Jahr in Höhe bis zu 5000 M. bewilligt.

4. Der Abteilung Volkstheater des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz in Charlottenburg wird für den Betrieb der in der Christstr. 5 errichteten Zweigstelle eine Beihilfe von 1000 M. für ein Jahr bewilligt.

In der Begründung seiner Vorlage weist der Magistrat darauf hin, daß er in Uebereinstimmung mit der gemischten Deputation die Feuerung durchaus anerkennt, daß er aber den Weg der Errichtung von städtischen Ein- und Verkaufseinrichtungen für die gesamte Bevölkerung oder für einen Teil derselben aus zeitlichen und örtlichen Gründen in der Gegenwart überhaupt für aussichtslos halte. Die städtische Verwaltung könne einen solchen Weg nicht beschreiten.

Seitens der sozialdemokratischen Fraktion lagen zu der Magistratsvorlage zwei Anträge vor, ein Antrag auf Streichung der Worte „für die minderbemittelte Bevölkerung“ in Ziffer 1, und ein fernerer Antrag, der an den Magistrat erneut das Ersuchen richtet, besonders im Preise geeignete Nahrungsmittel durch die Stadt einzukaufen und an die Bevölkerung zum Selbstkostenpreise abzugeben.

Während der Referent Stadtverordneter Wilmmer die Magistratsvorlage empfahl und sich sofort gegen die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln durch die Stadt aussprach, wies Genosse Lehmann in der Begründung unserer Anträge insbesondere auf das Interesse weiterer Kreise der Bevölkerung an billigen Nahrungsmitteln hin. Vom Staate sei von vornherein nichts zu erwarten gewesen, und deshalb habe die Stadt um so mehr die Pflicht, den Notstand zu mildern. Leider habe die Deputation sehr langsam gearbeitet. Wenn sie so weiter arbeite, wie in den letzten acht Wochen, so überhaupt keine Sitzung stattgefunden habe, so könne man bis auf den Sanftmüßigkeitstag warten, ehe ihre Arbeiten abgeschlossen sind. Seine Freunde wollten sich der Verfrüchtung nicht erwehren, daß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ihre Ansicht geändert hat und der Meinung ist, daß jetzt keine Feuerung mehr vorhanden sei. Was die Vor schläge selbst anbetrifft, so werde der Bevölkerung dadurch sehr wenig geboten. Trotzdem würden seine Freunde dafür stimmen, damit wenigstens etwas geschieht, sie wählten sich ja leider beschreiben, weil bei der Zusammenlegung der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr zu erreichen sei. Not-

wendig sei es, in Ziffer 1 die Worte „für die minderbemittelte Bevölkerung“ zu streichen, damit nicht der Anschein erweckt werde, als ob es sich um eine Armenunterstützung handle. Die Einrichtung von Kochkuren allein werde keine Bedeutung haben, so lange man nicht dem Volke die Möglichkeit gibt, billige Nahrungsmittel einzukaufen. Auch die Errichtung von Volkstheatern werde nur einer kleinen Minderheit zugute kommen, vor allem nicht den Kreisen, denen man helfen müsse. Wollte man wirklich etwas tun, so müsse man den Ankauf von Lebensmitteln in die Hand nehmen. Bei gutem Willen sei die Stadt sehr wohl in der Lage, etwas zur Milderung des Notstandes zu tun. Er bitte, daß man die feilschen Bedenken bei Seite setzt und daß man nicht auf die kleine Zahl der Händler, sondern auf die große Masse der Bevölkerung Rücksicht nimmt.

Stadtv. Reher (lib.) erklärte, daß die Hauptsache an der Feuerung die Regierung treffe, nicht aber den Zwischenhandel. Reher wandte sich besonders gegen den sozialdemokratischen Antrag, weil es nicht Aufgabe der Stadt sein dürfte, steuergebenden Bürgern ihr Gewerbe zu erschweren. Im allgemeinen seien seine Freunde mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden, nur gegen den Ankauf und Verkauf von Reis hätten sie Bedenken.

Auch eine Reihe anderer Redner der bürgerlichen Parteien wandten sich nicht nur gegen die sozialdemokratischen Anträge, sondern auch gegen Ziffer 2 der Magistratsvorlage. Die Vertreter des Magistrats Stadtrat Gottstein und Oberbürgermeister Schustehrus suchten die Magistratsvorlage zu verteidigen und den Nährwert von Reis zu betonen, sie wiesen auch darauf hin, daß durch den An- und Verkauf von Reis eine Schädigung von Gewerbetreibenden nicht zu befürchten sei.

Genosse Dirsch widerlegte die gegen die sozialdemokratischen Anträge erhobenen Einwände. Auf keinen Fall dürften die zu ergreifenden Maßnahmen einen armenpfelegerischen Charakter bekommen. Der Regierung wollten auch seine Freunde die Verantwortung nicht abnehmen, aber man dürfte sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, daß, weil die Regierung nichts tut, auch die Gemeinde die Hände in den Schoß legen müßten. Von einer Schädigung der Gewerbetreibenden durch den sozialdemokratischen Antrag in größerem Umfang könne keine Rede sein; vielmehr werde der eine oder andere Gewerbetreibende vorübergehend geschädigt, aber die Rücksicht auf das Allgemeinwohl müsse höher stehen. Seine Freunde meinten der Magistratsvorlage keine allzu große Bedeutung bei, sie würden aber trotzdem dafür stimmen, um ihre Bereitwilligkeit zu dokumentieren, an der Linderung der Not des Volkes nach Kräften mitzuarbeiten.

Hierauf wurden sowohl die sozialdemokratischen Anträge als auch die Ziffer 2 der Magistratsvorlage abgelehnt, die übrigen Punkte gelangten zur Annahme.

Weiter bewilligte die Stadtverordnetenversammlung 11 000 M. zur Verstärkung der Stadtpolizei 2 Hühner im Etat der Polizeiverwaltung. Der Umstand, daß in der Begründung dieser Vorlage darauf hingewiesen wird, daß seit mehreren Jahren 31 ältere Gärtnere und Arbeiter ununterbrochen beschäftigt sind, ohne die Eigenschaft ständiger Arbeiter erlangt zu haben, gab unserem Genossen Vorchardt Veranlassung, die Notwendigkeit zu betonen, daß solche Arbeiter zu ständigen gemacht werden und dadurch in den Besitz der Wohlthaten gelangen können, die den übrigen ständigen Arbeitern eingeräumt sind. Vom Magistrat wurde erklärt, daß die Grundzüge über die Gewährung von Ruhegehalt usw. im Sinne der Arbeiter einer Revision unterzogen würden.

Eine weitere Magistratsvorlage bezweckt die Bewilligung von Mitteln zur Verteilung einer Festschrift an Schüler und Schülerinnen anlässlich der zweihundertsten Wiederkehr des Geburtstages Friedrichs des Großen. Genosse Vorchardt erklärte, daß seine Freunde nicht in der Lage seien, der Vorlage zuzustimmen; sie seien in der Schuldeputation nicht vertreten, hätten deshalb keinen Einfluß auf die Befreiung der Festschrift und hätten die Schrift auch nicht vorher prüfen können. — Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Gelegenlich der Beratung der Mitteilung des Magistrats, daß er beschließen habe, die Beratung über die Errichtung eines eigenen Krematoriums für Charlottenburg mit Rücksicht darauf zu vertagen, daß der Berliner Magistrat den Bewohnern der Vororte die Mitbenutzung des Krematoriums in der Gerichtstraße gestatten wolle, richtete Genosse Vogel an den Magistrat die Anfrage, wie es mit der Errichtung eines Kommunalfriedhofes stehe. Es sei ein unheilvoller Zustand, daß auf den kirchlichen Friedhöfen die Dissidenten der Menschen zweiter Klasse behandelt werden. In ähnlichem Sinne äußerte sich Stadtv. Otto (lib.). Bürgermeister Matting erkannte an, daß die Schaffung eines Kommunalfriedhofes ein dringendes Bedürfnis sei, wies aber auf die Schwierigkeit hin, ein geeignetes Grundstück hierfür zu finden.

Endlich beschäftigte sich die Versammlung noch mit der Mitteilung des Magistrats, daß die Schuldeputation die Ueberlassung der Gemeindefachschulhallen an die „Freie Turnerschaft“ nach wie vor abgelehnt habe und daß der Magistrat diesem Beschlusse in Erwägung der Rechtslage beigetreten sei. Nach kurzer Debatte, in welcher Genosse Dr. Vorchardt das Bedauern seiner Freunde über die Haltung des Magistrats ausdrückte, der offenbar einen Konflikt mit der Kultusbehörde vermeiden wolle, nahm die Versammlung von der Mitteilung Kenntnis.

Schöneberg.

Die Neuwahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer für die Arbeitnehmer finden am Sonnabend, den 20. Januar, von nachmittags 4 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und in Schöneberg wohnen oder arbeiten. Nichtwahlberechtigt sind Arbeiter, die bei Innungsmestern beschäftigt sind und für welche ein Innungsgerichtsbeisitzer besteht, ferner nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind und diejenigen, die die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben.

Als Legitimation haben die in Schöneberg beschäftigten Arbeiter, eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde — zuständig ist das Polizeirevier, in dessen Bezirk der Arbeiter sein Wohnort ausfällt — beizubringen. Arbeiter, die in Schöneberg wohnen, legitimieren sich dem Wahlvorstande gegenüber durch Wohnkontrakt oder polizeiliche Anmeldung.

Das Wahlrecht ist in dem Wahlbezirk auszuüben, in dem der Betreffende wohnt und zugleich beschäftigt ist, während diejenigen Arbeiter, die nur in Schöneberg wohnen oder arbeitslos sind, ihr Wahlrecht in dem Bezirk ausüben, in dem sie am Tage der Wahl wohnen. Die Wahl ist geheim und erfolgt mittels Stimmzettel. Die Arbeitnehmer wählen insgesamt dreizehn Beisitzer. Der erste Bezirk wählt einen Beisitzer, die anderen sechs Bezirke je zwei Beisitzer.

Der 1. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der Hohenzollernschule, Martin-Luther-Str. 22/23.

Kandidat: Banarbeiter Wilhelm Rosenz, Brunnenwaldstr. 32.

Der 2. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der 10. Gemeindefachschule, Übersstr. 9.

Kandidaten: Uhrmacher Heinrich Reiter, Martin-Luther-Str. 69; Maurer Paul Schmanski, Sedanstr. 56.

Der 3. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der 8. Gemeindefachschule, an der Rudenstraße.

Kandidaten: Maurer Paul Gollmig, Wartburgstr. 52; Metallarbeiter Hugo Kahle, Tempelhofer Str. 3.

Der 4. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der 4. Gemeindefachschule, Kolonnenstr. 23.

Kandidaten: Schmied Ernst Wilske, Siegfriedstr. 5; Rohrleger Karl Reumann, Piesburger Str. 6.

Der 5. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der 6. Gemeindefachschule, Postel-Paulus-Str. 10/11.

Kandidaten: Ernst Rosanke, Maler, Weininger Str. 8; Wilhelm Langner, Schneider, Gustav-Rüllerstr. 31.

Der 6. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der 2. Gemeindefachschule, Ruffhäuserstr. 33.

Kandidaten: Max Winkler, Gastwirtsgehilfe, Guckelstr. 3; Hermann Rupp, Zimmerer, Eisenacher Str. 58.

Der 7. Wahlbezirk wählt in der Turnhalle der 15. Gemeindefachschule, Tempelhofer Weg.

Kandidaten: Julius Warden, Stuckateur, Guckelstr. 4; Otto Adam, Hausdiener, Wilmersdorf, Augustastr. 89.

Eine Karl besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, in der Genosse Bolenske über die jüngst erfolgte Neuregelung der Löhne referierte, nahm noch lebhafter, zustimmender Diskussion folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 16. Januar 1912 im „Gesellschaftshaus des Westens“ versammelten Arbeiter und Handwerker der städtischen Betriebe haben zur jüngst erfolgten Neuregelung ihrer Lohnverhältnisse Stellung genommen.

Sie begrüßen die endliche Erfüllung ihrer Anträge auf Einführung von Wochenlöhnen mit Genugtuung.

Dagegen erklären die Versammelten die festgelegten Lohnsätze in jeder Hinsicht als unzulänglich und ungenügend. Sie erheben ferner Protest dagegen, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Mitarbeiter bei der Neuregelung unberücksichtigt geblieben ist und bei den berücksichtigten Arbeitern keine Anrechnung früherer Dienstjahre stattgefunden hat.

Die mit der Neuregelung gleichzeitig erfolgte Herabsetzung des Zuschlages für die ersten 8 Stunden der Sonn- und Feiertagsarbeit von 100 Proz. auf 50 Proz. bedeutet eine schwere pekuniäre Schädigung der Arbeiter und ist geeignet, die Aufbesserung völlig illusorisch zu machen. In vielen Fällen wird diese Regelung eine Schmälerung des Einkommens bedeuten.

Die Versammelten richten daher das dringende Ersuchen an die städtischen Körperschaften, umgehend in einer Nachprüfung der Lohnverhältnisse einzutreten und neben einer wirklich genügenden Erhöhung der Löhne, entsprechend den Anträgen der Arbeiter, die Befreiung jener Bestimmungen, die eine Herabsetzung der Entlohnung für Sonn- und Feiertagsarbeit vorsehen, vorzunehmen.

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine starke und geschlossene Organisation der Arbeiter die Vorbedingung für eine günstige Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, verpflichten sich die Versammelten, mit allem Nachdruck für Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, einzutreten.“

Niddorf.

Niddorf in Neucölln „umzutauften“, hat die gestrige Stadtverordnetenversammlung mit allen gegen die Stimmen ungeringer Genossen beschlossen. Der Oberbürgermeister Kaiser begrüßte den Antrag auf Namensänderung und ver sprach sich von der Annahme desselben einen — „großen wirtschaftlichen Aufschwung!“

Weißensee.

Eine schwere Rauchergiftung ereignete am Donnerstag abend die beiden 3 und 1 1/2 Jahre alten Kinder des Arbeiters Wolschnaf. Der Vater der beiden Kleinen besitzt auf dem Laubengelände Neucölln am jüdischen Kirchhof eine Laube, in der er auch mit seiner Familie wohnte. Für die Erwärmung des Holzhauses sorgt ein Ofen. Am Donnerstag mittag hatte Wolschnaf die beiden Kinder ein Ofen, der am Donnerstags abend in der Laube ein Feuer entzündete, noch Feuerung in den Ofen getan und war fortgegangen. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Ursache entwickelte sich in der Laube ein furchtbarer Qualm. In den Abendstunden wurden die beiden Kinder bewußlos aufgefunden und mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht. Eine Nage, die sich gleichfalls in der Laube befand, war erlösch.

Schöneiche (Nieder-Barnim).

Welche Erfahrungen unsere vor den Toren Berlins am Tage der Reichstagswahl tätigen Genossinnen und Genossen zuweilen machen mußten, geht aus folgender und zur Veröffentlichung überlassener Aufzählung hervor: In der nächsten Nähe Berlins, in Schöneiche, Station Hahnendorf, fand die Wahl auf dem Gutshof Schöneiche im Amtszimmer des Herrn Amtsrat Brede statt, der auch zugleich als Wahlvorsteher fungierte. Abgesehen davon, daß der Herr auf einige Unregelmäßigkeiten betreffs Aufstellung des Wahlloches hingewiesen werden mußte, bot man unseren zwei Genossen auf Verlangen nach Sitzgelegenheit und Aufstellung eines Tisches, einen allen wackligen Stuhl an; einen Tisch durften sie sich selbst besorgen. Ging es nun während der ganzen Wahlzeit im Wahlzimmer selbst zu, so mußten unsere Genossen und Genossinnen, welche die Aufgaben übernahmen hatten, Unglaubliches über sich ergehen lassen. Unsere Genossinnen, welche vor dem Wahllokal Sitzgelegenheit verteilten, wurden von dem Sohn des Herrn Amtsrat aufgefordert, den Gutshof zu verlassen, sobald sie nicht Folge leisten, würde er sie wegen Hausfriedensbruch anklagen. Unsere Genossinnen gaben dem jungen Mann die richtige Antwort und blieben ruhig auf ihren Plätzen. Hieraus wurden sie von den Gutarbeitern mit ganz gemeinen Schimpfworten bedacht. Einer der Angestellten hatte nicht genug an diesen Schimpfereien. Einen zum Teil noch mit Mele gefüllten Sack wühlte er so auszukübeln, daß die Genossinnen wie die Mäulergelesen ausdähen.

Diese Aufzählung beweist, daß bei der Reichstagswahl auch in nächster Nähe der Reichshauptstadt noch rein offtübische Regimen Anwendung finden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		am	
	17. 1.	16. 1.	17. 1.	16. 1.
Remel, Mühl	112 ²	+16	Saale, Großh.	305 ² +60
Bregel, Lutherberg	43 ²	-7	Havel, Spandau ²	—
Schiffel, Born	66 ²	+16	Kathow ²	80 ² 0
Oder, Halber	150 ²	+38	Spree, Spremberg ²	85 ² 0
„ „ „ „	173 ²	+2	„ „ „ „	76 ² -3
„ „ „ „	182	-2	Weser, Minden	119 -43
Wartbe, Schrumm	67 ²	+7	„ „ „ „	266 -20
„ „ „ „	48 ²	+10	„ „ „ „	446 -14
Rega, Borsdorf	83 ²	0	„ „ „ „	300 -35
„ „ „ „	-50	0	„ „ „ „	380 -45
„ „ „ „	-174 ²	-19	„ „ „ „	149 -11
„ „ „ „	119 ²	+16	„ „ „ „	—
„ „ „ „	89 ²	-15	„ „ „ „	—

1) + bedeutet Hoch, — Niedr. — 2) Unterpegel. — 3) Ueberpegel. — 4) oberhalb der Pegelhöhe (Hohnd). — 5) Ueberlauf.
Auf der Saale und Oder ist am 17. d. d. Stand eingeleitet; auf der Elbe und Spree sind die Stande eingeleitet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet in den Nummern 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976,

Wunde erst nach Scheidung der Ehe geheilt werden. — **St. Kl. 42. 1. Rein.** 2. Verleumdung überflüssig, wenn die Polizei die fragliche Behauptung enthält. 3. Die Frage liegt sich nur nach Kenntnis des Inhalts des Honorarvertrages bestimmen. — **St. Kl. 41.** 1. Ja, sofern sich die Zurückzahlung des Vermieters bemessen läßt. 2. und 3. Nein. 4. Diese Handlung kann als schuldhaftes Einverständnis mit der Vertragslösung angesehen werden. Es empfiehlt sich jedoch eine Anfrage. — **St. Kl. 81.** 1. Sie erheben zahlungspflichtig. 2. Sie können die Bestimmungserhebung. — **Posten.** 1. und 2. Das Verfügungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht beschränkt. 3. Das unterliegt dem Verwaltungsrecht der Vollziehungsbehörde und deshalb bei der dortigen Disziplinärbehörde zu erfahren. — **St. Kl. 1. Ja. 2.** Bei öffentlichen Versammlungen bestimmt darüber der Enderfasser. Für Vereinsversammlungen ist die Frage in der Regel durch die Satzung bzw. Geschäftsordnung des Vereins geregelt. — **St. Kl. 26.** 1. Rein. 2. Der Anspruch — sofern es sich um eine Darlehensforderung handelt — verjährt erst in 30 Jahren. — **St. Kl. 65.** Wir raten, sich an das Polizeipräsidium zu wenden. Es kommt u. U. das Stellenvermittlungsgesetz zur Anwendung, nach welchem die Abrede nichtig ist und der Vermittler nichts zu beanspruchen hätte.

— **St. Kl. 20.** Der Scheidungsantrag wegen ehelichen Verfalls muß die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft voraussetzen. Die Scheidungsklage kann erhoben werden, wenn nach Rechtskraft des auf Wiederherstellung lautenden Urteils ein Jahr verstrichen ist und der verurteilte Teil dem Urteil nicht Folge geleistet hat. — **St. Kl. 15. Ja.** — **St. Kl. 99.** Das Kind erbt drei Viertel des Nachlasses. Den Schwiegereltern steht keinerlei Recht zu. Sie behalten die Verwaltung des Kindesvermögens. — **St. Kl. 211 I.** Ihr Sohn ist noch zahlungspflichtig; er soll Genugthuung von Ratenzahlungen beantragen. — **St. Kl. 18.** Der Verkäufer kann klagen.

— **St. Kl. 20.** Der Scheidungsantrag wegen ehelichen Verfalls muß die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft voraussetzen. Die Scheidungsklage kann erhoben werden, wenn nach Rechtskraft des auf Wiederherstellung lautenden Urteils ein Jahr verstrichen ist und der verurteilte Teil dem Urteil nicht Folge geleistet hat. — **St. Kl. 15. Ja.** — **St. Kl. 99.** Das Kind erbt drei Viertel des Nachlasses. Den Schwiegereltern steht keinerlei Recht zu. Sie behalten die Verwaltung des Kindesvermögens. — **St. Kl. 211 I.** Ihr Sohn ist noch zahlungspflichtig; er soll Genugthuung von Ratenzahlungen beantragen. — **St. Kl. 18.** Der Verkäufer kann klagen.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 19. Januar 1912.

S. Opernhaus, Siegfried.
Anfang 7 1/2 Uhr.

S. Schauspielhaus, Der eingebildete Kranke.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches, Penitente.
Anfang 8 Uhr.

Urania, Laubhühner 48/49.
Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele, Nathan der Weise.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus, Heiligenschild.
Anfang 8 Uhr.

Königlicher Oper, La Traviata.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater, Die Nacht von Berlin!
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:

Aus dem Leben der Meere.
Hörsaal Prof. Eckstein 8 Uhr:

Sommer im Walde.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:

Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 5 Akten von Réoult und Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Bellealliance-Theater.
8 1/2 Uhr:

Gastspiel Ferdinand Bonn.
1. Abschied vom Regiment. 2. Der Geigenmacher v. Cremona. 3. Gringolro.

Luise-Theater.
Freitag 8 Uhr: Neueinleitung:
Der Versuchender.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Prinzessin und Schmeichelet. Abends 8 Uhr: Berlin O.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
8 Uhr:

Heimat.
Schauspiel in 5 Akten v. H. Sudermann.
Sonnabend 4 Uhr: Am Hamburger Lande. 8 Uhr: Zwillinge.
Sonntag 3 Uhr: Heimat. 8 Uhr: Zwillinge.

Metropol-Theater.
Die Nacht von Berlin!

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des dritten Berl. Reichstags-Wahlkreises**

Sonnabend den 20. Januar 1912:

21. Stiftungs-Fest
in den Gesamträumen des
Gewerkschaftshauses, Engelufer 15. 210/6*

KONZERT — ausgeführt von Zivilberufsmusikern
— Kapellmeister Herr Hascheck —
unter Mitwirkung des Gesangsvereins **Liberté** (M. d. D. A.-S.-B.),
Chormeister Herr P. A. Joseph, Frau Anna Schubert, Konzertsängerin,
— — — — — Fr. Erna Hascheck, Cellistin, Chr. Fey, Rezitator. — — —

GROSSER BALL. Herren, welche am Tanz teilnehmen,
„ „ zahlen 50 Pfennige nach. „ „

Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

× Anfang 8 1/2 Uhr. × × × Programm am Eingang gratis. × × × Billett 30 Pf. ×



A Mords-Gaudi!
**Ober-Bayern
Sport-Palast**
Potsdamerstr. 72.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Prolongiert bis Sonntag, den 21. Januar.
Heute und Sonnabend:

Großes Serien-Preistanzen
für Damen und Herren.
20 Ehrenpreise im Werte von 400 M.
Alle glänzenden Attraktionen im vollen Betrieb!

MIDGETS TOWN
Hauptstadt von Lilliput
mit ihren 70 Bewohnern
Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.
Entree
1 Mark.



„Clou“ Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82, Zimmerstr. 99/101.
Gr. Konzert und
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Plattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Täglich:
Bockbierfest in den bayer. Alpen
Wundervolle Alpendekoration.
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Zirkus Busch
Freitag, den 19. Januar, 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Gastsp. Gertrud Arnold
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben:
Die Gespensternacht.
Vorher:
Tast!
Hr. Ernst Schumann, Neudross.
Sandi-Sewel and Amata (Java).
Fräulein Anna Stoenis, Schulreiterin. 3 Schwestern Blumenfeld, Reitkünstlerinnen, und das große Gala-Programm.

Casino-Theater
Lotharinger Str. 87. Anfang 8 Uhr:
Der größte Theatereffekt!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen.
Wunderlich! Soeben bestellt!
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Tochter des Sträflings.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Frasnellen.

Zirkus
A. Schumann
Freitag, 19. Januar, abds. 8 Uhr:
Keine Zirkusvorstellung,
sondern
Aufführung des
Deutschen Theaters:
Jedermann.
Sonnabend, 20. Januar, 7 1/2 Uhr:
Grand Soiree high life.
Um 9 Uhr Beginn
des neuesten, noch nie
angewesenen, nicht zu
übertreffenden Ausstattungsgestücker der Gegenwart
Das Motorpferd
Die 100 Fuß hohe Fontaine lumin.

Union-Theater
Alexanderplatz ×
Unter den Linden × × ×
Moritzplatz × × ×
Hasenheide × × ×
Täglich:
**Die Irrfahrten
des Odysseus.**

Union-Theater! Reinickendorfer Straße 14
Welt-Champion-Boxkampf
Johnson-Jeffries.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Wiegandstraße
Das Paradies der Liebe.
Belagerte in 2 Bildern
und das überaus reichhaltige
Spezialitäten-Programm.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:
Familien-Tanzstränzen.

Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2
Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Humor-Quartett
Gg. Treuer, Kantienallee 10

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute! Freitag: **Elltag.**
Das größte Bockbierfest.
Auf der Alm.
Prämierung der ähnlichsten Zwillinge.
100 Mark Geldpreise.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Sarrasani
Schönhanser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Freitag, 19. Januar:
7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Sonnabend und Sonntag,
3 Uhr und 7 1/2 Uhr: Je
2 Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und — nur für abds. an sämtl. Billetterkaufstellen v. A. Wertheim

Bunte Bühne
Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Theater Alt-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 19. Januar:
Das Glück des Lebens.
Komödie in 5 Akten.
Montag, 22. Januar: Benefiz für
Dach: Der Lumpensammler.
Kaffeeöffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.
Waffenübung.
Mandelblüth's Polterabend.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstausproduktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze auf dem Eise,
Rheinländer, Russisch, Englisch, Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2
Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Humor-Quartett
Gg. Treuer, Kantienallee 10

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute! Freitag: **Elltag.**
Das größte Bockbierfest.
Auf der Alm.
Prämierung der ähnlichsten Zwillinge.
100 Mark Geldpreise.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Reich, Wallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Dorleste u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Semmerstraße 10.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Wegner.
Anfang 8 1/2 Uhr. Bond uhr. gültig.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Passage-Theater.
Miriam Horwitz
in ihrem „Die Falle“
Dramolet
Mlle. Maroussia
The Meteors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essaus.
Karawane sudanesischer
Heul- u. Feuer-Fakire in ihrem
Originaldorf.
Ohne Extra-Entree.

Union-Theater! Reinickendorfer Straße 14
Welt-Champion-Boxkampf
Johnson-Jeffries.

Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2
Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Humor-Quartett
Gg. Treuer, Kantienallee 10

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Heute! Freitag: **Elltag.**
Das größte Bockbierfest.
Auf der Alm.
Prämierung der ähnlichsten Zwillinge.
100 Mark Geldpreise.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.

